



Landtag von Baden-Württemberg

100. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 16. Oktober 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 14:46 bis 15:30 Uhr

Schluss: 17:38 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	6045	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6066
Begrüßung der Vorsitzenden der Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und in Württemberg, Herrn Rami Suliman und Frau Professorin Barbara Traub	6045	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6068
Begrüßung des Landesrabbiners, Herrn Flomenmann, und von Herrn Rabbiner Pushkin	6045	Abg. Emil Sänze AfD (persönliche Erklärung)	6068
Begrüßung der Repräsentantin des Staates Israel in Baden-Württemberg, Frau Maren Steege	6045	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) (persönliche Erklärung)	6069
Begrüßung der Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Frau Bärbel Illi	6045	Beschluss	6069, 6078
Begrüßung des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, Herrn Dr. Michael Blume	6045	Abg. Thomas Axel Palka AfD (zur Abstimmung)	6078
Gedenken der Opfer des Terroranschlags in Halle	6045	Abg. Carola Wolle AfD (zur Abstimmung)	6079
1. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus vom 28. Juni 2019 – 1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus – Drucksachen 16/6487, 16/6997	6046, 6078	Abg. Stefan Räßle AfD (zur Abstimmung)	6080
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	6046, 6061	2. Aktuelle Debatte – Der kurze Draht zum Parlament – Petitionen als Baustein einer modernen Verwaltung – beantragt von der Fraktion GRÜNE	6070
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	6047, 6062	Abg. Beate Böhlen GRÜNE	6070
Abg. Bernd Gögel AfD	6048, 6054	Abg. Karl Zimmermann CDU	6071
Abg. Andreas Stoch SPD	6049, 6056	Abg. Daniel Rottmann AfD	6073
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	6050, 6058	Abg. Georg Nelius SPD	6075
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	6051	Abg. Jürgen Keck FDP/DVP	6076
Minister Thomas Strobl	6064	Staatssekretär Wilfried Klenk	6077
		3. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Volksbegehren Artenschutz – Drucksache 16/6548	6080
		Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	6080
		Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	6081, 6090
		Abg. Udo Stein AfD	6083, 6091
		Abg. Andreas Stoch SPD	6084, 6091
		Abg. Daniel Karrais FDP/DVP	6085, 6091
		Minister Franz Untersteller	6086
		Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	6090
		Minister Peter Hauk	6092
		Beschluss	6096

4. Regierungsbefragung

4.1 Chancen für Kinder in Baden-Württemberg ... 6096

Abg. Thomas Poreski GRÜNE ... 6096, 6098
 Minister Manfred Lucha ... 6096, 6097, 6098
 Abg. Andreas Kenner SPD ... 6097

4.2 Änderungen im Polizeigesetz Baden-Württemberg ... 6098

Abg. Sascha Binder SPD ... 6098, 6100, 6101
 Minister Thomas Strobl ... 6099, 6100, 6101
 Abg. Karl Zimmermann CDU ... 6100

4.3 Maßnahmenplan „Reduzierung von Lebensmittelverlusten“ ... 6101

Abg. Konrad Epple CDU ... 6101, 6102
 Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch ... 6101, 6102,
 ... 6103, 6104
 Abg. Petra Krebs GRÜNE ... 6103
 Abg. Jonas Weber SPD ... 6103
 Abg. Martin Grath GRÜNE ... 6103
 Abg. Reinhold Gall SPD ... 6104

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung des Landtags in EU-Angelegenheiten – Drucksache 16/6219

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/6509 ... 6104

Abg. Josef Frey GRÜNE ... 6104
 Abg. Joachim Kößler CDU ... 6105
 Abg. Emil Sänze AfD ... 6106
 Abg. Nicolas Fink SPD ... 6107
 Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP ... 6108
 Minister Guido Wolf ... 6109
 Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) ... 6110

Beschluss ... 6111

6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz gegen die Zwangsfinanzierung öffentlich-rechtlicher Medien durch freie Bürger – Drucksache 16/6486

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/6995 ... 6111

Abg. Alexander Salomon GRÜNE ... 6111
 Abg. Andreas Deuschle CDU ... 6111
 Abg. Stefan Räßle AfD ... 6113
 Abg. Sascha Binder SPD ... 6114
 Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP ... 6115
 Ministerin Theresa Schopper ... 6115
 Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) ... 6116
 Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) ... 6117

Beschluss ... 6117

7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes – Drucksache 16/6692

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/6996 ... 6118

Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung) ... 6118

Beschluss ... 6118

8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 16/7011 ... 6118

Beschluss ... 6118

9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Änderung der Geschäftsordnung des 16. Landtags von Baden-Württemberg – Drucksachen 16/7029, 16/7030 ... 6118

Beschluss ... 6118

Nächste Sitzung ... 6119

Protokoll

über die 100. Sitzung vom 16. Oktober 2019

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 100. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Herre, Frau Abg. Lindlohr, Frau Abg. Neumann-Martin, Herr Abg. Pfeiffer, Herr Abg. Selcuk sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Frau Ministerin Dr. Eisenmann, Frau Staatsrätin Erler, Frau Staatssekretärin Olschowski sowie Herr Staatssekretär Dr. Baumann.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, schon jetzt darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass sich der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg heute bis 14 Uhr am Rande der Plenarsitzung in der Eingangshalle vorstellen und zu einer Tasse fair gehandeltem Kaffee einladen. Gern bieten wir dem Dachverband und der Stiftung die Gelegenheit, sich mit uns auszutauschen.

Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich sehr herzlich die Vorsitzenden der Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und in Württemberg, Herrn Rami Suliman und Frau Professorin Barbara Traub,

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

die mit weiteren Vertreterinnen und Vertretern ihrer Religionsgemeinschaften heute zu uns gekommen sind.

Ich darf hierbei insbesondere Herrn Landesrabbiner Flomenmann und Herrn Rabbiner Pushkin herzlich willkommen heißen.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Ein herzlicher Gruß geht auch an die Repräsentantin des Staates Israel in Baden-Württemberg, Frau Maren Steege.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Ein besonderer Gruß geht an die Vertreterinnen und Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Stellvertretend begrüße ich Frau Vorsitzende Bärbel Illi.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Herzlich begrüßen möchte ich auch den Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, Herrn Dr. Michael Blume, der zusammen mit dem Protokoll des Landtags die Gäste betreut.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Sehr geehrte Gäste, ich heiße Sie in der Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg sehr herzlich willkommen und wünsche Ihnen und uns einen interessanten und informativen Aufenthalt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten und ich den Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus unter Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, gestatten Sie mir einige einleitende Worte.

Der Landtag debattiert dieses Thema unter dem Eindruck des rechten Terrors in Halle, einer Tat, die jüdische Gemeinden in Angst und Schrecken versetzen und jüdisches Leben unmöglich machen wollte. Eine zentrale Erkenntnis des Berichts des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus ist, dass Antisemitismus uns alle bedroht. Denn Hass und Ausgrenzung greifen die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung an.

In Halle wurde daraus eine konkrete schreckliche Tat.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nicht nur in Halle!)

Aus Hass auf Juden und Ausländer griff der Täter erst die Synagoge und dann einen Dönerimbiss an. Getötet hat er am Ende wahllos.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um einen Moment der Stille im Gedenken an die Opfer Jana L. und Kevin S.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen für Ihre Anteilnahme.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Ich hoffe auf eine Debatte im Geiste dieses Gedenkens.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus vom 28. Juni 2019 – 1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus – Drucksachen 16/6487, 16/6997

Berichterstatter: Abg. Jonas Weber

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem schrecklichen Anschlag in Halle sind unsere Gedanken bei den Opfern und bei den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde. Nicht auszudenken, was gewesen wäre, wenn der Attentäter in die Synagoge hätte eindringen können! Dieser Anschlag hat erneut deutlich gemacht: Rechtsradikalismus ist ein ernst zu nehmendes Problem. Und in diesem Parlament heißt Rechtsradikalismus AfD, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD: Eine Unverschämtheit!)

Für uns ist daher klar: Nie wieder Auschwitz, nie wieder Faschismus! Antisemitismus und Rassismus werden wir entschieden bekämpfen und für ein weltoffenes Baden-Württemberg eintreten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ja, es gibt leider faschistoides und braunes Gedankengut in Deutschland, leider auch in Baden-Württemberg und leider auch in diesem Parlament. Wir werden alles daransetzen, dem ein Ende zu bereiten.

Das Attentat von Halle ist kein Einzelfall. Es ist nicht nur ein bedauerlicher Ausfall eines gestörten Mannes, der allein gehandelt hat, nein, es ist leider das Ergebnis eines seit Jahren wachsenden Antisemitismus, eines seit Jahren wachsenden Rechtsextremismus. Die sogenannten Einzeltäter mögen allein gehandelt haben, aber sie haben sich nicht von allein radikalisiert. Sie finden oft im Internet und in anderen Foren Resonanzräume. Dort treffen sie Gleichgesinnte, die sich nach ihren Attentaten aufeinander berufen. Das alles trägt zu einem geschlossenen Weltbild bei, einem Weltbild, in dem Menschen anderer Herkunft, anderer Nationalität, anderer Hautfarbe, anderen Glaubens, in dem oft auch Frauen entmenschlicht werden. Diese Entmenschlichung ist es, die den Weg für die Schoah bereitet hat. Es ist wieder diese Entmenschlichung, die den Weg für Attentate bereitet, sei es in Norwegen, in Neuseeland oder jetzt in Halle.

Das Attentat hat nicht erst an der Schwelle zur Synagoge begonnen. In Wirklichkeit beginnen solche Attentate an den Schreibtischen, in virtuellen Räumen, in Hassreden – oder auch in Plenarsälen dieser Republik. Es werden antisemiti-

sche Stereotype bemüht, und es wird ein Nährboden für Hass im Internet und Gewalt auf der Straße geschaffen.

Verantwortung beginnt nicht erst bei der strafrechtlichen Verantwortung. Es gibt eine moralische, politische, gesellschaftliche Verantwortung. Schon da müssen wir ganz entschieden eintreten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Hier im Landtag hat die AfD-Fraktion einen ständigen Gast, der für seine antisemitischen Buchveröffentlichungen bekannt ist. Er ist ja AfD-Parteimitglied. Vor wenigen Wochen stimmten neun Abgeordnete der AfD für dessen Wiederaufnahme in die Fraktion. Da zeigt sich das wahre Gesicht der AfD; und mit Ihrem Änderungsantrag zeigen Sie, dass Sie nichts verstanden haben, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Der Zentralrat der Juden und 16 weitere jüdische Organisationen distanzieren sich in einer gemeinsamen Erklärung von den Verlautbarungen der AfD. Wir stimmen mit ihnen überein, wenn sie sagen: Die AfD ist keine Partei für Demokraten, die AfD ist eine Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland. Wir stellen uns daher jeglichem Antisemitismus und jeglicher Judenfeindlichkeit entschieden entgegen, egal von wem, egal von wo. Das sichern wir den Jüdinnen und Juden in Deutschland zu. Dafür stehen wir ein.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Reines Geschwätz! Sie tun gar nichts!)

Deutschland hat angesichts der Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden eine besondere Verantwortung beim Eintreten gegen den Antisemitismus. Baden-Württemberg hat hier eine Vorreiterrolle eingenommen. Vier Fraktionen des Landtags haben die Landesregierung im letzten Jahr aufgefordert, einen Antisemitismusbeauftragten zu berufen. Eine Fraktion hat dabei nicht mitgemacht. Diese Entscheidung war aber wichtig. Ich kann heute Herrn Dr. Blume meinen ganz herzlichen Dank für seine wertvolle, seine herausragende, seine profunde und weitsichtige Expertise aussprechen. Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Blume.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wir werden mit den Empfehlungen des Antisemitismusbeauftragten sehr sorgsam umgehen. Wir werden uns jede einzelne Empfehlung zu Herzen nehmen. Wir werden sie gründlich auswerten, und wir werden gemeinsam besprechen, welche Schlussfolgerungen wir ziehen, welche Maßnahmen wir als Erstes umsetzen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Alles nur hohles Geschwätz!)

Ich werde in der zweiten Runde noch auf die Details eingehen. Eine Maßnahme ist mir aber besonders wichtig: Wir werden Gespräche mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und in Württemberg sowie den Landespolizeibehörden führen, um eine mögliche Ergänzung des Staatsver-

(Andreas Schwarz)

trags um Sicherheitsaufgaben zu beraten. Hierzu gehören insbesondere bauliche Sicherheitsmaßnahmen. Die erforderlichen Mittel werden wir im Haushalt zur Verfügung stellen.

Der Anschlag in Halle rüttelt uns wach. Die Menschen in der Synagoge hatten Glück. Wir wollen und dürfen es in diesem Land aber nicht dem Glück überlassen, ob Jüdinnen und Juden sicher sind, ob Antisemitismus existiert oder nicht. Nein, wir werden alles tun, um dies zu verhindern. Die Rolle des Antisemitismusbeauftragten hat sich als unverzichtbar erwiesen. Das hat er mit seinem Bericht hervorragend ausgeführt.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: In der zweiten Runde gehe ich noch auf Details ein.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie müssen aber schon Zwischenfragen zulassen, Frau Präsidentin! Das geht so nicht!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor gut anderthalb Jahren haben wir hier im Parlament den Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus neu eingesetzt. Heute debattieren wir zu seinem ersten Bericht – leider unter bedrückenden Vorzeichen.

Die Sorge, dass der Antisemitismus erneut unter uns sein Haupt hebt, hat uns gerade bei der Einsetzung des Antisemitismusbeauftragten geleitet. Diese Sorge ist in Halle einmal mehr schreckliche Wirklichkeit geworden – mitten in einer deutschen Stadt, am helllichten Tag, am Jom-Kippur-Fest. Wir denken mit Anteilnahme und Mitgefühl an die Menschen, die der Täter in menschenverachtender Willkür zu Opfern seiner Tat gemacht hat.

Das Attentat von Halle war ein kaltblütiger Anschlag auf das jüdische Leben in Deutschland, es war ein Terrorakt, und es war damit auch eine gezielte Attacke auf unsere Republik, auf unsere Werte, auf unser Grundgesetz, auf unsere demokratische Identität und auf unser friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dass sich Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland immer noch oder immer wieder bedroht fühlen müssen, ist natürlich unerträglich, und es fordert uns alle heraus. Der Kampf gegen den Antisemitismus in all seinen offenen sowie auch in seinen versteckten Formen bleibt eine schmerzliche Notwendigkeit, ist aber auch ein dringendes Gebot historischer Verantwortung und schierer Menschlichkeit.

Besondere Sorgen macht uns natürlich, wie der Täter seine Tat begangen hat. Ich sehe es wie der Kollege Schwarz: Man möge sich nicht vorstellen, was geschehen wäre, wenn diese Verbarrikadierung nicht gelungen wäre.

Die Gewalt und ihre Ideologie wurden – wie übrigens schon bei dem Anschlag in Neuseeland – bewusst inszeniert und per Livestream in der ganzen Welt geteilt. Dieser Terror trumpft auf, ja, er will gesehen werden. Er richtet sich an eine international aktive und global vernetzte Szene, und die Attentäter fühlen sich in dieser Netzgemeinschaft stark, ermutigt, ermächtigt. Das ist alarmierend.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Wir müssen dem entgentreten, mit aller Klarheit, mit aller Kraft, mit aller Konsequenz. Wir dürfen der Frechheit dieser Tat keinen Raum lassen – niemals!

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Bernd Gögel AfD)

Ich will hier hinzufügen: Ich meine, auch in einem anderen Bereich müssen vorhandene Befugnisse des Verfassungsschutzes endlich in die digitale Welt übertragen werden. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Polizei und Verfassungsschutz dürfen Extremisten im digitalen Raum nicht hinterherhinken. Auch das ist eine Aufforderung an uns als Gesetzgeber.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Denn Hass und Hetze im digitalen Raum tragen wesentlich zur Radikalisierung bei, oft im Schutz der Anonymität.

Mir ist wichtig, heute zu sagen: Unsere jüdischen Mitbürger gehören in unsere Mitte,

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

und Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung. Wir wollen sie in diesem Land und in dieser Gesellschaft haben, wir sind dankbar für ihren Beitrag zu unserer gemeinsamen Kultur, wir wollen, dass sich jüdisches Leben in Baden-Württemberg selbstbewusst und sichtbar entfalten kann,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und wir wollen, dass das jederzeit und überall frei und vor allem unbedrängt geschieht.

Ich danke ebenfalls dem Antisemitismusbeauftragten Dr. Blume für seine wichtige Arbeit, für seinen wichtigen Bericht, für seine Empfehlungen. Denn der Bericht schafft Aufklärung, er benennt Tatsachen und Wahrheiten, und er gibt auch wertvollen Rat, wie wir den Kampf gegen den Antisemitismus erfolgreich führen können.

Wir bekräftigen heute, auch in dieser Debatte: Baden-Württemberg sagt Nein zum Antisemitismus. Dazu bekennen wir uns. Das ist mehr denn je, gerade aktuell, unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste! Zunächst einmal möchte ich der Öffentlichkeit das tiefe Mitgefühl von uns, der AfD-Fraktion, für die Angehörigen der zu Tode gekommenen Opfer in Halle mitteilen.

Ich danke auch Herrn Blume für den eigentlichen Anlass des heutigen Tages, den Antisemitismusbericht, den er sehr ausführlich und sehr akribisch erstellt hat und der auch sehr kenntnisreich ist.

Dann komme ich aber auch schon zur Kritik am Parlament. Der Bericht war ursprünglich auf den späten Nachmittag, morgen um 15:30 Uhr, anberaumt – eine Zeit, die in der Öffentlichkeit eigentlich gar keine große Aufmerksamkeit genießt. Wir bedauern zutiefst, dass die Landesregierung ursprünglich unwillig war, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu schenken

(Unruhe)

und das Problem hier im Plenum unter Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln, was der Wichtigkeit des Themas gerecht geworden wäre.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben mit der ursprünglichen Tagesordnung bewiesen, dass dieses Thema in Ihrer Prioritätenliste nicht ganz hoch angesiedelt ist, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der AfD: Das ist wohl wahr! – Unruhe)

Nach dem schrecklichen Mordanschlag in Halle sind Sie sehr schnell zu der Erkenntnis gelangt, aus diesem Ereignis politisch Kapital schlagen zu können. Ohne fundiertes Hintergrundwissen über den Täter und seine Motivation haben Sie sich nicht gescheut, diesen Gewaltakt zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Das ist sehr, sehr bedenklich, meine Damen und Herren. Sie sollten zugeben, dass Sie der Antisemitismus in unserem Bundesland eher weniger interessiert,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

was sich mit Blick auf die ursprüngliche Tagesordnung sehr leicht nachvollziehen lässt.

Was Sie allerdings sehr wohl interessiert – Herr Schwarz, das haben Sie ja zum Besten gegeben –, ist der unbequeme politische Konkurrent: die AfD, die in Sachsen und Brandenburg bereits starke Wahlergebnisse erzielt hat und in Thüringen vor einem weiteren erfolgreichen Wahlergebnis steht.

(Beifall bei der AfD)

Diesem politischen Opponenten schenken Sie volle Aufmerksamkeit. Wie schwach ist das?

Ist diese vorgezogene Debatte ein Zufall? Nein, sie ist kein Zufall. Dies ist ein sehr gut durchdachtes politisches Manöver der Landesregierung, um uns, den politischen Rivalen, zu schädigen.

Die Zahlen, die aus dem Bericht des Beauftragten hervorgehen, sprechen allerdings eine andere Sprache, meine Damen und Herren. Bereits im Jahr 2002 und vor allem im Jahr 2008 hatten wir es in Deutschland und speziell auch in Baden-Württemberg mit den höchsten Prozentwerten zu tun, was den Antisemitismus betrifft. Sie, meine Damen und Herren, werden an keiner Stelle, aber wirklich an keiner Stelle einer Statistik oder eines Diagramms der letzten zehn Jahre Veränderungen erkennen, die mit der Gründung der AfD in Verbindung gebracht werden könnten.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist allerdings zu erkennen, dass Sie nach wie vor jede Hakenkreuzschmiererei – auch an einem AfD-Büro –, wenn Sie den Täter nicht ermitteln können, automatisch dem Extremismus von rechts zuordnen. So müssen Sie leider auch erkennen, dass es in den letzten Jahren von links null antisemitische Taten gab. – Das werden nicht einmal Sie selbst noch glauben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Bereits in den Jahren 2002 und 2008, in wirtschaftlich schwierigen Situationen, in rezessiven Phasen, trat der versteckte Antisemitismus in diesem Land hervor und suchten sich vielleicht abgehängt fühlende Menschen einen Schuldigen, einen Sündenbock. Dagegen müssen die Regierenden energisch vorgehen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Möglichst aber auch die Opposition!)

Die etablierten Parteien – Ihre gehört ja dazu, Herr Rülke – hatten über Jahrzehnte hinweg, speziell ab den 1970er-Jahren, Zeit, die Juden in Deutschland vor Antisemitismus zu schützen und überhaupt Antisemitismus zu bekämpfen. Sie wollen doch nicht sagen, dass Sie damit erst 2013 hätten anfangen können. Sie haben aber in diesem Bereich kläglich versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Gesellschaftspolitische Themen wie Respekt, Anstand und Toleranz gegen Andersdenkende und gegen Andersgläubige müssen Sie an die erste Stelle der Bildungspolitik stellen.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Ja, genau!)

Sie müssen einmal in den Spiegel schauen und sich selbst überprüfen, ob Sie diesen Ansprüchen gerecht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Alternative für Deutschland hat heute einen Beschlussantrag eingebracht. Sie können nun beweisen, dass Sie gegen jede Art von Extremismus in diesem Land vorgehen wollen, dass Sie ihn bekämpfen

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ganz genau!)

(Bernd Gögel)

und nicht nur mit 120 € pro jüdischem Mitbürger in Baden-Württemberg präventive Maßnahmen einführen wollen.

Unterstützen Sie unseren Antrag. Stimmen Sie dafür.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Land Baden-Württemberg, dieser Landtag, hat im vergangenen Jahr einen Antisemitismusbeauftragten ernannt. Ich darf an dieser Stelle für meine Fraktion Herrn Dr. Blume für die hervorragende Arbeit in diesem Bereich, für die Sensibilisierung unserer Gesellschaft und für die vielen guten Vorschläge in seinem Bericht von Herzen danken. Herr Dr. Blume, ich kann Ihnen zusagen, dass der große Teil dieses Parlaments Ihre Empfehlungen sehr ernst nehmen wird.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, Frau Präsidentin. – Leider kann ich mich nicht darüber freuen, dass dieses Land Baden-Württemberg überhaupt einen Antisemitismusbeauftragten braucht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Den brauchen wir auch nicht!)

Ich glaube, kein anständiger Mensch in diesem Land kann sich über diese Tatsache freuen. Wenn ich erlebe, wie brandaktuell die Aufgaben eines solchen Beauftragten heute, fast 75 Jahre nach dem Ende der Nazizeit und der Menschheitskatastrophe der Judenverfolgung, sind, dann – das sage ich Ihnen ganz offen – wird mir kalt.

Dem Antisemitismus zu begegnen, sollte in unserem Land im 21. Jahrhundert Aufgabe für alle sein, und zwar im Sinne der Prävention, der Aufklärung, aber auch im Sinne der Begegnung. Es sollte bedeuten, das Wissen um die Ungeheuerlichkeiten des 20. Jahrhunderts wachzuhalten – ein Wissen, das uns niemals verloren gehen darf; denn daraus erwächst keine Schuld, aber daraus erwächst Verantwortung, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Es sollte auch bedeuten, dass auch ein ganzes Menschenleben nach dem Ende des sogenannten Dritten Reiches weiter an einem Miteinander von Menschen jüdischen Glaubens und Menschen anderer Glaubens gearbeitet wird, aber auch an einem Miteinander zwischen unserem Land und dem Staat Israel. Stattdessen erleben wir nun, im Herbst 2019, dass wir darüber nachdenken müssen, wie jüdische Gotteshäuser besser gegen mörderische Angriffe geschützt werden können. 81 Jahre nach der Reichspogromnacht müssen wir die Aufgabe in Angriff nehmen, Synagogen besser durch die Polizei zu schützen und ihre Türen zu panzern.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, dies ist eine Katastrophe! Dies ist eine Schande – und es bleibt auch eine Schande, wenn Antisemiten in deutschen Parteien eine Heimat oder zumindest freundschaftliche Nachbarschaft finden. Dagegen müssen sich alle Anständigen in diesem Land wehren.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

der Bericht des Beauftragten gegen Antisemitismus – –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Sie disqualifizieren sich selbst durch Ihre Zwischenrufe!

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bericht des Beauftragten gegen Antisemitismus ist auf traurige Weise hochaktuell geworden. Das Ereignis von Halle ist für uns alle ein Schock. Das Ereignis von Halle steht aber nicht allein, und die Diskussion über die Frage, ob es sich um einen Einzeltäter handelt, führt in eine falsche Richtung. Denn es entsteht ein gesellschaftliches Klima, ein gesellschaftlicher Sumpf, auf dem diese Taten gedeihen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dürfen wir uns nicht mit einzelnen Taten allein beschäftigen, sondern müssen uns mit der Frage beschäftigen: Wie kann es zu solchen Taten kommen? Wie konnte eine gesellschaftliche Atmosphäre überhaupt entstehen, in der solche Angriffe denkbar und möglich sind?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das ist unsere Aufgabe, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Genau deswegen sollten wir zur Kenntnis nehmen, was vom Antisemitismusbeauftragten empfohlen wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Er macht nämlich sehr gute Vorschläge zu Prävention, zu Bildung, zu Begegnung und Aufklärung. Das ist dringend, und wir sollten uns dies auch dringend zu Herzen nehmen. Besonders dringend ist eine angemessene Reaktion auf alle Formen des Antisemitismus, also auch auf verbalen Antisemitismus, egal, aus welcher Richtung, auf Anfeindungen, auf Hassmails, auf unerträgliche Anspielungen in der politischen Kommunikation.

Tatsächlich scheint eben nicht mehr selbstverständlich, was noch vor zwei Jahrzehnten in diesem Land selbstverständlich war, und das zeigt uns der Bericht deutlich: Die Aufklärung

(Andreas Stoch)

über die Judenvernichtung lässt nach, die pädagogische Begleitung ist oft veraltet und findet nur noch pro forma statt.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Welche Partei ist noch mal in der Bundesregierung? – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir brauchen dringend Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer. Wir brauchen Prävention und das Erleben von jüdischem Leben heute. Es geht nicht nur um die Betrachtung der Vergangenheit, sondern wir brauchen aktuelle Bezüge,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wer regiert gerade?)

damit die Menschen verstehen, worum es geht –

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wer ist gerade in der Bundesregierung?)

nämlich um ein Zusammenleben in Toleranz und Freiheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe, als der Antisemitismusbeauftragte eingesetzt wurde, den irisch-britischen Staatsphilosophen Edmund Burke zitiert:

Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichts tun.

Lassen Sie uns etwas tun!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßle AfD: Dann tun Sie doch was!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am heutigen Tag diskutiert der Landtag von Baden-Württemberg den ersten Bericht dieser Art eines Antisemitismusbeauftragten in Deutschland. Denn der Antisemitismusbeauftragte in Baden-Württemberg ist auch der Erste dieser Art, der eingesetzt wurde. Dies macht deutlich, dass entgegen dem, was von einer bestimmten Partei, die auch hier im Landtag vertreten ist, behauptet wurde, das Land Baden-Württemberg und dieses Parlament sehr wohl erkannt haben, dass es da ein Problem gibt, und dass diesem Problem auch entgegengewirkt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Es ist ein richtiges und gutes Zeichen, dass vor dem Hintergrund des schrecklichen Anschlags in Halle der Landtag von Baden-Württemberg an dieser prominenten Stelle darüber diskutiert. Meine Fraktion dankt Herrn Dr. Blume und seinem Team ganz herzlich für die geleistete Arbeit. Man merkt, dass ihm und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Thema am Herzen liegt. Wir bedanken uns auch ausdrücklich für den Mut der Beschäftigten, sich in Zeiten von Hass und Hetze nicht beirren zu lassen und diese Arbeit geradlinig zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Es sind 78 Maßnahmen, 78 Vorschläge, wie der Kollege Schwarz sagte. Diese können wir in einer zweiten Runde vielleicht im Einzelnen diskutieren.

Mich würde aber schon eines interessieren, Herr Minister Strobl: Wir haben schon seit Monaten die Diskussion darüber, ob es nicht bauliche Maßnahmen braucht, um die Sicherheit der Synagogen und jüdischen Gemeindehäuser in Baden-Württemberg zu verbessern.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Es gab ein Schreiben von Herrn Suliman in der vergangenen Woche an die Fraktionsvorsitzenden. In der Vergangenheit haben wir immer wieder gehört, es sei alles sicher. Warum ist es dann jetzt notwendig, 1 Million € auszugeben?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gute Frage! Sehr gute Frage!)

Entweder war es in der Vergangenheit schon sicher – dann verstehe ich nicht, dass wir jetzt auf einmal bauliche Maßnahmen brauchen –, oder es war eben nicht sicher, und dann war es unverantwortlich, so lange zu warten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut! Sehr richtig!)

Die zweite Frage: Reichen 1 Million € aus? Und die dritte Frage ist: Wo kommen sie her?

(Abg. Fabian Gramling CDU: Und die vierte ist: Hat das jetzt irgendetwas mit dem Bericht zu tun?)

Sie haben gestern verkündet, 1 Million € fließen. Kommt das Geld aus Ihrem Haushalt? Wo aus dem Haushalt kommt es her, oder brauchen Sie dafür die Regierungsfaktionen? Das würde uns schon interessieren.

Aber kommen wir zurück zu dem schrecklichen Ereignis von Halle. Dieser Attentäter sprach in einem Livevideo der Tat von einer zionistisch besetzten Regierung und sah den Juden als die Wurzel allen Übels. Weiter gab es die Behauptung, den Holocaust habe es nie gegeben. Da kann man jetzt erklären, es sei ein verwirrter Einzeltäter. Dann kann man sagen, dafür gebe es keine politische Basis in diesem Land. Aber schauen wir uns doch die Dinge einmal genauer an. Es ist sicher ein zivilisatorischer Fortschritt, dass in Deutschland im Grunde niemand mehr Antisemit sein möchte – nicht einmal Herr Geleon. Er behauptet, er wäre keiner, obwohl er geschrieben hat – ich zitiere –:

Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wann? – Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Wann war das?)

Aber er ist angeblich kein Antisemit. – Jetzt kommen schon die ersten Verteidiger.

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Genau zitieren! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das zeigt, was zu beweisen war, meine Damen und Herren: Genau dieses Geistesgut hat eine Basis in Ihrer Partei.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Der AfD-Politiker, Lokalpolitiker, Gunnar Baumgart hat erklärt, kein einziger Jude sei durch Zyklon B oder die Gaskammern ermordet worden. Ihre Parteispitze, Herr Gauland, sagt, der Nationalsozialismus sei „ein Vogelschiss

(Abg. Winfried Mack CDU: Fliegenschiss!)

in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Pfui Teufel!)

Wie kann man denn noch mehr verharmlosen?

Herr Gögel, Sie haben Wahlerfolge von Herrn Höcke angekündigt, der erklärt hat,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Von der AfD, nicht von Herrn Höcke!)

das Mahnmal sei ein „Denkmal der Schande“. Ein Herr Ulrich, Landtagsabgeordneter der AfD, stellte die Frage: „Was ist schlimmer, eine beschädigte Synagogen tür oder zwei getötete Deutsche?“ Er unterstellt damit, es wäre besser gewesen, der Täter wäre in die Synagoge hineingekommen.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das ist Ihr Geistesgut, meine Damen und Herren. So etwas dulden Sie in Ihrer Partei.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Abschließend noch zu Ihrem Änderungsantrag. Sie haben jetzt scheinheilig für morgen eine Aktuelle Debatte beantragt, stellen sich heute scheinheilig hier hin und sagen, Sie seien die wahren Antisemiten, Antisemitismusbekämpfer.

(Lachen bei der AfD)

– Das war vielleicht ein freudscher Versprecher.

(Abg. Emil Sätze AfD: Wie alles bei Ihnen! – Zuruf von der AfD: Hinübergehen ins Theater! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Dann schauen wir uns einmal Ihren Änderungsantrag an. Sie fordern – ich zitiere –:

...

– *ressortübergreifende Koordination der Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung des gegen religiöse oder politische Gruppen gerichteten Extremismus,*

– *Ansprechpartner/-in und Vermittler/-in für die Bekämpfung des gegen religiöse oder politische Gruppen gerichteten Extremismus durch Bund, Länder und Zivilgesellschaft,*

...

– *Sensibilisierung der Gesellschaft für aktuelle und historische Formen des gegen religiöse oder politische Gruppen gerichteten Extremismus durch Öffentlichkeitsarbeit sowie politische und kulturelle Bildung;*

...

Das alles fordern Sie. Wenn wir das umsetzen, dann ist dieser Beauftragte einzig und allein noch mit der AfD beschäftigt, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der AfD)

Das ist im Grunde das, was Sie in Ihrem Antrag fordern.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dieser Antisemitismusbeauftragte ist zu schade, als dass er sich nur mit der AfD auseinandersetzen sollte.

(Abg. Carola Wolle AfD: Dann können Sie ja ruhig zustimmen!)

Deshalb werden wir das so nicht beschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Besonders begrüßen möchte ich zunächst Sie, liebe Frau Professorin Traub, lieber Herr Suliman, liebe Frau Katz und die anderen Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden, sowie Sie, verehrte Frau Steege vom Israelischen Generalkonsulat. Ich bin dankbar, dass Sie heute hier im Landtag sind. Ich sage Ihnen im Namen von uns allen zu, dass wir Ihr Vertrauen in den Rechtsstaat und in unsere demokratische Gesellschaft nicht enttäuschen werden.

Wir alle sind tief erschüttert von dem brutalen antisemitischen Akt in Halle. Die Ereignisse lassen einen erschauern. Über 50 Mitglieder der jüdischen Gemeinde waren am vergangenen Mittwoch in der Synagoge von Halle zusammengekommen, um den Feiertag Jom Kippur zu begehen und gemeinsam zu beten und zu feiern, als der schwerbewaffnete Attentäter versuchte, in das Gotteshaus einzudringen. Allein, weil das Eingangstor dem Angriff standgehalten hat, kam es zu keinem Blutbad in der Synagoge. Stattdessen ermordete der Attentäter eine zufällig vorbeikommende Passantin und später in einem Dönerimbiss einen jungen Mann. Sein mörderisches Handeln filmte der Täter mit einer Helmkamera und übertrug es live im Internet.

Dieser brutale Terrorakt und seine zynische Zurschaustellung lassen uns fassungslos und beschämt zurück. Unsere Gedanken sind bei den Ermordeten und Verletzten und ihren Angehörigen; wir haben ihrer gedacht.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Ein Dreivierteljahrhundert nach dem Menschheitsverbrechen der Shoah müssen Juden in Deutschland wieder um ihr Leben fürchten, weil sie sich in der Synagoge zum Gebet treffen. Das ist unerträglich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Bernd Gögel AfD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns deshalb als Gesellschaft gemeinsam noch entschlossener uns dem Judenhass entgegenstellen. Denn der Antisemitismus zielt auf den Kern unserer Verfassungsordnung, auf den Kern dessen, woran wir als Demokraten glauben, nämlich die gleiche unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen. Antisemitismus tritt die Menschenwürde mit Füßen, er verachtet, er spaltet, er zerstört den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die Idee der Menschenwürde wurzelt in der biblischen Aussage, dass Gott den Menschen nach seinem Bilde geschaffen hat.

(Zuruf von der AfD)

Und schon der frühe Talmud betont entsprechend, dass menschliche Könige nur ihr eigenes Konterfei auf die Münzen prägen, Gott sich aber in der Vielfalt jedes einzelnen Menschen zeige.

Deswegen gehen all jene fehl, die andere wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder anderer Kriterien ausgrenzen wollen. Wohin das führt, wissen wir alle aus den dunkelsten Kapiteln unserer Geschichte.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sagen Sie das mal der Grünen Jugend!)

Deswegen hat der demokratische Rechtsstaat die Würde aller Menschen zu schützen, und deshalb gehört der Schutz der Jüdinnen und Juden, des jüdischen Lebens für uns in Baden-Württemberg zur Staatsräson.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Ich sage deshalb allen Jüdinnen und Juden im Land: Ihr seid ein wertvoller und unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Ihr gehört zu unserer Mitte. Wer euch diskriminiert, bedroht oder angreift, der greift uns alle an. Wir stehen fest an eurer Seite.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP, Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Stefan Räßle zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Anschlag von Halle ist bestürzend in seiner Brutalität. Wir sollten aber nicht glauben, die Tat sei ein isolierter Einzelfall. Das ist sie nicht. Denken Sie an den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, an die Anschlagpläne der mutmaßlichen Terrorgruppe Revolution Chemnitz oder an die Mordserie des NSU.

(Zuruf von der AfD: Die nicht aufgeklärt ist!)

Der rechtsextremistische Terror findet einen wachsenden politischen und gesellschaftlichen Nährboden, auf dem er gedeihen kann. Wir erleben eine Enthemmung der politischen Debatten, die Verrohung der Sprache, Beleidigungen und Diskriminierung übelster Art bis hin zu offener Hetze, Hass und Gewaltfantasien. Am Ende müssen wir dann verblendete Täter erleben, die töten und morden.

Antisemitismus und Rassismus zeigen sich in Deutschland heute so offen wie lange nicht mehr. Sie sind sogar wieder in den Parlamenten angekommen, leider auch bei uns.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie waren nie draußen!)

Da wird der Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ in unserer tausendjährigen Geschichte abgetan. Das Holocaust-Mahnmal wird als „Denkmal der Schande“ diffamiert. Da reden Abgeordnete aus diesem Hohen Haus von Erinnerungsdiktatur, fordern, die Stolpersteine aus unseren Städten zu entfernen, oder sprechen unserer Landtagspräsidentin Muhterem Aras ab, für die deutschen Bürgerinnen und Bürger sprechen zu dürfen – mit Begründungen, die völkisches Gedankengut in Reinform präsentieren.

Da wird behauptet, der Islam sei gar keine Religion, sondern eine Ideologie. Das verunglimpft nicht nur eine fast 1 500 Jahre alte Weltreligion, sondern da soll Muslimen ein hohes Verfassungsgut geraubt werden, nämlich der Schutz der Religionsfreiheit.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Glaubensfreiheit!)

Wer Ausgrenzung betreibt und gar Hass sät, wird Gewalt ernten. So nehmen auch die antisemitischen Straftaten zu. Das zeigt der Bericht unseres Antisemitismusbeauftragten eindrücklich. Im Jahr 2018 gab es 136 judenfeindliche Straftaten in Baden-Württemberg. Das sind 37 % mehr als im Vorjahr. Ich nenne beispielhaft die Angriffe auf die Synagogen in Ulm und in Freiburg.

Jeder vierte Jude in Deutschland berichtet, dass er im letzten Jahr verbal oder körperlich angegangen worden ist.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. – Im Internet sehen sich sogar vier von fünf Juden antisemitischer Diskriminierung ausgesetzt. Die Zahlen zeigen: Antisemitismus ist für Jüdinnen und Juden leider immer mehr wieder eine alltägliche Erfahrung. Damit dürfen wir uns nicht abfinden.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Da sind wir alle, die gesamte Gesellschaft, gefordert. Jede und jeder von uns kann einen Beitrag leisten, indem wir nicht schweigen oder wegschauen, indem wir antisemitischen Äußerungen widersprechen, und zwar ohne Wenn und Aber, egal, von wem sie kommen, und egal, wo sie stattfinden – am Arbeitsplatz, in der Straßenbahn, am Stammtisch.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Mut und Zivilcourage gegen das Böse im Kleinen, das sind die wichtigsten Ressourcen im Kampf gegen den Judenhass.

(Beifall der Abg. Petra Häffner GRÜNE)

Dazu gehört auch der mühsame Kampf der Aufklärung gegen Verschwörungsmymen, eingefressene Vorurteile und Fake News. Wir als politisch Verantwortliche müssen zeigen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist und den Angriffen der Demokratieverächter nicht machtlos gegenübersteht. Wir haben einen starken Rechtsstaat, wir haben eine starke Bürgergesellschaft, und wir lassen uns unsere Demokratie und unsere vielfältige Gesellschaft nicht zerstören. Wir sind eine wehrhafte Demokratie. Wir begegnen den Feinden der Freiheit nicht mit Laissez-faire und den Feinden der Toleranz nicht mit Toleranz.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entsprechend haben wir, die Landesregierung, auch bereits gehandelt. Nach Beschluss des Landtags haben wir im vergangenen Jahr als erste Landesregierung in Deutschland einen Antisemitismusbeauftragten ernannt und ihm einen Expertenrat zur Seite gestellt.

Aber wir alle müssen ihn bei seiner Arbeit unterstützen. Solange wir den Antisemitismus nicht überwunden haben, müssen wir uns auch entschlossen um die Sicherheit der jüdischen Bürgerinnen und Bürger kümmern. Deshalb haben wir die Sicherheit aller Synagogen im Land von der Polizei begutachten und Vorschläge zur weiteren Verbesserung erstellen lassen. Jede Synagoge im Land hat einen speziellen Ansprechpartner bei der Polizei erhalten.

Als uns am vergangenen Mittwoch die schrecklichen Nachrichten aus Halle erreichten, hat unser Sicherheitskonzept sofort gegriffen. Polizei, aber auch Bürgerinnen und Bürger haben sich schützend vor unsere jüdischen Gemeinden gestellt. Dafür bin ich allen sehr dankbar.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Gestern hat das Kabinett ein Sofortprogramm für einen noch besseren Schutz jüdischer Einrichtungen beschlossen. Dazu wird Innenminister Strobl gleich ausführlicher berichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch unserem Antisemitismusbeauftragten, Herrn Dr. Michael Blume, im Namen der ganzen Landesregierung für sein engagiertes Eintreten danken – dafür, dass er uns in seinem Bericht eine Vielzahl von Vorschlägen mit auf den Weg gibt, gerade auch Ideen, die über die Sicherheitsfrage hinausgehen. Denn wir dürfen nicht bei der Sicherheit stehen bleiben. Es reicht nicht aus, jüdisches Leben hinter hohen Mauern und unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen zu gewährleisten. Mir geht es vor allem darum, dass jüdisches Leben ein ganz selbstverständlicher Teil unseres Alltags ist – auf Plätzen und Straßen, in Schulen und Vereinen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Wir brauchen lebendige Gemeinden und das Miteinander von Juden und Nichtjuden unter Nachbarn, Kollegen und Freun-

den. Denn direkte Begegnungen von Mensch zu Mensch sind der beste Weg, um Vorurteile zu überwinden, um Antisemitismus gar nicht erst entstehen zu lassen.

Wie bereichernd der persönliche Kontakt und die unmittelbare Begegnung mit dem jüdischen Leben sind, erlebe ich jedes Mal aufs Neue, wenn ich an einem jüdischen Fest teilnehmen darf – etwa beim Entzünden des Chanukkaleuchters auf dem Schlossplatz in Stuttgart, bei der Eröffnung der Synagogen in Ulm und Rottweil, oder als ich in Jerusalem gemeinsam mit Vertretern der jüdischen Gemeinden eine Thorarolle in Empfang genommen habe, die wir dann nach Baden gebracht haben.

Erst vor wenigen Wochen hatte ich die Freude, in Stuttgart einen Schabbatabend mit Freunden der jüdischen Gemeinde Württemberg zu feiern. Für mich ist es immer wieder faszinierend, die vielfältigen biografischen und auch religiösen Verbindungen zwischen unseren Traditionen zu erleben und zu sehen, wie stark jüdisches Leben durch seine Feste geprägt ist – wie heute das Laubhüttenfest Sukkoth.

Gerade das macht die Tat von Halle besonders infam. Denn sie verbannt jüdische Feste hinter verschlossene Türen – Türen, die wir gemeinsam begonnen hatten zu öffnen; und von diesem Ziel sollten wir uns nicht abbringen lassen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Wenn sich die Christen unter uns einmal vorstellen, dass wir die Kirchen während des Gottesdienstes von innen verriegeln müssten, dann merkt man, wie ungeheuerlich das eigentlich ist.

Wenn ich sage, wir müssen Begegnungen konkret ermöglichen, dann heißt das, wir müssen den Austausch und die Begegnungsprogramme zwischen Juden und Nichtjuden fördern, etwa durch gemeinsame Projekte an unseren Schulen, wir müssen die Lehrerfortbildung an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg etablieren, damit Lehrer im Unterricht nicht nur über das Judentum sprechen, sondern auch mit jüdischen Experten in der Fortbildung zusammenarbeiten, und wir müssen uns intensiv um den Generationenübergang in der Erinnerungsarbeit kümmern; denn wenn die jungen Menschen nicht mehr wissen, wie es zum Holocaust kommen konnte, dann werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn uns die deutsche Geschichte eines lehrt, dann lautet diese Lehre: Nie wieder! Von Deutschland dürfen nie wieder Hass und Gewalt gegen Juden ausgehen. Lassen Sie uns deshalb mit all unserer Kraft den Antisemitismus bekämpfen und das Miteinander von Juden und Nichtjuden stärken. Lassen Sie uns das tun – nicht allein um unserer Vergangenheit willen, sondern auch, um unsere gemeinsame Zukunft zu gestalten.

Allen Jüdinnen und Juden in Baden-Württemberg verspreche ich: Wir stehen an Ihrer Seite. Wir werden Sie nie wieder im Stich lassen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, nachdem Herr Ministerpräsident Kretschmann das Wort ergriffen hat, löst dies nach § 82 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die sogenannte Fraktionsvorsitzendenrunde aus.

Ich erteile für die Fraktion der AfD Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel das Wort.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kretschmann hat sehr intensiv ausgeführt, was er von Toleranz und Intoleranz hält, und ich möchte erwidern: Herr Kretschmann, Sie haben doch am eigenen Leib in den Siebzigerjahren verspürt, was es bedeutet, wenn man seine eigene Meinung – eine politisch andere Meinung – in diesem Land nicht mehr vertreten darf, und erfahren, dass man eventuell sogar mit Berufsverbot belegt werden kann.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Dagegen haben Sie jahrelang gekämpft. Aber die Erinnerung an diese fehlende Meinungsfreiheit in vielen Bereichen und die Akzeptanz des politisch Andersdenkenden müssten Sie eigentlich mit in die heutige Zeit herübergenommen haben. Ich kann Sie nur bitten, in der einen oder anderen ruhigen Minute noch einmal zurückzudenken und dies auf die heutige Zeit hin zu reflektieren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich will mit einem Platon-Zitat beginnen:

Niemand wird mehr gehasst als derjenige, der die Wahrheit sagt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da hat Platon an Sie gedacht!)

– Dabei hat er sicher damals schon an die Gründung der AfD gedacht, Herr Rülke.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oh, oh, oh!)

– Herr Schwarz, auch im Hinblick auf Ihre Ausführungen von heute Morgen: Wir tun nichts anderes, als Ihnen einen Spiegel vorzuhalten.

(Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Schauen Sie einmal hinein. Was sehen Sie? Sie sehen Hass, Hetze und Spaltung.

(Beifall bei der AfD)

Nichts anderes sehen Sie in diesem Spiegel. Denken Sie bitte darüber nach.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! Genau so ist es! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Zu den Dingen, die der Herr Ministerpräsident hier vorgebracht hat – wieder aus einem Kontext herausgerissene Worte wie „Vogelschiss“ oder das berühmte „Denkmal der Schande“ –, kann ich Ihnen nur sagen: Das haben wir jetzt hundertmal gehört,

(Unruhe)

und hundertmal wurde von den Menschen, die es geäußert haben, erklärt, in welchem Zusammenhang die Worte gebraucht wurden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jeder Zusammenhang ist schändlich!)

Zu dem Antrag in Nordrhein-Westfalen – Entfernung Stolpersteine in Arnsberg – sage ich Ihnen nur so viel: In Nordrhein-Westfalen waren sicher nicht unbedingt alle Menschen in der ersten Reihe, als Intelligenz vergeben wurde. Dazu zählt vielleicht auch der eine oder andere AfD-Politiker.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Aber ganz vorn steht Ministerpräsident Laschet, der aktuell – dieser Tage oder gestern, glaube ich – zur AfD gesagt hat, es sei richtig, die AfD „bis aufs Messer“ zu bekämpfen.

(Zuruf von der AfD: Aha! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Reden Sie doch mal zum Antisemitismus und nicht zur AfD!)

Meine Damen und Herren, das ist für einen Ministerpräsidenten eine völlig unwürdige und unsägliche Aussage.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Man muss ihn wirklich fragen, ob er nicht zurücktreten und sein Amt zur Verfügung stellen will. Diese Aussage ist nichts anderes als ein Aufruf zur Gewalt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Alles nur Nebelkerzen! Sie werfen Nebelkerzen!)

Das ist Hass und Hetze, und das treibt die Spaltung in diesem Land weiter nach vorn.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gögel, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

Abg. Bernd Gögel AfD: Gern –

(Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Habt ihr das vorher in der Fraktionssitzung eingeübt?)

auch wenn Sie sicherlich wissen und respektieren, dass ich bei Frau Dr. Baum keine Frage bestelle.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Vielen Dank, Bernd. – Nachdem alle anderen eine Zwischenfrage von mir ja abgelehnt haben, was ich sehr bedauerlich finde, nun meine Frage. Ich möchte vorwegschicken, dass es für mich unvorstellbar ist,

(Zuruf: Frage!)

dass in der heutigen Zeit Synagogen polizeilich bewacht werden müssen. Ich kann das einfach nicht verstehen.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Dr. Baum, Ihre Frage, bitte.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Umso wichtiger ist es, die wahren Ursachen für Antisemitismus zu ergründen.

(Zuruf: Frage!)

In diesem Zusammenhang stelle ich die Frage: Unser Antisemitismusbeauftragter Dr. Blume hat einen Like zu folgender Aussage gesetzt: „Wer ein Kantholz hat, braucht keine Fake News mehr.“ Das ist ein Like unseres Antisemitismusbeauftragten, Herrn Blume. Wie bewerten Sie diese Aussage oder diesen Like?

Danke schön.

Abg. Bernd Gögel AfD: Zunächst einmal stelle ich ihn in den Kontext des Themas, über das ich gerade gesprochen habe: Hass und Hetze. Zweitens kann ich das nicht beurteilen. Man müsste Herrn Dr. Blume selbst fragen, ob das den Tatsachen entspricht. In der aufgeheizten Debatte, die wir aktuell erleben, sind viele Fake News und Fake-Nachrichten unterwegs.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Von Frau Baum!)

Aber bei nächster Gelegenheit werden wir Herrn Dr. Blume dazu sicherlich befragen können oder ihn anschreiben können. Das würde ich auch in diesem Fall empfehlen.

Seit den Siebzigerjahren beobachten wir das Phänomen des wiederaufwachsenden Antisemitismus in Europa und speziell auch in Deutschland. Eine politisch kritische Analyse habe ich auch heute Morgen hier nicht gehört. Ich habe sie auch nicht dem Bericht entnommen, denn sie ist von der Politik, sie ist von diesem Parlament, von uns, zu erarbeiten. Dazu noch einmal der Vorschlag in dem Antrag, den wir eingereicht haben. Sicherlich hat jetzt in der ersten Stunde doch jeder einmal die Gelegenheit gehabt, ihn zu lesen und darüber nachzudenken.

Es ist ein bitteres Armutszeugnis für unser Land, mit diesen der Demokratie feindlich gesinnten Menschen umgehen zu müssen. Die Frage ist berechtigt: Warum müssen wir Synagogen wie keine anderen religiösen Einrichtungen in Deutschland unter Polizeischutz stellen? Wenn wir morgen allerdings die Sicherheitsdebatte führen, werden wir dazu sicher einige Fragen stellen und sicherlich auch vom Innenminister einige Antworten dazu bekommen: Warum und wie, und warum immer erst nach Vorkommnissen, nach Attentaten?

Die Frage, die wir uns stellen, lautet: Was läuft in diesem Land seit Jahrzehnten schief? Es ist zutiefst heuchlerisch, nach außen um die Opfer zu trauern und gleichzeitig die antisemitische und terroristische Hisbollah auf deutschem Boden zu tolerieren.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dafür sollten sich Politiker in Berlin und auch hier in Baden-Württemberg schämen.

Eine Aktion der AfD im Bundestag gegen die BDS – – BDS – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen – ist eine Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, Israel im Prinzip, ja,

auszuhungern, wirtschaftlich niederzuringen. Sie treibt auch in Deutschland ihr Unwesen. Die AfD hat Ende April einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Der wurde dort abgelehnt. Wir haben dort in der Begründung ganz klar angegeben, dass uns die Existenz des Staates Israel sehr wichtig ist, dass man sie garantieren muss. Alle Parteien haben gegen diesen Antrag gestimmt.

(Zuruf von der AfD: Auch die CDU!)

– Auch die CDU.

Vier Wochen später haben dann Abgeordnete aus mehreren Fraktionen in Berlin gemeinsam einen fast gleichlautenden Antrag ins Parlament gebracht, und dann gab es eine Befürwortung.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Also, von Heuchelei kann man hier tatsächlich schon sprechen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Übrigens: Für die Ablehnung unseres Antrags kam die Begründung: Für die strafrechtliche Bewertung ist die Bundesregierung nicht zuständig. Die Bundesregierung will mit Blick auf möglicherweise strafbare Handlungen der antisemitischen BDS-Bewegung nicht aktiv werden – und das, obwohl Boykottklärungen in Deutschland verboten sind.

Also gibt es antisemitische Strömungen nicht nur in rechtsextremen oder linksextremen Kreisen dieser Republik, sondern sie sind strukturell in der gesamten Bevölkerung vorhanden. Man muss über Aufklärung, über Schulbildung, über Bildungspläne, über Aktionen diese Vorurteile aus den Köpfen der Menschen bringen.

Der Herr Ministerpräsident hat angesprochen, dass Frau Aras wegen ihrer Herkunft aus der AfD heraus angegriffen würde. Das weise ich auf das Entschiedenste zurück.

(Lachen bei den Grünen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das kann man nachlesen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Soll ich Ihnen Herrn Sänze vorlesen? Das liegt alles schriftlich vor!)

– Ich glaube nicht, dass ein anderes Mitglied im Moment Fraktionsvorsitzender hier in der AfD-Fraktion ist. Das bin immer noch ich, und Sie werden meine Aussagen werten müssen. Alles andere sind persönliche Bekanntmachungen. Ich glaube auch nicht, dass Herr Sänze in irgendeinem Schriftstück Frau Aras ihrer Herkunft wegen angegriffen hat. Wir kritisieren Handlungsweisen und Kompetenzen und Führungsqualitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das werden wir auch weiterhin tun. Das werden wir auch in Zukunft tun.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie werfen Nebelkerzen! So wie immer! Nebelkerzen werfen Sie!)

– Herr Sckerl, ich meine, es ist ja schon bezeichnend. Wenn Sie das kompetenteste Mitglied Ihrer Fraktion zur Landtags-

(Bernd Gögel)

präsidentin gemacht haben, dann ist das schon vielsagend für Ihre Mitglieder.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie schaffen es nicht, uns zu beleidigen! Das schaffen Sie nicht! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Das haben Sie heute Morgen schon mehrfach fertiggebracht.

Ich nenne Ihnen zu Hass und Hetze noch zwei Beispiele. Herr Söder, der zweite Scheinriese aus Bayern, hat gesagt:

Die AfD ist nicht auf dem Weg, eine bessere und ehrlichere CDU zu werden. Die AfD ist auf dem Weg, die wahre NPD in Deutschland zu sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da hat er recht!)

Tolle politische Aussagen, ein wahlkampftechnisch tolles polemisches Geschrei aus Bayern. Das sind wir gewohnt von diesen Bettvorlegern der Frau Merkel. Das nehmen wir auch nicht allzu ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Aber dann nehmen wir wieder etwas ganz ernst. Der Innenminister Ulrich Mäurer der SPD aus Bremen behauptet, Israel würde Palästinenser am Gaza-Grenzzaun hinrichten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei dieser Rede wundert mich nicht, dass Ihre Fraktion Sie abwählen will!)

Ich glaube, darüber muss die SPD vielleicht auch einmal nachdenken, woher solche Aussagen kommen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ein CDU-Ratsherr aus Seesen in Niedersachsen hat nach dem mutmaßlichen Rachemord an einem palästinensischen Jungen in Israel auf seiner Facebookseite geschrieben – auf Facebook sind wir heute ja schon mehrfach gewesen –: „Juden sind Scheiße.“ Ein CDU-Ratsherr aus Seesen!

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Die Linke wollen wir auch nicht ausklammern. Der Duisburger Kreisvorstand hat einen Boykottaufruf für israelische Waren auf seine Homepage gestellt: „Kauft keine Produkte aus Israel!“ Das Land sei ein Schurkenstaat und Kriegstreiber. – Wer solche politischen Freunde hat, der braucht wirklich keine Feinde mehr. Antisemitismus schreit hier aus allen Ecken. Deshalb sollten Sie tatsächlich dem Beschlussantrag der AfD zustimmen. Setzen Sie ein Zeichen, setzen Sie tatsächlich einmal auf Aktion und nicht nur auf Reaktion. Dann sind Sie auf einem guten Weg.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geideon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir auf den Anlass für die heutige Debatte zurückkommen, nämlich auf die Frage: „Wie kann es sein, dass wir uns im Jahr 2019 in Deutschland, in Baden-Württemberg mit einem solchen Thema wie Antisemitismus wieder beschäftigen müssen?“, dann kommen wir doch alle auf die Frage: Wo kommt so etwas nach den Erfahrungen des Dritten Reiches und der Judenverfolgung gerade in diesem Land her?

(Zurufe von der AfD)

Dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, müssen wir doch über die Ursachen nachdenken.

Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen an dieser Stelle sehr dankbar, dass Sie deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dass wir, dass der Staat, dass seine demokratischen Institutionen an der Seite der Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens in Baden-Württemberg stehen und ihnen unsere Solidarität versichern. Aber Solidarität allein wird den Menschen ihre Angst nicht nehmen. Wenn wir zukünftig dafür sorgen wollen, dass diese Menschen weniger Angst haben, dann müssen wir konkret politisch handeln. Wir werden über Sicherheitsmaßnahmen nachdenken müssen, aber wir werden – ich komme auf meinen ersten Beitrag zurück – vor allem auf die Frage nach dem Warum kommen müssen.

Was mich zugegeben ratlos macht und auch schon in den letzten Jahren ratlos machte, ist: Wo kommt denn dieses antijüdische, antisemitische Denken her? Unsere europäische Geschichte lässt ja darauf schließen, dass es da Erzählungen gab, die immer mit Mythen, mit Vorurteilen und vor allem auch mit Verschwörungstheorien zu tun hatten.

Wenn Sie sich einmal den Blick in die Geschichte gönnen, dann kommen Sie zu Begriffen wie „die Brunnenvergifter“, dann kommen Sie später –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Martin Schulz!)

Ende des vorletzten Jahrhunderts, Anfang des letzten Jahrhunderts – auf Weltverschwörungstheorien, die teilweise bis heute weitergeführt werden, für die es keine Belege gibt, die aber fleißig nacherzählt werden.

Deswegen wird es nicht allein mit Sicherheitsmaßnahmen getan sein. Denn ich möchte nicht, dass Menschen, nur weil sie einer bestimmten Glaubensgemeinschaft angehören, ihren Glauben hinter verschlossenen Türen und dicken Mauern zelebrieren müssen. Jüdischer Glaube gehört in die Mitte dieser Gesellschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann gibt es auch im politischen Diskurs in unserem Land die Verschwörungstheoretiker. Sie sitzen auch in diesem Parlament, sie gibt es auch in einer Partei, von der hier im Parlament eine Fraktion sitzt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bei Ihnen natürlich!)

(Andreas Stoch)

Wenn ich dann höre, dass diese Fraktion darüber nachdenkt, diesen Verschwörungstheoretiker wieder in ihre Fraktion aufzunehmen, dann halte ich es für zynisch, wenn Sie, Herr Gögel, hier sagen: „Wir haben mit der ganzen Sache nichts zu tun.“

(Beifall bei der SPD und den Grünen, Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP)

Ich gebe Ihnen gern zu: Wenn wir zu den Verschwörungstheoretikern kommen, dann mag das ein kleiner Teil der Menschen sein, die sich draußen oder auch hier im Parlament bewegen. Aber die nächste Abstufung sind nicht die Verschwörungstheoretiker, sondern die Relativierer,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was sagen Sie zu Herrn Steinmeier? Was sagen Sie zu Herrn Gabriel? Was sagen Sie zu Herrn Maaßen?)

die die Verantwortung, die wir haben, die das Phänomen Antisemitismus kleinzureden versuchen, indem sie es mit anderem vergleichen. Das erinnert mich sehr an den Historikerstreit in Deutschland und die sogenannte Schlussstrichdebatte. Und es erinnert mich sehr an die Worte, die heute schon zitiert wurden: „Ein Vogelschiss der Geschichte“ – Worte, mit denen das Unrecht des Nationalsozialismus relativiert werden soll, weil es in einen größeren Kontext gestellt wird.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich erinnere weiter an Aussagen wie: „Wir brauchen eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.“ Was ist das denn anderes als eine Relativierung dieser Schuld, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Der Antisemitismus, über den wir reden, steht ja nicht isoliert als Antisemitismus. Dieser Antisemitismus steht im Kontext von Intoleranz, er steht im Kontext von Rassismus, von Chauvinismus, von völkischen Überlegenheitsfantasien, und er ist gerade auch in der Form, wie wir ihn als besonders bedrohlich erleben, im Kontext des Rechtsextremismus zu finden. Wenn eine Partei, die hier im Parlament vertreten ist, keine klare Kante zum Rechtsextremismus zieht, dann ist sie – mit Verlaub – mitverantwortlich für dieses gesellschaftliche Klima.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie je eine Zwischenfrage der Herren Abg. Räßle und Rottmann zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, Frau Präsidentin. – Es darf deswegen in unserem Land keine Rückzugsräume geben, in denen dieses Denken vor sich hin gären kann. Diese Rückzugsräume dürfen nicht in der realen Welt existieren, und diese Rückzugsräume dürfen auch nicht in der virtuellen und digitalen Welt existieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es entsprechende Echoräume gibt, wenn es im Internet Räume gibt, in denen diese Verschwörungstheorien weitergetragen werden, dann haben wir alle, die demokratische Gesellschaft, doch ein großes Interesse daran, diesen Hass, diese Hetze gegen Menschen, die mitten in unserer Gesellschaft leben, ein für alle Mal zu beenden. Deswegen brauchen wir gesetzgeberische Instrumente, um gegen diesen Hass und diese Hetze im Netz vorgehen zu können, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Dann brauchen wir eben auch – das fordert der Antisemitismusbeauftragte ein – ein entschlosseneres Handeln gegenüber verbalem Antisemitismus.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal an die rechts-extremen Wahlplakate erinnern, die in diesem Land offenbar nicht abgehängt werden konnten, obwohl man in anderen Bundesländern den Mut dazu aufbrachte. Hier gilt aber das gleiche Recht, Herr Innenminister. Dann müssen Sie uns erklären, warum das in Baden-Württemberg nicht vollzogen wurde.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

In diesem Kontext erinnere ich auch noch einmal an die enormen Schwierigkeiten, die Betroffene erleben, wenn sie Schmähen und Bedrohungen verfolgt wissen wollen. Wir lassen – das ist meine Überzeugung – noch viel zu viel zu. Attacken wie jüngst in Halle zeigen uns aber doch, dass wir das nicht mehr zulassen dürfen. Schweigen allein wird nicht reichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Antisemitismus wird geflüstert und geschrien, er wird gepostet, gelikt und geschmiert. Er führt zu Anfeindungen, zu Übergriffen, zu Anschlägen. Wir müssen ihm aber in jeder Form begegnen – mit Prävention, mit Bildung, mit Strafverfolgung, leider auch mit Polizeischutz und besserer Sicherung und auf jeden Fall mit null Toleranz gegenüber allen antisemitischen Brandstiftern. Wir dürfen – Herr Ministerpräsident, Sie haben es gesagt – es nicht zulassen, dass die Intoleranten unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Toleranz ausnutzen. Keine Toleranz den Intoleranten!

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP, Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Deswegen möchte ich zum Abschluss Erich Kästner zitieren. Erich Kästner hat einmal gesagt, bezogen auf das Phänomen des Nationalsozialismus – ich zitiere –:

Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat.

Lassen Sie uns den Antisemitismus gemeinsam bekämpfen, damit er keine Lawine wird!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Fraktion ist dankbar dafür, dass Sie, Herr Ministerpräsident, für die Landesregierung ein klares Bekenntnis nicht nur gegen den Antisemitismus, sondern auch zum Schutz jüdischen Lebens in Baden-Württemberg abgelegt haben. Sie haben zu Recht gesagt, dass es beschämend ist, dass ein Menschenleben nach der Shoah jüdisches Leben in Deutschland wieder bedroht ist – vielleicht muss man sagen: wieder öffentlich erkennbar bedroht ist. Denn den unterschwelligem Antisemitismus gab es ja in den letzten Jahrzehnten immer: „Jude“ als Schimpfwort auf dem Schulhof, antisemitische Stereotype in unterschiedlichster Form. Aber das, was wir in letzter Zeit erlebt haben, ist ein verändertes geistiges Klima, bei dem auch manche in der Öffentlichkeit und auch bestimmte politische Kräfte darangegangen sind, zunächst einmal das Sagbare zu verschieben

(Abg. Anton Baron AfD: Das sagt gerade der Richtige!)

nach dem Motto: „Man wird ja wohl noch sagen dürfen ...“

(Abg. Anton Baron AfD: Das sagt gerade der Richtige!)

– Wollten Sie eine Zwischenfrage stellen? Das können Sie gern machen. Aber den Mut dafür haben Sie wahrscheinlich nicht. Lieber kommen irgendwelche Zwischenrufe von der rechten Seite, von Leuten, die es gerade nötig haben. Sie gehören nämlich genau zu denen, die in diesem Land das Sagbare verschieben wollen. Und deshalb ist es notwendig, gegen Sie vorzugehen, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

„Man wird ja wohl noch sagen dürfen ...“, ja, und das nehmen dann manche zum Anlass, nicht nur das zu tun, sondern auch zu handeln.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist das, was in diesem Land droht, und genau hier besteht Handlungsbedarf. Alle politischen Kräfte, all die, die dieses Land vorangebracht haben, die Sie so abfällig „Altparteien“ nennen, sind zum Handeln und zum Zusammenstehen aufgerufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es trifft zu, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, sagen, es gehöre zur Staatsräson des Landes Baden-Württemberg, jüdisches Leben zu schützen. Ich wiederhole das, was ich bei der Einsetzung des Antisemitismusbeauftragten gesagt habe. Zur Staatsräson Deutschlands aus politischer Verantwortung und aus Verantwortung vor der Geschichte gehört das Existenzrecht des Staates Israel – was nicht heißt, dass man beispielsweise die Regierung Netanjahu nicht kritisieren dürfte; aber das Existenzrecht muss immer klar sein. Es muss auch für uns immer klar sein, dass jüdisches Leben eine Bereicherung für

unsere Gesellschaft in Baden-Württemberg ist. Wir wollen jüdisches Leben in der Mitte dieser Gesellschaft jetzt und auch in Zukunft haben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Sänze zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja. – Sie können ja dann erklären, was Sie unter Rassismus verstehen, Herr Sänze.

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank, dass Sie die Frage schon vorwegnehmen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, das habe ich mir gedacht.

Abg. Emil Sänze AfD: Nein, ich stelle die Frage an Sie.

Herr Abg. Karrais hat auf der Facebook-Seite der NRWZ, also in der „Neuen Rottweiler Zeitung“, auf das Attentat hin, das gegen mein Büro ausgeübt worden ist, geschrieben:

Der Täter ist genauso schädlich für Demokratie wie die Äußerungen, die den Täter dazu veranlasst haben.

Halten Sie das für Hetze, oder halten Sie das für gegeben?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Sänze, das klären Sie vielleicht am besten mit dem Kollegen Karrais. Ich kenne diese Facebook-Einträge nicht, kann aber bestätigen – Herr Sänze, falls Herr Karrais das so gemeint haben sollte –: Wenn Sie beispielsweise erklären, die Landtagspräsidentin dürfe nicht für den Landtag von Baden-Württemberg sprechen, weil ihre Familie nicht aus Deutschland stamme, weil seit tausend Jahren die Vorfahren von Frau Aras keine Schlachten geschlagen hätten, bis hin zu Otto dem Großen –

(Abg. Emil Sänze AfD: Die haben sie schon geschlagen, nur nicht bei uns!)

Also, mich würde interessieren, ob bei Otto dem Großen die Sänzes schon dabei gewesen sind.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich habe da gewisse Zweifel.

(Zuruf: Vielleicht ihre Vorfahren, im Stechschritt!)

Und wenn, dann wäre Otto der Große wahrscheinlich kein Otto der Große geworden, sondern Otto der Kleine, wenn Ihre Vorfahren dabei gewesen wären.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Wer eine Landtagspräsidentin an ihrer Herkunft misst, der ist ein Rassist und ist ein Hetzer. Das wird ein FDP/DVP-Abgeordneter auch noch aussprechen dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE zu Abg. Emil Sänze AfD: Eigentor!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herr Kollege Stoch, Sie haben gesagt: „Die jüdischen Gemeinden gehören in die Mitte der Gesellschaft; wir wollen nicht, dass sie hinter verschlossenen Türen beispielsweise Jom Kippur feiern.“ Da gebe ich Ihnen natürlich uneingeschränkt recht.

Aber leider können wir uns nicht darauf verlassen, dass das so funktioniert. Wir wollen es als gemeinsamen Auftrag begreifen, in unserem Land die Sicherheit von jüdischem Leben zu gewährleisten, dafür zu sorgen und in die Gesellschaft hineinzuwirken, dass diejenigen, die das Sagbare verschieben wollen, zurückgedrängt werden, sodass wir es vielleicht irgendwann einmal wieder schaffen, dass jüdisches Leben an Jom Kippur nicht gesichert werden muss.

Dieses Ziel haben wir, aber wir werden uns in absehbarer Zeit leider nicht darauf verlassen können. Deshalb ist es notwendig, zu Sicherheitskonzepten zu kommen und diese Sicherheitskonzepte so anzulegen, dass man an Jom Kippur oder an anderen Feiertagen – oder auch nur, wenn sich die Gemeinde trifft – sicher sein kann, nicht zum Ziel solcher wahnwitzigen Attentäter wie dem von Halle zu werden.

Wir brauchen also ein Sicherheitskonzept. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, die Polizei habe die jüdischen Einrichtungen im Land begutachtet; der Innenminister werde dazu noch mehr sagen. Uns würde interessieren, wann das stattgefunden hat, uns würde interessieren, ob die Polizei schon vor dem Anschlag Erkenntnisse hatte, denen zufolge Handlungsbedarf besteht. Uns würde auch interessieren, wie es nach dem Anschlag von Halle gelaufen ist, wann vor jeder jüdischen Einrichtung danach Polizei stand und wann das ins Innenministerium gemeldet wurde.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Warum nicht schon vorher?)

– Es lässt sich immer leicht dazwischenrufen: „Warum nicht schon vorher?“

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist nicht leicht, das ist richtig!)

In der Realität ist es manchmal nicht ganz so einfach. Aber wir wollen ja vielleicht aus Fehlern und aus Ereignissen lernen. Deshalb wollen wir zunächst einmal hören, wie das gelaufen ist und welche Ergebnisse es gibt. Dann können wir in einem zweiten Schritt darüber diskutieren.

Es gab auch ein paar Ablenkungsmanöver des Herrn Gögel, der auf der einen Seite für Meinungsfreiheit plädiert und auf der anderen Seite Herrn Laschet und Herrn Söder angreift, nach dem Motto: Wenn der Holocaust geleugnet wird, dann zählt das zur Meinungsfreiheit, aber wenn jemand die AfD angreift, dann ist er ein verantwortungsloser Hetzer und Aufrufer zu Gewalt.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Wenn jemand zu Messerangriffen aufruft, dann ist das wirklich strafbar und strafrelevant!)

– Nun gut, aber es ist eben auch strafbar, den Holocaust zu leugnen und zu relativieren. Dann kommen Sie immer mit der Meinungsfreiheit.

(Zuruf von der AfD: Quatsch!)

Es ist doch so, dass die Hälfte Ihrer Fraktion Herrn Gedeon wieder aufnehmen möchte, weil man offensichtlich der Meinung ist, das Judentum als Bedrohung unserer Zivilisation zu bezeichnen zähle zur Meinungsfreiheit.

(Zurufe von der AfD – Gegenrufe von der SPD)

Sie sprechen immer von Meinungsfreiheit. Die Meinungsfreiheit gilt demnach auch für Herrn Gedeon – bei Antisemitismus und bei Leugnung des Holocausts.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Lesen Sie doch einmal richtig, Herr Kollege!)

– Herr Räßle, ich kann bei Ihnen vielleicht einmal Unterricht zu der Frage nehmen, wie man richtig liest. Sie sind der führende Intellektuelle des Landtags von Baden-Württemberg und insoweit mit Sicherheit die richtige Adresse.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Ihn wollen Sie also wegen der Meinungsfreiheit wieder aufnehmen, aber Herrn Fiechtner haben Sie aus der Fraktion gemobbt, weil er die Stirn hatte, für die Gesundheitskarte für Flüchtlinge zu sein. Den Holocaust zu leugnen zählt bei Ihnen zur Meinungsfreiheit, aber die Gesundheitskarte für Flüchtlinge geht gar nicht. Das ist das Verständnis der AfD von Meinungsfreiheit in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Klären Sie Ihr Verhältnis zum Antisemitismus. Solange die Gaulands dieser Welt den Holocaust als „Vogelschiss der Geschichte“ bezeichnen, solange die Höckes dieser Welt von einer „erinnerungspolitischen Wende“ und von einem „Mahnmal der Schande“ reden und solange die Hälfte Ihrer Fraktion Herrn Gedeon wieder aufnehmen möchte, wieder an ihre Brust nehmen möchte,

(Zuruf: Über die Hälfte!)

so lange, meine Damen und Herren, haben Sie jedes Recht, aber wirklich jedes Recht verwirkt, hier scheinheilig zu sagen: „Auch wir sind diejenigen, die jüdisches Leben in diesem Land beschützen wollen.“

(Abg. Stefan Räßle AfD: Unglaublich!)

Sie haben es ja nicht einmal zustande gebracht, im letzten Jahr für die Einsetzung des Antisemitismusbeauftragten zu stimmen; das haben Sie abgelehnt. Deshalb wurden Sie auch zu Recht nicht nach Israel eingeladen,

(Zurufe, u. a. Abg. Bernd Gögel AfD: Lesen Sie doch die Begründung auch vor!)

sondern die demokratischen Fraktionen dieses Landtags sind ohne Sie nach Israel gefahren, um mit der israelischen Regierung zu reden. Sie sind dort nämlich nicht erwünscht – aufgrund Ihrer Politik und aufgrund Ihrer Unfähigkeit, sich von solchen Leuten zu trennen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie –

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wohlgermerkt: Ich sage nicht, dass alle in der AfD Antisemiten sind;

(Abg. Stefan Räßle AfD: Da sind wir froh, dass Sie das sagen! Gott sei Dank!)

ich sage nicht, dass alle in der AfD die Grenzen des Sagbaren verschieben wollen. Aber Sie dulden das in Ihrer Partei, und Sie haben nicht die Kraft, sich von solchen Leuten zu trennen. Und solange das der Fall ist, haben Sie jedes Recht verwirkt, in dieser Debatte an dieser Stelle zu reden.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wolle zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Natürlich.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist gut, Herr Rülke!)

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank, Herr Dr. Rülke. – Es ist schön, dass Sie darauf hinweisen, dass eine Mehrheit in der Fraktion eben nicht für die Aufnahme gestimmt hat. Aber das war nicht meine Frage.

Meine Frage ist: Wie stehen Sie denn zu den antisemitischen Aussagen Ihres – ehemals – Möllemann?

(Zuruf: Was?)

Danke schön.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Meines „ehemals Möllemann“?

(Heiterkeit – Abg. Carola Wolle AfD: Jawohl! Mitglied der FDP! Er dürfte Ihnen bekannt sein!)

– Herr Möllemann ist mir bekannt. Ich weiß aber nicht, welche antisemitischen Aussagen Sie meinen,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Weil es so viele gibt!)

und ich weiß auch nicht, ob es angemessen ist,

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Wenn jemand tot ist!)

jemanden hier ins Feld zu führen, der seit 15 Jahren tot ist. Das zeigt, zu welchen Methoden Sie in dieser Diskussion greifen müssen, um überhaupt noch an irgendeiner Stelle Erfolge haben zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Nein, es wird Ihnen nicht helfen, Leute zu bemühen, die schon seit 15 Jahren begraben sind,

(Abg. Carola Wolle AfD: Weil Sie keine Antwort haben!)

um davon abzulenken, dass Sie sich von denjenigen nicht trennen, die immer noch leben und in Ihrem Namen in der Poli-

tik unterwegs sind. Das ist nämlich das Entscheidende, und da wird Ihnen kein Ablenkungsmanöver helfen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Bernd Gögel AfD: Sie sprechen doch von geistigen Vorfahren!)

Aber Sie können mir gern – falls Ihnen, Frau Wolle, konkret etwas einfällt – einen Brief schreiben zum – wie haben Sie es formuliert? – „ehemaligen Möllemann“, und dann können Sie Zitate anführen und bekommen darauf eine schriftliche Antwort. Wenn Sie in der Lage sind, nachvollziehbar zu formulieren, dann antworten wir auch; überhaupt kein Problem.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Aber das müssen Sie in diesem Haus anscheinend erst noch lernen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Natürlich, gern.

(Heiterkeit – Unruhe)

Abg. Stefan Räßle AfD: Also, Herr Kollege, ich bin ja auch kein Kind von Traurigkeit. Aber wie Sie hier beleidigen, das ist wirklich unter aller Würde, und wie Sie mit älteren Menschen – hier mit Herrn Gedeon – umgehen, das ist unter aller Sau.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Leide Abal GRÜNE: Er hat Ihre Fürsprache gebraucht, ja!)

Also, ich frage Sie: Ist das wirklich Ihr Menschenbild, das Sie hier vertreten, oder sind Sie privat vielleicht doch noch ein ganz netter Mensch und spielen hier jetzt nur eine Rolle?

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also, ich kann beides bejahen, Herr Räßle. Ich bin privat ein sehr netter Mensch, und das, was ich zu Herrn Gedeon sage, meine ich auch so.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: Menschenverachtend!)

So, jetzt reicht es aber mit den Klamaukauftritten von dieser Seite.

(Abg. Hans-Ulrich Secker! GRÜNE: Zweites Eigentor!)

Diese Debatte ist zu ernst, als dass diese Partei, die nur um sich selbst kreist, sich dabei wieder in den Mittelpunkt schmuggeln dürfte.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das machen Sie doch!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Meine Damen und Herren, das Entscheidende ist – – Jeder hier im Saal, der guten Willens ist, betet, dass Sie in diesem Land nie über die Wahlergebnisse hinausgelangen, die Sie im Moment haben.

(Abg. Udo Stein AfD: Unsere würden Sie sich auch gern wünschen! – Weitere Zurufe von der AfD)

Denn dann wird es eng für die Demokratie in diesem Land. Aber ich bin da zuversichtlich. Denn wenn es wirklich ans Eingemachte geht – und bei dieser Debatte geht es ans Eingemachte; es geht um die Freiheit dieser Gesellschaft,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie braucht kein Mensch!
– Abg. Bernd Gögel AfD: Nein, es geht um den Antisemitismusbericht!)

es geht um die Toleranz gegenüber religiösen Gruppen, es geht um Toleranz gegenüber Menschen –, dann stehen die demokratischen Kräfte in diesem Parlament und in diesem Land zusammen.

(Abg. Anton Baron AfD: Denken Sie an die ehemaligen NSDAP-Mitglieder in Ihrer Partei!)

Deshalb werden Sie es nicht schaffen, die Koordinaten dieser Republik zu verschieben. Diesen Kampf werden Sie nicht gewinnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte ja zugesagt, noch ein paar Worte zum Bericht des Antisemitismusbeauftragten vorzutragen. Wenn man sich den Bericht durchliest – Herr Gögel, ich rate Ihnen, diesen Bericht einmal in Gänze zu lesen –, dann wird einem deutlich, dass das Aufleben des Antisemitismus in Deutschland und anderen Teilen der Welt Teil einer Gewaltspirale ist, die sich ebenso gegen Roma, gegen Migrantinnen und Migranten, gegen zivilgesellschaftliche Akteure, gegen Journalistinnen und Journalisten und auch gegen Politikerinnen und Politiker richtet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das hängt alles miteinander zusammen. Daher erfordert es auf unterschiedliche Art und Weise das Eintreten aller Akteure unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, der Zivilgesellschaft, der Religions- und Glaubensgemeinschaften, der Justiz und auch des Gesetzgebers. Deswegen bin ich froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass hier im Landtag heute vier Fraktionen eine klare Botschaft und ein klares Signal ausgesendet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Sie haben keine einzige Maßnahme ergriffen, nichts!)

Schaut man sich Ihre Rede an – – Ich empfehle Ihnen: Schauen Sie sich noch einmal das Protokoll an. Sie haben sich in Ihren Ausführungen lediglich mit sich selbst beschäftigt. Sie

haben sich lediglich mit Ihrer Partei, mit Ihrer Gruppierung beschäftigt. Sie haben kein Wort darüber verloren, wie Sie sich von diesen antisemitischen Äußerungen in den eigenen Reihen distanzieren wollen. Nichts habe ich von Ihnen dazu gehört.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Behauptungen! – Abg. Anton Baron AfD: Sehr wohl!)

Daher hat der Kollege Rülke vollkommen recht, wenn er sagt: Sorgen Sie in Ihren eigenen Reihen für klare Verhältnisse, für ein entschlossenes Eintreten gegen Antisemitismus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In Baden-Württemberg stieg die Anzahl antisemitischer Straftaten im Jahr 2018 um 37 %. Der Ministerpräsident hat es ausgeführt. Um die reflexartigen Relativierungen, auch in diesem Haus, gleich zu entkräften: Diese Straftaten sind überwiegend dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das weiß man nicht!)

Den Rechtsextremismus bekämpfen wir aber nicht, wenn wir die Sorgen und Nöte der Rechtsextremen ernst nehmen. Wir müssen die Sorgen und Nöte der Menschen annehmen, die von ihnen bedroht werden. Dort herrscht Handlungsbedarf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Egal, wie sich Antisemitismus und Judenfeindlichkeit maskieren, ob als angebliche Israelkritik oder als Verschwörungstheorie, die sich nur scheinbar zufällig immer wieder auf jüdische Menschen fokussiert: Wir werden Judenfeindlichkeit entschieden entgegnetreten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wir wollen gemeinsam – das sind dann wahrscheinlich die vier Fraktionen –

(Abg. Anton Baron AfD: Kartellparteien!)

überlegen, wie wir die Empfehlungen aus dem Bericht des Antisemitismusbeauftragten umsetzen können. Wir wollen gemeinsam überlegen, wie wir die Rolle des Beauftragten in die Fläche tragen können, wie wir das Thema vor Ort ansiedeln können. Wichtig ist uns, dass wir eine bürgernahe Lösung finden, die die Menschen vor Ort einbindet, die es uns erleichtert, auf regionale und lokale Gegebenheiten einzugehen.

Der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus regt eine Meldestelle für von antisemitischen Anfeindungen und Gewalt Betroffene an. Eine Kooperation zwischen der in Berlin ansässigen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus und der Meldestelle des baden-württembergischen Demokratiezentrum ist von Herrn Dr. Blume bereits in die Wege geleitet worden. Wir werden das Gespräch in Bezug auf langfristige Finanzierung und Verstärkung suchen, und ich sage Ihnen hierzu die Unterstützung meiner Fraktion zu.

(Andreas Schwarz)

Ein unserer Auffassung nach wesentlicher Punkt ist die Bildung. Der Ministerpräsident hat es kurz ausgeführt. Deswegen will ich ein paar Sätze dazu verlieren. Jüngere Studien belegen, dass vier von zehn Schülerinnen und Schülern nicht wissen, dass Auschwitz-Birkenau ein Konzentrationslager war.

(Zuruf von der AfD: Das wissen noch viel weniger!)

Es war aber gerade Auschwitz, welches ganzen Nachkriegsgenerationen traurige Mahnung war, zu welchen abscheulichen Verbrechen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit führen kann. Dort, wo Hassreden aus Lautsprechern dröhnen, brennen irgendwann Gotteshäuser; dort, wo Gotteshäuser brennen, sterben irgendwann Menschen.

Dabei können neben dem klassischen Lehrstoff im Unterricht Begegnungen und persönliche Kontakte eine Rolle spielen. Dort, wo Menschen miteinander reden, entwickeln sie Verständnis, kommen sie sich nahe. Das ist elementar, wenn es darum geht, das Entstehen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu verhindern.

Meine Fraktion wird daher im Haushalt noch einmal einen Schwerpunkt auf politische Bildung legen. Dazu müssen wir das gemeinsame Gespräch suchen. Ihr Bericht, Herr Dr. Blume, ist aus meiner Sicht ein Anlass, hier gemeinsam aktiv zu werden, und das werden wir auch tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es wäre zu kurz gesprungen, Bildung nur auf die Schule zu konzentrieren. Vielmehr muss sich Bildung an alle Menschen richten, egal, welchen Alters und welchen Schulabschlusses. Wir werden daher die Empfehlungen aus dem Bericht zu Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte und ebenso für Beschäftigte in der Verwaltung, in der Justiz und in der Polizei genau prüfen. Ebenso werden wir Möglichkeiten prüfen, wie das Thema Antisemitismus bereits in der Ausbildung verankert werden kann.

Im kommenden Jahr feiern wir 1 700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Baden-Württemberg wird hier einen Beitrag leisten, jüdisches Leben sichtbar zu machen und zu würdigen. Jüdinnen und Juden waren und sind Teil der gesamten deutschen Geschichte. Wir wollen daher dieses Jubiläumsjahr mit Feierlichkeiten begehen.

Die spontanen Mahnwachen am Tag des Anschlags in verschiedenen Städten haben in meinen Augen gut gezeigt: Baden-Württemberg ist solidarisch und geeint. Wir werden es nicht zulassen, dass Menschen jüdischen Glaubens in Baden-Württemberg, in Deutschland nicht sicher sind oder sich nicht sicher fühlen können. Jeder Gewaltakt gegen Juden ist zugleich ein Gewaltakt gegen alles, wofür wir stehen: Gleichheit und Freiheit und Frieden. Wir werden zeigen: Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Bundesland. Hass und Hetze haben bei uns keinen Platz.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die CDU erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als junger Abgeordneter hier in diesem Parlament war ich bei meiner ersten Ausschusstreise mit dem Petitionsausschuss unter dem Vorsitzenden Josef Rebhan unterwegs; alle Fraktionen waren beteiligt. Unser Besuch galt Israel und dort der Gedenkstätte Yad Vashem. Ich kann nur jedem empfehlen, der noch nicht dort war, Yad Vashem zu besuchen, wenn er nach Israel kommt. Denn diese Gedenkstätte zeigt, um was es wirklich geht.

Ich will auch vorab sagen: Die Erinnerung ist eine lebendige Kraft. Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen.

Wenn Sie, Herr Kollege Gögel, bei der Rede des Kollegen Rülke rufen: „Es geht nicht um Freiheit, es geht um Antisemitismus!“, muss ich Ihnen sagen: Es geht um Freiheit, um den Geist unserer Verfassung, deren 70-jähriges Bestehen wir feiern. Es geht um unser Grundgesetz, um unsere Werte, unsere Grundwerte. Darum geht es auch heute in dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb hat der Ministerpräsident recht, wenn er sagt: Nie wieder darf von deutschem Boden dieser Hass ausgehen, über den wir in diesem Zusammenhang sprechen.

Es ist natürlich schon wichtig, dass wir auch hier den Zusammenhang sehen. Es geht heute um die Absage an jede Form des Antisemitismus. Das ist Teil unseres demokratischen Selbstverständnisses, und es gehört zur Staatsräson. Denn es ist die bleibende Verantwortung, die aus dem Holocaust folgt.

Konrad Adenauer war vor 70 Jahren Vorsitzender des Parlamentarischen Rates. Im Mai 1949 wurde das Grundgesetz verabschiedet. Es war die Erfahrung aus der Geschichte, die Erfahrung aus zwei Weltkriegen mit zig Millionen Toten, die in die moderne Verfassung eingeflossen ist, die wir haben.

Und deshalb: Antisemitismus ist Menschenfeindlichkeit. Er negiert die humane Gesellschaft und damit letztlich die Zivilisation an sich.

Der Bundespräsident hat hierzu Stellung genommen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ausgerechnet der!)

Er hat das sehr treffend ausgedrückt. – Ja, ausgerechnet der. – Er hat gesagt:

Der Kampf gegen den Antisemitismus ist nicht nur eine Frage der Solidarität, er ist ein Kampf für all das, was uns als Gesellschaft zusammenhält.

Genau darum geht es: um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dazu gehört auch der demokratische Interessenausgleich, der verantwortungsvolle Diskurs, der Respekt vor den Menschen, auch bei hartem Streit in der Sache.

Die inzwischen fast normale Logik und Dynamik des Shitstorms haben mit einer konstruktiven Streitkultur nichts mehr zu tun. Heute haben wir einen Kampf um Aufmerksamkeit und Klicks. Man ist verführt zur Übertreibung, zur Überspit-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

zung, zur Diffamierung – mit fatalen Folgen. Die FAZ hat diese Tage kommentiert:

Die Grenze zwischen dem rhetorischen und dem körperlichen Niedermachen ist schon mehrfach durchbrochen worden.

Hier geht es um Mäßigung und Zivilcourage. Ich will hier schon wiederholen: Erst sind es die Gedanken, dann sind es die Worte, und danach sind es die Taten. Dieser Dreiklang gehört zusammen.

Deshalb will ich das unterstützen, was Kollege Schwarz dazu gesagt hat, was Bildung, Begegnung, aber auch Erinnerungskultur angeht. Die meisten Menschen in diesem Land haben nichts übrig für antisemitische Ressentiments. Die breite Mitte unserer Gesellschaft verurteilt die Judenfeindlichkeit. Es ist beeindruckend, wie viele Menschen sich in unserem Land freiwillig und mit innerer Überzeugung gegen Antisemitismus, für den christlich-jüdischen Dialog oder auch in den Initiativen der Erinnerungskultur engagieren.

Deshalb, Herr Kollege, weil Sie mich gerade so nickend anschauen:

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ja!)

Ich habe kein Verständnis dafür, wenn in den Bundesländern, in denen Sie jetzt im Parlament vertreten sind, die Mittel für die Erinnerungskultur und für Gedenkstätten reduziert werden sollen. Das ist das falsche Zeichen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Wir können und dürfen niemals einen Schlussstrich unter die Erinnerungskultur ziehen. Gerade jetzt, da die Zeitzeugen immer mehr verstummen, müssen wir neue Formen in der Bildungsarbeit finden. Dies zu leisten wird ein zentrales Thema bleiben.

Vorhin wurde von uns als Kartellparteien gesprochen und davon, dass die Tagesordnung geändert wurde. Zunächst einmal: Das ist nicht Sache der Regierung, wie Sie gemeint haben, das ist Sache des Parlaments. Das liegt in unserer Hoheit. Wir haben das Thema bewusst mit Priorität auf Tagesordnungspunkt 1 gesetzt. Insoweit will ich das schon korrigieren.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Er war ja noch dagegen! Er hat ja im Vorfeld gesagt, er will es gar nicht auf TOP 1 haben! Das muss man mal transparent machen! – Abg. Nicole Razavi CDU zu Abg. Bernd Gögel AfD: Sie sitzen auch im Präsidium, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Ich weiß nicht, woher Sie die Information haben! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es gibt ein Schreiben Ihres Fraktionsgeschäftsführers! Das haben wir! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Wenn wir da nicht zugestimmt hätten, dann hätten wir darüber abstimmen müssen, Herr Sckerl! Das wissen Sie ganz genau!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Reinhart hat das Wort. – Herr Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Stein zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja.

Abg. Udo Stein AfD: Danke schön, Herr Dr. Reinhart, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Weshalb sollen wir als demokratisch gewählte Partei diesen Geldern zustimmen, wenn genau das passiert, was hier im Parlament geschieht? Es wird gegen uns gehetzt.

(Abg. Alexander Maier GRÜNE: Es geht nicht immer um euch!)

Es werden Vorwürfe gemacht. Es ist unerträglich, mit welchen Vorurteilen wir in der Zwischenzeit belegt werden.

(Vereinzelt Lachen – Zuruf: Urteile!)

Vor Kurzem wurde ein Hersteller von Lebensmitteln boykottiert: „Kauft nicht bei der AfD“. Ersetzen Sie mal „AfD“ durch „Juden“. Dann sehen Sie, wo wir in der Zwischenzeit wieder sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: War das die Frage?)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Stein, wenn das jetzt Ihre Frage war, kann ich Ihnen insgesamt dazu nur Folgendes sagen – schauen Sie, ich habe längst davon abgesehen, über jedes Stöckchen zu springen, das uns die AfD hinhält; ich glaube, das ist eine Grundsatzfrage; eines will ich Ihnen aber schon sagen –: Gerade für den Teil Ihrer Fraktion, wie übrigens bundesweit auch Ihrer Partei, hat mir eines gefehlt, nämlich dass Sie sich von all denen in Ihrer Partei, die mittlerweile unbestritten und bekannt rechtsextrem oder rechtsradikal sind, distanzieren. Distanzieren Sie sich von diesem Teil in dieser Partei! Dann sind Sie auch glaubwürdig.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu haben Sie aber erneut keinen Satz gesagt – keinerlei Distanzierung. Da liegt genau das Problem, das Sie auch heute wieder offenbart haben.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Was soll er denn machen?)

Mit Ablenkungsmanövern werden Sie nicht als Teil der demokratischen Parteienlandschaft ernst genommen werden können.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßle AfD: Was soll er denn machen? Soll er sich jetzt auf den Boden werfen? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, Sie rausschmeißen! – Weitere Zurufe)

In der Tat geht es darum – der Kollege Stoch hat zu Recht darauf hingewiesen –: Die Pogromnacht in diesem Land ist 81 Jahre her. Wir müssen doch über die Fragen, wo sich Baden-Württemberg befindet, wo es steht und vor allem, wohin es geht, ernsthaft sprechen.

Der Antisemitismus tritt die Menschenwürde mit Füßen. Das hat der Ministerpräsident vorhin hier ausgeführt. Genau darum geht es – um nicht mehr und nicht weniger. Mit unserer Verfassung schützen wir seit 1949 auch die Religionsfreiheit, und zwar die Freiheit aller Religionen. Das ist ein Wesenszug gerade dieses Grundgesetzes, dem wir alle miteinander zugewandt sind.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Hinzu kommt: Da ist Zivilcourage nötig. Wir wollen in der Tat die Begegnung von Mensch zu Mensch. Deshalb sind heute auch die Vertreter anwesend.

Ich will Ihnen einige Fakten nennen. Die Zahl der antisemitischen Straftaten in Baden-Württemberg ist im vergangenen Jahr wieder deutlich gestiegen, und zwar von 99 auf 136 Fälle. Das muss uns erschüttern.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Das sind die Fakten. Auch unterhalb der strafrechtlichen Schwelle sind diese Übergriffe in Deutschland trauriger Alltag. Mittlerweile berichten über 40 % der jüdischen Befragten von antisemitischen Belästigungen. Das darf uns nicht gleichgültig lassen. Das darf in diesem Land auch nicht sein. Das hat zugenommen, und jeder zweite jüdische Deutsche hat darüber nachgedacht, Deutschland zu verlassen.

Sigmunt Königsberg von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hat im „Tagesspiegel“ vor einigen Monaten in einem Interview gesagt – Zitat –:

Bis in die 80er-Jahre saßen wir in Deutschland bildlich auf gepackten Koffern. Dann gab es Zeichen, die uns Sicherheit signalisierten. Doch inzwischen schauen manche wieder, wo die Koffer stehen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das glaube ich sofort!)

Das ist die jetzige Situation, die wir ernst nehmen müssen. Es ist für uns nur schwer erträglich, dass in der heutigen Zeit darüber nachgedacht werden muss.

Ich will abschließend auf den Vorhalt des Kollegen Stoch, der das Thema Sicherheit angesprochen hat, kurz eingehen. Es ist unbestritten, dass es in Deutschland eine Situation gibt, in der sich manche nicht trauen, mit der Kippa auf die Straße zu gehen,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ich traue mich auch nicht mehr!)

dass Synagogen und jüdische Einrichtungen Polizeischutz brauchen. Deshalb unterstützen wir, die Regierungsfractionen, den Vorschlag des Innenministers, für die Sicherheit hier 1 Million € zu etatisieren. Ich will auch deutlich sagen: Die jüdischen Gemeinden haben Anspruch auf die volle Solidarität der gesamten Gesellschaft. Sie haben das unverbrüchliche Recht auf diesen besonderen Schutz durch den Staat. Deshalb hat der Innenminister dieses Landes als Reaktion auf den Anschlag in Halle in Baden-Württemberg nochmals die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt. Er kann dazu sicher Stellung nehmen.

Die Polizei steht mit allen jüdischen Gemeinden in engem Austausch. Da geht es auch darum, die technische Sicherheit dieser Einrichtungen zu verbessern. Ja, das ist wichtig.

Der Bericht des Antisemitismusbeauftragten hebt das große Engagement und die große Sensibilität unserer Sicherheitsbehörden gerade im Kampf gegen den Antisemitismus ausdrücklich hervor. Herr Dr. Blume, wir haben das sehr wohl zur

Kenntnis genommen. Der Bericht betont auch die Bedeutung des Kompetenzzentrums gegen Extremismus, konex – darüber wurde auch in den Medien dieser Tage berichtet –, und bei den Generalstaatsanwaltschaften – der Justizminister befindet sich hier im Raum – wurden Schwerpunktbeauftragte für das Thema Antisemitismus benannt – auch auf den Vorschlag des Antisemitismusbeauftragten des Landes hin –, die das Justizministerium sofort und unmittelbar eingesetzt hat.

Wir haben das Polizeigesetz modernisiert, und es ist unser Ziel, dass unsere Polizei Terrorlagen wie in Halle im besten Fall im Vorhinein verhindern kann. Auch dieses Geschehen zeigt: Digitale Medien sind ein Tummelplatz und ein Inkubations- und Resonanzraum für extremistischen Terror. Deshalb brauchen wir zeitgemäße Mittel, um auch online Gefahren und Gefährder zu erkennen und sie rechtzeitig aus dem Verkehr zu ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Klaus Dürr AfD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen volle Wachsamkeit und entschlossenes Durchgreifen. Auch die heutige Debatte sollten wir zum Anlass nehmen, um den Geist unserer Verfassung und gerade die Werte, die angesprochen wurden – Toleranz, gerade auch gegenüber Andersdenkenden, gegenüber allen Religionsgemeinschaften –, im Auge zu behalten. Ich kann nur jedem empfehlen, „Nathan der Weise“ zu lesen; jeder Schüler hat das früher lesen müssen. Darin gibt es eine Passage, die „Ringparabel“ heißt und genau von dieser Toleranz in einer aufgeklärten Gesellschaft spricht. Darum muss es uns gehen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Klaus Dürr AfD: Ja, die brauchen wir!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich Ihnen bekannt geben, dass eine namentliche Abstimmung beantragt wurde. Sie wissen: Wir verfahren nach dem neuen System mit den Stimmkarten. – Vielen Dank.

(Unruhe)

Nun erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Strobl das Wort. – Ich bitte Sie um Ruhe und darum, jetzt nicht die Karten zu suchen. – Danke.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und –

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Einen Moment! Herr Minister, warten Sie bitte kurz. – Meine Damen und Herren, ich darf Sie alle um etwas Ruhe bitten. – Vielen Dank.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Schutz jüdischer Menschen war, ist und bleibt unsere besondere Verantwortung. Dies gilt nicht erst seit dem feigen Anschlag auf eine Synagoge in Halle in der letzten Woche.

(Minister Thomas Strobl)

Unsere polizeilichen Schutzmaßnahmen in Baden-Württemberg für jüdische und israelitische Einrichtungen sind seit vielen Jahren auf einem hohen Niveau, und natürlich haben wir sie seit der vergangenen Woche bis zum heutigen Tag noch einmal intensiviert. Wir werden auch in Zukunft alles dafür tun, dass Menschen jüdischen Glaubens in Baden-Württemberg sicher leben können, dass sie ihren Glauben sicher praktizieren können, dass sie in ihren Synagogen sicher beten können, dass sie ihre Feste sicher feiern können und – das füge ich hinzu – dass sie sich dabei auch sicher fühlen. Deshalb sage ich ganz klar: Sie sind nicht allein. Dieser starke Rechtsstaat steht an Ihrer Seite,

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abg. Klaus Dürr AfD)

und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht erst seit drei Tagen, sondern schon in den vergangenen drei Jahren.

Vor ziemlich genau drei Wochen, am 23. September 2019, haben wir gemeinsam mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs einen Antisemitismus-Fachtag veranstaltet. Die Überschrift lautete: „Antisemitismus – Jüdisches Leben in Deutschland zwischen Sicherheit und Unsicherheit“. Mit diesem Thema haben wir uns einen ganzen Tag mit Polizeiexperten, Wissenschaftlern und natürlich jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern beschäftigt – nicht vor drei Tagen, sondern vor drei Wochen, exakt mit dem Thema, mit dem sich seit einer knappen Woche die ganze Republik beschäftigt.

Ich bin sehr dankbar, dass Frau Professorin Traub uns am 23. September Gastfreundschaft gewährt hat. Ich habe den Worten von Herrn Suliman und auch von Herrn Dr. Blume sehr interessiert zugehört. Ich habe mich darüber gefreut, dass der Landtag von Baden-Württemberg prominent vertreten war: durch Landtagsvizepräsidentin Kurtz, den Kollegen Hagel, den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion. Und, Herr Dr. Rülke, wenn auch Sie sich interessiert hätten und zugegen gewesen wären – oder irgendein anderes Mitglied Ihrer Fraktion –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war nicht die Frage! Wir haben nach baulichen Maßnahmen gefragt!)

dann hätte sich die eine oder andere Frage, die hier nicht ohne Häme vorgetragen wurde, auch für Sie möglicherweise erübrigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beantworten Sie besser die Fragen, als sie zu beurteilen!)

All diejenigen, die diese Veranstaltung besucht haben, mussten eine besonders gesicherte Sicherheitsschleuse passieren. Nur weil sie jüdischen Glaubens sind, ist das für viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger trauriger Alltag – traurig, weil sie darauf angewiesen sind, weil der irrationale Hass auf Jüdinnen und Juden von Fehlgeleiteten in Deutschland heute leider immer noch eine bittere Realität ist.

Der Vorsitzende des Oberrats der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, Rami Suliman, erklärte am 23. September – ich zitiere –, „dass Juden so empfindlich beim Thema Sicherheit sind“. Wer diese Worte am 23. September hier in Stuttgart nicht verstanden hat, muss sie nach dem letzten Mittwoch jedenfalls verstehen.

(Beifall der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Zwei unschuldige Menschen wurden ermordet, zwei Familien weinen um den Verlust von geliebten Angehörigen. Wir sind heute in Gedanken auch bei diesen Familien, deren Schmerz wir ja nur erahnen können.

Dieser Anschlag galt aber primär unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Was wäre geschehen, hätte die Tür der Synagoge dem Beschuss nicht standgehalten? Was wäre geschehen, wäre der Täter mit seinen Mordwerkzeugen in das Innere der Synagoge vorgedrungen? Was wäre geschehen, wenn der Rechtsterrorist seine abscheulichen Pläne in die Tat hätte umsetzen können? Ich mag mir die Auswirkungen und die Antworten darauf gar nicht ausmalen.

Dass es heute wieder jüdisches Leben in unserem Vaterland gibt, dass es auch eine blühende jüdische Kultur gibt, das ist, meine Damen und Herren, in meinen Augen ein Geschenk, für das wir dankbar sein sollten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der AfD)

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Wir nehmen jüdisches Leben auch nicht nur hin, sondern wir freuen uns darüber, dass es mitten unter uns stattfindet, und wir betrachten es als ein Geschenk, das wir dankbar annehmen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP, Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Antisemitismus darf in Deutschland nie wieder geduldet werden. Unsere Geschichte macht dies zu einer besonderen Verantwortung. Zwei Worte: Nie wieder! Das ist auch eine Verantwortung, die eben keinen Schlussstrich kennt.

Ich versichere allen Jüdinnen und Juden, dass die Sicherheitsbehörden in diesem Land rund um die Uhr alles in ihrer Macht Stehende tun, um Gefahren für jüdische Menschen mit aller Konsequenz abzuwenden – nicht erst seit drei Tagen.

Ich denke, ich spreche im Namen der allermeisten Abgeordneten dieses Landtags, wenn ich sage, dass wir auch weiterhin alles in unserer Macht Stehende daransetzen, Antisemitismus im demokratischen Schulterschluss entschlossen zu bekämpfen. Schließlich gilt – das wurde hier zu Recht gesagt –: Nur gemeinsam können wir Antisemitismus wirksam bekämpfen.

Die Polizei verstärkte in der letzten Woche umgehend die bereits hohen Sicherheitsvorkehrungen an jüdischen Einrichtungen. Das machen wir immer, wenn wir der Meinung sind, dass sich die Anschlagsgefahr intensiviert.

Neben der polizeilichen Präsenz an jüdischen Einrichtungen begutachtet unser Landeskriminalamt schon seit Langem auch

(Minister Thomas Strobl)

die dortigen sicherheitstechnischen Vorkehrungen. Wie sich letzte Woche in Halle gezeigt hat, ist das ja auch bitter nötig und richtig.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Da waren sie nämlich nicht da!)

– Das mutmaßliche Vorgehen des Täters, Herr Kollege, in die Synagoge einzudringen und dort die Gläubigen niederzumetzeln, ist daran gescheitert, dass die Tür standgehalten hat.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau! Aber nicht daran, dass die Polizei da war!)

Um den ständigen persönlichen Kontakt vor Ort zu verbessern, haben wir seit 2018 auf meine Initiative hin Ansprechpartner bei der Polizei für die Israelitischen Religionsgemeinschaften benannt, die den Gemeinden vor Ort rund um das Thema Sicherheit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Diese stehen den Gemeinden natürlich auch nach dem aktuellen Geschehen zur Seite. Aber wir machen das seit dem vergangenen Jahr.

Ich möchte Sie auch gern darüber informieren, dass diese polizeilichen Ansprechpartner – das haben wir auch nicht erst in den letzten drei Tagen erfunden – jetzt nach Israel fahren werden. Sie werden, Herr Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Reinhart, Yad Vashem besuchen, weil ich glaube, dass es auch für die Polizeiorganisation wichtig ist, nicht nur über ein Faktenwissen zu verfügen, sondern auch die Emotionalität und die Empathie zu haben, die man bei diesem Thema braucht. Ich glaube, das gibt es kein zweites Mal in Deutschland, dass so etwas stattfindet. Das machen wir aus ganzer Überzeugung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Daniel Rottmann AfD – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dabei bleibt es aber nicht. Selbstverständlich haben wir sämtliche Empfehlungen des 1. Berichts des Antisemitismusbeauftragten Dr. Blume dankbar entgegengenommen, sie sehr genau geprüft und auch mit Herrn Dr. Blume eingehend besprochen und erörtert. Wir sind bereits dabei, die sieben das Innenministerium betreffenden Empfehlungen umzusetzen. Hierzu gehören beispielsweise die wissenschaftliche Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Mediennutzung und Radikalisierung durch unser Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg, konex, und die Entwicklung einer Schriftenreihe zum ehemaligen Stuttgarter Gestapohauptquartier „Hotel Silber“ sowie zu dem Zusammenhang zwischen der Vergangenheit und der heutigen Polizeipraxis durch die Hochschule für Polizei in Kooperation mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg.

Dazu gehört außerdem die verstärkte finanzielle Unterstützung für erforderliche Sicherheitsmaßnahmen. Hier trete ich wie Herr Dr. Blume dafür ein, den Staatsvertrag fortzuschreiben, um jüdische Gemeinden bei ihren leider noch notwendigen Sicherheitsanstrengungen zu unterstützen.

Unabhängig davon habe ich gestern im Ministerrat eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von

1 Million € beantragt, um Zuschüsse für die Umsetzung sicherheitstechnischer Maßnahmen an jüdisch-israelitischen Religionseinrichtungen rasch realisieren zu können. Ich bin, Herr Ministerpräsident, dem Ministerrat dankbar, dass wir einen entsprechenden Kabinettsbeschluss gefasst haben, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens: Das ist in diesen Tagen eine Lage, in der wir Solidarität nicht nur verbal bekunden sollten – das tun wir –,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie sonst?)

sondern in der wir auch konkret handeln sollten.

Zum Zweiten: Ich finde, dieser Kabinettsbeschluss ist auch ein gutes Zeichen, ein Signal an unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass wir es ernst mit unseren Worten meinen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch wenn uns keine Frist gesetzt wurde, hat die Umsetzung der Empfehlungen für das Innenministerium – das wissen Sie, Herr Dr. Blume – nicht erst seit dem Anschlag in Halle eine sehr hohe Priorität. Wir werden das nicht dilatorisch behandeln, wir werden nichts auf die lange Bank schieben, sondern uns mit Ihnen gemeinsam tatkräftig an die Umsetzung machen.

Daher mein ganz herzlicher Dank an den Antisemitismusbeauftragten, Herrn Dr. Blume, für sein großes Engagement und die gute Zusammenarbeit. Danke, dass Sie das mit so viel Empathie und Einsatz machen. Herzlichen Dank dafür, Herr Dr. Blume.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Das Innenministerium wird seine Arbeit auch weiterhin nicht zuletzt durch unsere eigens für seine Unterstützung benannte Ansprechpartnerin mit voller Kraft fortführen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nur gemeinsam können wir gegen Antisemitismus vorgehen. Nur gemeinsam wird es uns gelingen, dass Menschen jüdischen Glaubens in Baden-Württemberg sicher leben können, sicher glauben können, sicher beten können und sicher ihre Feste feiern können.

Ich danke Herrn Dr. Blume für seine Arbeit und seinen Bericht, ich danke unseren Polizistinnen und Polizisten für ihre Arbeit, und ich danke allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die an der Seite der Jüdinnen und Juden stehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsidentin, verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Geht doch!)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Ich lese aus Genesis 12, Bereschit:

Der Herr aber hatte zu Abram gesprochen: Geh hinaus aus deinem Land und aus deiner Verwandtschaft und aus dem Haus deines Vaters in das Land, das ich dir zeigen werde. Und ich will dich zu einem großen Volk machen und dich segnen und deinen Namen groß machen, und du sollst ein Segen sein. Ich will segnen, die dich segnen, und verfluchen, die dich verfluchen. Und in dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf der Erde.

Ich möchte Ihnen die Verheißung des Allmächtigen für das jüdische Volk ins Gedächtnis rufen oder sie überhaupt erst einmal aufrufen. Die Kinder Abrahams, Isaaks und Jakobs sind von ihm erwählt. Wer sie segnet, ist gesegnet. Wer sie verflucht, läßt Fluch auf sich. Niemand, kein Volk in dieser Weltgeschichte, konnte bestehen, das sich dieser Verheißung und diesem Fluch nicht gestellt hat. Umgekehrt ernten die Völker, die das beherzigen, überreichen Segen, wirtschaftlich, intellektuell, kulturell. Ich werde niemals meine Stimme gegen Juden oder gegen Israel erheben.

Anders als der Beauftragte gegen Antisemitismus es insinuiert, ist der Antisemitismus nicht wieder da; er war nie weg. Er war die ganze Zeit in der Bundesrepublik da. Der Bundesverband der Deutschen Industrie wollte die Beziehungen mit Israel nicht aufnehmen, als Ludwig Erhard dies wollte – wegen der Beziehung zu den arabischen Ländern. Der Großantisemit Willy Brandt in Begleitung von Walter Scheel hat den Staat Israel im Jom-Kippur-Krieg fast ans Messer geliefert. Und wir haben jetzt die Großantisemitin als Bundeskanzler,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hallo? Geht es noch?)

die Hunderttausende Antisemiten zusätzlich zu denen, die hier in diesem Land sind, noch hinzugenommen hat. Wir haben einen Herrn Steinmeier, der sich vor dem Grab von Arafat verneigt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Geht es noch?)

Wir haben eine Bundesregierung, die es nicht fertigbringt, die Hisbollah als das zu verurteilen, was sie ist, nämlich eine terroristische Vereinigung. Und wir haben eine Bundesregierung, die Hunderttausende Millionen Euro an palästinensische Organisationen gibt, die damit sogenannte Märtyrer und Mörder finanzieren.

Das alles gewinnt Vorschub durch einen Mann, der alles und jedes vereinnahmt und damit verwässert unter seinem ganz spezifischen Antisemitismusbegriff: Eine kritische Haltung zu Journalisten und Medien sei danach bereits antisemitisch; Skepsis gegenüber dem Einfluss eines judenhas sendenden Islams. Sogar der Klima- und CO₂-Wahn wird von ihm instrumentalisiert – nicht um Juden oder Israel zu schützen, sondern um der freiheits- und demokratiefeindlichen Agenda der Gebräuchtparteien

(Vereinzelt Beifall)

und ihrer Angriffe gegen die politischen Gegner aus dem libertären und konservativen Raum eine scheinbar judenfreundliche Fundierung zu verleihen.

Das sehen wir heute: Sie missbrauchen das doch. Sie missbrauchen dieses schreckliche Ereignis von Halle. Wo war Ihre Reaktion, als in Berlin ein Mann mit einem Messer in die Synagoge kam? Wo war Ihr Aufschrei, als ein Rabbiner angespuckt wurde? Wo war Ihre Reaktion, als eine jüdische Frau mit einem Stein beworfen wurde?

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

Nichts kam von Ihnen. Es ist pure Heuchelei, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist abgelaufen. – Danke.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ganz schnell!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Bei ihm bleibt nichts übrig vom Eigentlichen: Antisemitismus heißt Hass auf Juden – und nur auf Juden – und Hass auf Israel, heute im Gewande der Israel- oder Zionismuskritik. Er, Herr Blume, der nicht klar die Hauptstadt Israels benennen will, der bei Kritik Jüdinnen verunglimpft ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie zum Schluss. Ihre Redezeit ist zu Ende. Sonst muss ich Ihnen das Wort entziehen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... und sogar den Austausch mit Broder und Buurmann abbricht.

Ein mit scheinwissenschaftlichem Wortgeblubber aufgebläser Bericht! Wir brauchen keinen Antisemitismusbeauftragten, der sowieso nur eine Scheingeburt ist.

(Dem Redner wird das Mikrophon abgeschaltet.)

Präsidentin Muhterem Aras: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Abgeordneter.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir brauchen eine echte Haltung für Juden und jüdisches Leben in Deutschland! – Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Warum schreien Sie eigentlich so? – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Damit Sie es hören, Frau Razavi! Sie brauchen das! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Wir sind doch nicht taub!)

Meine Damen und Herren, ich habe noch zwei Wortmeldungen vorliegen. – Herr Abg. Dr. Gedeon will eine persönliche Erklärung abgeben.

(Widerspruch des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

– Erst reden?

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Das andere mache ich nachher!)

– Gut. Bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist die hohe Zeit der selbst ernannten „Anständigen“, der selbstgerechten Moralisiere, der geifernden Demagogen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Schreiben Sie doch ein Buch darüber!)

Meine Damen und Herren, das, was ich da gehört habe, war nicht Moral, das war Schmierkomödie.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sagt der Antisemit!)

Wir haben inzwischen insgesamt 17 Beauftragte für Antisemitismus: 16 auf Länderebene, einen auf Bundesebene. Das sind 17 zu viel, meine Damen und Herren. Das ist hinausgeschmissenes Geld. Denn was machen diese Leute? Sie bauen ein Problem auf, das bei uns Gott sei Dank nicht so groß ist, nicht annähernd so groß ist, wie es diese Leute hier darstellen. Das ist der Punkt.

Da werden – Herr Fiechtner hat es ja schon gesagt – Dinge als „Antisemitismus“ bezeichnet: Wenn hier einer von „Lügenpresse“ oder von „Volksverrättern“ redet, dann ist er ein „Antisemit“, oder gar – hier wird es ausgesprochen paranoid –, wenn ich buchstabierte und sage: „N wie Nordpol, S wie Siegfried“, dann bin ich auch schon Antisemit, bediene ein antisemitisches Stereotyp. Herr Blume, das ist doch keine Analyse; das ist politisches Kabarett, was Sie da machen.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Einen Fan haben Sie!)

Sicherlich, den Hinweis auf 43 Gefährder aus dem rechtsterroristischen Bereich nehmen wir sehr ernst. Aber gleichzeitig haben wir über 700 islamistische Gefährder. Da ist es doch politischer Wahnsinn, wenn man jetzt die Stellen angleicht und sagt: „Wir brauchen genauso viele Stellen gegen Rechtsterrorismus wie gegen den islamistischen Terror.“ Das ist politischer Unsinn.

Den Hinweis auf 135 Straftaten in Baden-Württemberg nehmen wir natürlich ebenfalls ernst. Aber wenn man sich genauer anschaut, was für Straftaten das sind, stellt man fest, dass es vor allem Hakenkreuzschmierereien sind; dabei ist noch nicht einmal klar, ob die von Rechten oder von Linken begangen worden sind.

(Zuruf von den Grünen: Oh, oh!)

Ferner gab es Verurteilungen nach § 130 StPO in oft sehr fragwürdigen Fällen und nur eine einzige Körperverletzung, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich würde gern wissen, welcher Art diese Körperverletzung war. Das hätte der Herr Blume wirklich zu Papier bringen müssen, welche Körperverletzung, wie schwer usw.,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie haben ihm überhaupt keine Vorschriften zu machen!)

um das Ausmaß des Antisemitismus hier auch wirklich einschätzen zu können.

Seien wir doch froh, dass es nicht so schlimm ist, wie es hingestellt wird. Da sollte man eigentlich jubeln, aber nicht alarmistisch – wie Herr Blume das macht – die Leute aufhetzen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unfug! Er hetzt überhaupt nicht auf!)

Das war kein Aufklärungsbericht, meine Damen und Herren, das war ein Plädoyer für Sprachpolizei.

Letztlich geht es dabei nicht primär um die Sorge um die jüdische Bevölkerung – die wir durchaus teilen –, sondern im Wesentlichen um Hass gegen rechts, Hass gegen Teile unserer Bevölkerung. Das ist eine Form von politischem Rassismus, meine Damen und Herren, was Sie gegen die rechte Opposition und gegen die ganze AfD betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Diese Form des Rassismus ist die gefährlichste und schlimmste.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

In diesem Sinn haben Sie hier heute politischen Rassismus in reinsten Form betrieben.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD zur AfD: Und Sie applaudieren Herrn Gedeon, obwohl Sie angeblich nichts mit ihm zu tun haben wollen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Sänze für eine persönliche Erklärung.

(Zuruf: Oje!)

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich, Emil Sänze, nehme zu den Vorwürfen des Kollegen Rülke und des Kollegen Schwarz wie folgt Stellung:

Die Aussage, dass wir, ich, den Rechtsradikalismus befördern, ja selbst initiieren würden, ist unwahr und verleumderisch. Ich habe zu keinem Zeitpunkt solche Straftaten begangen oder mich in dieser Weise geäußert. Diese Vorwürfe sind ein Versuch der gezielten Diskreditierung meiner Person und meiner Partei.

Ich habe auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bereits 1972 – man höre genau zu – einen Eid geleistet

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha!)

– einen Eid geleistet! –, und ich werde jeglichem Versuch der Interpretation und Uminterpretation dieser Verfassung mit Entschlossenheit entgegenreten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt erteile ich Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort für eine persönliche Erklärung.

(Unruhe)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin hier mehrfach angegriffen worden – das ist nichts Ungewöhnliches –, ich wäre rechtsradikal, Antisemitismus und diese ganzen Sachen.

Ich möchte hier eine persönliche Erklärung mit der Zielrichtung abgeben, dass man sich endlich inhaltlich mit dem befasst, was ich sage. Hier wird einfach etwas weitergetragen, ohne sich eigene Gedanken darüber gemacht zu haben.

(Unruhe – Zurufe: Persönliche Erklärung!)

– Das ist eine persönliche Erklärung. – Ich verlange und erwarte von Ihnen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben gar nichts zu erwarten!)

diese ganzen Vorwürfe zu substantiieren.

(Unruhe – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ist das nicht schon gerichtlich festgestellt?)

Ich fordere hiermit – ich habe das schon einmal gemacht – Herrn Blume auf – das ist seine Aufgabe und sein Auftrag –, in einer offenen Podiumsdiskussion mit mir über das zu streiten, was er „Antisemitismus“ nennt

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

und was er mir vorwirft.

(Zuruf: Das ist keine persönliche Erklärung!)

Das ist die richtige, korrekte Behandlungsweise, dass man das ganze Problem diskursiv angeht und nicht demagogisch irgendeinen Vorwurf konstruiert, gegen den man sich letztlich nicht wehren kann.

Also, wenn Sie Demokratie ernst nehmen, meine Damen und Herren, dann bitte auch Ihren Feinden gegenüber – ich möchte mich hier mal als „Feind“ bezeichnen.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter – –

(Abg. Reinhold Gall SPD zu Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Das ist doch keine persönliche Erklärung, was Sie hier abgeben! Ein Missbrauch Ihres Rechts! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Meine Damen und Herren!

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Meine Damen und Herren, persönlicher kann die Diskussion ja gar nicht sein. Ich werde im „heute journal“ und überall als Oberantisemit der Nation hingestellt.

(Unruhe)

Wenn das nicht persönlich ist, meine Damen und Herren, dann weiß ich nicht, was für ein Verständnis von Persönlichkeit Sie hier haben.

Also nochmals: Diskutieren wir offen über das Thema! Haben Sie endlich den Mut dazu!

(Zuruf: Nein! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Regen Sie sich ruhig auf.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, vielen Dank. Das war keine persönliche Erklärung, aber – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Der Herr gehört einmal zur Ordnung gerufen! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/6997, zu der auch der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7054, vorliegt, der eine Ergänzung der Beschlussempfehlung um einen Beschlussteil fordert.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Ich habe Sie vorhin darüber informiert, dass die AfD-Fraktion hierzu eine namentliche Abstimmung beantragt hat. Die notwendige Unterstützung unterstelle ich, wenn es von der Fraktion kommt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So sicher ist das nicht! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das weiß man bei denen nie!)

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Vor einigen Tagen haben Sie ein schickes Etui mit Stimmkarten bekommen. Diese kommen heute zum ersten Mal zum Einsatz.

Jede und jeder Abgeordnete verwendet bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung eine amtliche, namentlich gekennzeichnete – –

(Abg. Bernd Gögel AfD unterhält sich mit Abgeordneten seiner Fraktion.)

– Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, ich fände es nett, wenn Sie hier zuhören würden. – Vielen Dank.

Jede und jeder Abgeordnete verwendet bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung eine amtliche, namentlich gekennzeichnete Stimmkarte mit dem gewünschten Votum, also Ja, Nein oder „Enthaltung“. Die Stimmkarten werden in die beiden hellbraunen Wahlurnen eingeworfen, die auf der Regierungsbank auf den jeweils äußersten Plätzen – Sie sehen sie schon da drüben – aufgestellt sind. Nicht amtliche Stimmkarten dürfen natürlich nicht verwendet werden und sind ungültig.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Die an diesen zwei Urnen stehenden Schriftführerinnen und Schriftführer überwachen den Einwurf der Stimmkarten in die Urnen. Es wäre schön, wenn Sie Ihre Stimmkarte relativ schnell einwerfen könnten. Dann könnten wir auch die Sitzung schnell fortsetzen.

(Unruhe)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Noch einmal zur Klarstellung: Es geht um den Änderungsantrag der Fraktion der AfD. Sie haben jetzt die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder „Enthaltung“ zu stimmen.

(Abgabe der Stimmkarten)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der oder die die Stimmkarte noch nicht abgegeben hat? – Nun ist wohl niemand mehr im Saal, der oder die die Stimmabgabe nicht vorgenommen hat.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Dann schließe ich jetzt die namentliche Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Zuruf: Haben alle abgegeben? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das fragen nicht Sie!)

Es wird nachher bekannt gegeben. – Vielen Dank.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Der kurze Draht zum Parlament – Petitionen als Baustein einer modernen Verwaltung – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Die Redezeit der Regierung wird hierauf selbstverständlich nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Frau Abg. Böhlen das Wort erteilen.

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute noch einmal als Parlamentarierin zu Ihnen sprechen. Darüber freue ich mich sehr und danke dafür. Es geht um ein Thema, das – darüber müssen wir einmal ganz ehrlich reden – nicht alle vom Hocker reißt, das aber, wie ich glaube, heute und an dieser Stelle das richtige Thema ist.

Vor achteinhalb Jahren wurde ich von einer Kollegin aus einer anderen Fraktion gefragt, in welchen Ausschüssen ich denn sei. Ich antwortete ganz stolz: im Finanzausschuss und im Petitionsausschuss. „Ach ja?“, war die Antwort, und: „Die Neuen kommen immer in den Petitionsausschuss, und die, die nichts mehr werden wollen.“

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die, die was arbeiten wollen! Die müssen in den Petitionsausschuss! – Gegenruf des Abg. Daniel Rottmann AfD: So ist es, Jimmy!)

– Herr Zimmermann, Sie dürfen gleich hier sprechen. – Dabei hat mir die Praxis genau das Gegenteil gezeigt: Im Petitionsausschuss sind die engagiertesten Kolleginnen und Kollegen und die, die am breitesten aufgestellt sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Abg. Rainer Stickerberger SPD: Nicht nur!)

Denn das Wissen und die Erfahrung, die man im Petitionswesen braucht, sind immens. Das ist der Ausschuss mit Verfassungsrang, der Ausschuss, der gebildet werden muss, für jedermann, ohne hohe Zugangs-, Form- und Verfahrenshindernisse. Wir können stolz sein, dass wir dieses in der Verfassung verbriefte Recht haben.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Daniel Rottmann AfD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Aus den Erfahrungen des nationalsozialistischen Verbrecherstaats wurden Lehren gezogen, und diese müssen hochgehalten werden. Von manchen Juristen auch als form-, frist- und fruchtlos belächelt, ergibt sich die Verpflichtung für das Parlament, sich der Sorgen der Bürgerinnen und Bürger anzunehmen, damit dies eben nicht fruchtlos bleibt.

Gerichte prüfen nicht den Ermessensspielraum einer Behörde, Gerichte prüfen, ob Recht richtig angewandt wurde. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Petitionsausschüsse und das Ombudswesen auf Ermessensspielräume aufmerksam machen, und deshalb kann der Petitionsausschuss mit seinen Mitgliedern auch abweichend von einem Gerichtsurteil, das Verwaltungsentscheidungen des Landes betrifft, Entscheidungen treffen. Daher ist es auch so wichtig, dass das Petitionswesen auch nach Gerichtsurteilen durchaus noch eine Möglichkeit darstellen kann. Dafür stehen wir, und dafür kämpfen wir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn, Wahnsinn!)

Im Petitionsausschuss muss das Denken in politischen Lagern außen vor bleiben, damit wir Einzelfallgerechtigkeit erzeugen können. Ich bin meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss dankbar, dass uns dies sehr, sehr oft gelingt. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen müssen wir hier auch in Zukunft mit gutem Beispiel vorangehen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Als wesentliches Staatsprinzip prägt die Gewaltenteilung das Petitionsverfahren. Die Arbeit der Gerichte ist für uns außen vor. Die Exekutive hat entsprechend den Weisungen der Legislative zu prüfen und die Möglichkeiten darzustellen. Da schaue ich jetzt mal zur Regierungsbank hinüber –

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Schweizer Käse! – Abg. Norbert Beck CDU: Die vertrauen uns! – Staatssekretärin Bärtl Mielich: Zwei grüne Ministerinnen sind da! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Wichtigen sind da! – Weitere Zurufe)

ich sehe hier und da jemanden – und sage: Leicht ist es mit Ihnen oftmals nicht.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich denke da beispielsweise an die Petition zum Thema „Äffle-und-Pferdle-Ampel in Stuttgart“. Da haben wir anderthalb Jahre gebraucht, bis wir eine Lösung gefunden hatten. Gut, da war auch noch der Bund involviert; ganz klar. Aber wenn Trier sich ampelmäßig mit Karl Marx schmücken kann, dann dür-

(Beate Böhlen)

fen auch die Kultfiguren des SWR in einer Ampel in Stuttgart wohnen. Da haben wir einen Erfolg erzielt, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf von den Grünen: Mit unserem Verkehrsminister!)

Aber genau das ist unsere Aufgabe: die Wünsche und Ideen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und in die politische Alltagsarbeit einfließen zu lassen. Da müssen Sie, liebe Ministerinnen und Minister, sicherstellen, dass Ihre Verwaltung und die Amtschefs das Petitionswesen stützen.

Gerade in letzter Zeit kommt es jedoch öfter vor, dass das Stillhalteabkommen bei Infrastrukturprojekten nicht beachtet wird und dass das Verwaltungshandeln der unteren Behörden nicht kritisch genug geprüft wird. Es kann nicht sein, dass der Ausschuss vor vollendete Tatsachen gestellt wird und nicht, wie vereinbart, vorher befragt wird. Gerade das Stillhalteabkommen ist immanent wichtig für das Vertrauen in dieses Verfassungsgut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Unilaterales Handeln steht im klaren Widerspruch zum Abkommen und unserem Petitionswesen. Deshalb bitte ich die Exekutive, in den eigenen Verwaltungen noch einmal kritisch hinzuschauen und ihre Verwaltungschefs auf die Erfüllung dieses Bürgerrechts einzuschwören. – Ich hätte gedacht, jetzt kommt Applaus; aber bitte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Machen wir, machen wir!)

Aber auch auf die Mitglieder des Petitionsausschusses kommt noch mehr Verantwortung für die zivilgesellschaftliche Beteiligung zu. Wir haben schon einiges in Gang gesetzt, um mehr Transparenz herzustellen. Aber wir haben uns von den geschlossenen Fensterläden erst bis zur Milchglasscheibe vorgearbeitet. Die ausgetretenen Pfade des Parlamentsalltags müssen meines Erachtens verlassen und öffentliche Ausschusssitzungen eingeführt werden. Damit können dem Bürger, der Bürgerin Politik und Verwaltung auch besser erklärt werden und oftmals auch, warum einer Petition nicht abgeholfen werden kann.

Es dreht sich um einen Wertekanon, es dreht sich darum, dass wir uns um alle kümmern. Das sind die Grundprinzipien des ethischen und demokratischen Zusammenlebens. Deshalb dürfen wir auch Einzelschicksale nicht aus den Augen verlieren.

Ich habe ein persönliches Anliegen. Wir haben auch sehr viele ausländerrechtliche Petitionen. Bei diesen geht es darum, die ausreisepflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur freiwilligen Ausreise mit einer Rückkehroption zu beraten. Es geht darum, dass das Innenministerium dies auch noch einmal an die unteren Ausländerbehörden weitergibt, damit Polizistinnen und Polizisten Familien nicht am frühen Morgen aus dem Bett holen müssen, damit Schülerinnen und Schüler nicht aus den Schulen geholt werden müssen. Es kann doch nicht sein, dass wir mit einer nicht vollständigen Beratung zu solchen Situationen kommen, in denen Beamtinnen und Beamte unzumutbaren Situationen ausgesetzt sind und Familien mit Kindern Traumata beschert werden. Genau hier haben wir Handlungsbedarf, genau hier sollten wir ansetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Darum bitte ich Sie für die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen)

Wir befinden uns in einem stetigen Wandel, und diesem Wandel müssen Taten folgen. Das war eigentlich der Schlusssatz zu der Ausländergeschichte, dass wir noch einmal darüber nachdenken, dass wir uns diesem Wandel auch in diesen Zeiten, in denen Menschen zu uns kommen und Schutz suchen, offen gegenüberstellen und Handlungsoptionen erarbeiten.

Zum Schluss danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich die letzten acht Jahre den spannenden Weg der Petitionen gehen durfte. Jeder, jede von Ihnen hat mich mit Ihrem Engagement für die Bürgerinnen und Bürger beeindruckt.

Ein besonderer Dank geht an Norbert Beck,

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

meinem genialen Stellvertreter, auf den ich mich immer zu 100 % verlassen konnte, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung – Herr Hahn, herzlichen Dank für Ihr Engagement;

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

namentlich danke ich auch Herrn Haas und Herrn Drißner –

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, die sich engagiert und mit viel Arbeitsaufwand der Anliegen annehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Norbert Beck CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ihnen allen ein herzliches „Auf Wiedersehen!“ und vielen Dank für die vielen und sehr guten Erfahrungen, die ich mit Ihnen machen konnte. Machen Sie es gut! Ab und an bin ich ja noch da.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Anton Baron AfD und Andreas Stoch SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU hat Herr Abg. Zimmermann das Wort.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ganz am Anfang gilt auch mein Dank Ihnen, Frau Böhlen. Wo sind Sie? Ganz dort hinten. Begeben Sie sich etwa schon weg vom Parlament? Nein.

Sicherlich ist diese Aktuelle Debatte auch Ihrem Weggang aufgrund Ihrer Wahl zur Bürgerbeauftragten geschuldet. Das freut mich. Ich habe gedacht: Endlich gibt es zum Thema Petitionen einmal eine Aktuelle Debatte und erfolgt die Beratung

(Karl Zimmermann)

nicht erst, wie sonst üblich, gegen Ende der Plenarsitzung am Donnerstag, und das auch nur zwei Mal in fünf Jahren. Nun blicke ich nach oben und sehe, wie wenig präsent die Medien vertreten sind. – Ah, doch, Frau Edda Markeli ist noch da.

(Heiterkeit)

Das ist die erste Aktuelle Debatte, zu der ich reden darf, doch die Medienpräsenz ist gering.

(Oh-Rufe – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE, zur Presstribüne zeigend: Alles voll!)

– Alles voll. Herr Kollege Schwarz, das war die Aufforderung, jetzt aktiv mitzuschreiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Lassen Sie mich mit einem Dank beginnen, der normalerweise ans Ende der Rede gehört. Ich danke Frau Böhlen als Vorsitzende des Petitionsausschusses. Sie hat mich acht Jahre ertragen dürfen bzw. müssen.

(Heiterkeit der Abg. Beate Böhlen und Petra Krebs GRÜNE)

Ich war gern bei Ihnen. – Heute kann sie mir das Mikrofon nicht abdrehen. Bei der letzten Ausschusssitzung hat sie es abgedreht.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Das war nicht öffentlich! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war zum Selbstschutz, Jimmy!)

Ich schließe mich aber auch dem Dank an Norbert Beck an und danke auch allen anderen, die mit Petitionen beschäftigt sind. Ich danke Herrn Haas – ich habe ihn auf der Zuhörertribüne sitzen sehen – und dem gesamten Petitionsbüro unter seiner Leitung.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien. Jedes Ministerium ist betroffen. Ich glaube, es ist mit der schwerste Job, wenn Mitarbeiter eines Ministeriums im Petitionsausschuss Rede und Antwort stehen müssen und dann mit einem Beschluss zu einer Petition nicht einverstanden sind. Dann müssen sie kurz darüber beraten. Und was machen sie, wenn sie nicht damit einverstanden sind? Dann widersprechen sie und wissen haargenau, dass sie vier Wochen später wieder in den Ausschuss kommen müssen. Wir vom Ausschuss hingegen hoffen, dass sie vier Wochen später nicht wiederkommen, weil dann unser Beschluss gilt.

(Heiterkeit des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Es ist also nicht einfach für diese Leute, den Beschlüssen immer zu folgen.

Eine kleine Kritik – Frau Böhlen, ich weiß, es kam vielleicht nicht von Ihnen, sondern von der Führung –:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oh!)

Wenn ich auf der Tagesordnung den Titel der Aktuellen Debatte lese: „Der kurze Draht zum Parlament – Petitionen als Baustein einer modernen Verwaltung“, dann kann ich dem, ehrlich gesagt, nicht zustimmen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Musst du nicht!)

Ich weiß nicht, was andere nachher dazu sagen. Wir haben ja eine Gewaltenteilung. Wir haben die Exekutive. Wir, das Parlament, sind die Legislative. Und das Petitionsrecht ist ein Korrektiv. Das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger ist natürlich nicht immer konfliktfrei. Wenn es konfliktfrei wäre, bräuchte man weder ein Petitionswesen noch eine Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Aber das Petitionswesen ist für die Bürgerinnen und Bürger da. Es wurde auch schon gesagt: Es ist ein Königsrecht. Es ist auch kostenlos. Für uns Schwaben ist das wichtig: Des koschet nix.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Es gibt auch badische Petenten!)

– Auch die Badener nehmen es gern in Anspruch. – Aber wir haben eine verantwortungsvolle Aufgabe im Petitionsausschuss, jedes einzelne Mitglied.

Man sollte dem Bürger auch nichts vormachen. Wenn das Gesetz tatsächlich Klartext beinhaltet und der Fall nicht reinpasst, dann kann der Petition – so heißt es offiziell – nicht abgeholfen werden. In manchen Fällen kann man der Petition auch abhelfen. Aber das Verhältnis der nicht abgeholfenen zu den abgeholfenen Petitionen beträgt eher 8 : 2 oder 9 : 1; ich weiß es auch nicht.

Beim Petitionswesen knöpft man sich das Gesetz, durch das sich der Betroffene beeinträchtigt fühlt, genau vor und sagt z. B.: Es passt aber bei ihm nicht zu 100 %. Im Ausländerrecht, im Baurecht, neuerdings auch im Verkehrsrecht gibt es Situationen, in denen wir einfach für den Petenten entscheiden. Da gibt es Kollisionen. Wenn wir Kollisionen sehen, dann haben wir ein Korrektiv, Frau Vorsitzende. Was machen wir dann? Dann schicken wir es als Material an die Regierung mit dem Hinweis: „Beachtet das Ganze einmal, dass man das vielleicht berücksichtigt.“ Diese Fälle kommen gehäuft vor.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Es ist also immer ein Spannungsverhältnis. Ich kann Ihnen sagen: Jedes ordentliche Mitglied im Petitionsausschuss beschäftigt sich mit der Materie so, dass sie bzw. er guten Gewissens eine Beschlussempfehlung abgeben kann. Wer keine Empathie hat, wer sich nicht in die Materie einarbeitet, wer sich nicht die Zeit nimmt – das sage ich ganz offen und ehrlich –, der ist nicht der richtige Partner, nicht das richtige Mitglied im Petitionsausschuss.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Viele Anliegen – ich kann jetzt auf eine längere Zeit zurückblicken, wie der eine oder andere von Ihnen bestimmt auch – werden auch gar nicht erst in Form einer Petition an den Landtag gerichtet. Bürger fragen bei Abgeordneten, von denen sie aus dem Internet oder sonst woher wissen, dass sie Mitglied im Petitionsausschuss sind, direkt nach: „Wie soll ich mich verhalten? Was soll ich tun? Soll ich vor das Verwaltungsgericht gehen, oder können Sie mir helfen? Ich fühle mich ungerecht behandelt.“

(Karl Zimmermann)

Ich kann Ihnen sagen: Über die Jahre hinweg bin ich, global betrachtet, zu der Überzeugung gekommen, dass viele Petitionen verhindert werden konnten, indem allein der Abgeordnete im Landratsamt angerufen hat, mit der Stadtverwaltung oder mit dem Ausländeramt gesprochen hat. Das geht querbeet. Im Petitionsausschuss machen wir keine Parteipolitik, wie manche es meinen.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Außer bei Windenergie!)

Deshalb hat mir nicht gefallen, dass im Koalitionsvertrag 2016 ein Passus gefunden wurde, wonach man sich bei Petitionen einigen und absprechen müsste. 2011 war das nicht der Fall. Auch wenn mir das nicht gepasst hat, sage ich: In den vergangenen drei, dreieinhalb Jahren habe ich noch nie festgestellt, Frau Vorsitzende, dass wir uns aus politischen Gründen, egal, in welchem Bereich, hätten auseinandertreiben lassen und nicht einig waren. Wir gehen dort sehr fair miteinander um, und da beziehe ich alle ein. Alle haben vernünftig gehandelt. Ich bin stolz, im Petitionsausschuss zu sein. Ich glaube, in keinem anderen Ausschuss haben Sie so eine „Macht“ wie wir im Petitionsausschuss.

Unmittelbar mit der Regierung zusammensitzen, und bei einem Widerspruch kommt der Staatssekretär oder gar der Minister, und wir können den Fall behandeln, das ist eine tolle Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Daniel Rottmann AfD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Für mich wäre es ein Versäumnis, wenn ich den Landtag verlassen würde und nie im Petitionsausschuss gewesen wäre. Man könnte Bücher darüber schreiben.

Aber es ist auch eine Belastung. Ich habe noch zwei Minuten Redezeit. Lassen Sie mich einen Fall nennen, den ich, wie einige andere, nicht vergessen kann. Ich weiß nicht, wie Sie sich fühlen würden, wenn Sie plötzlich in Ihrem Wahlkreisbüro ein Schreiben der Staatsanwaltschaft auf den Tisch bekämen, in dem steht, dass gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zur Kindesentziehung läuft. Das Strafmaß beträgt Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe. Solch ein Verfahren dauert Monate.

Der Vorwurf mir gegenüber betraf ein Petitionsverfahren in Sachen eines deutsch-australischen Kindes. Die Familie hat in Australien gelebt, und die deutsche Mutter ist mit ihrem Kind nach Deutschland zurückgekehrt. Der Rechtsstreit ging bis zum höchsten Gericht. Das OLG sagte der Mutter: „Ja, Sie haben recht. Sie haben das alleinige Sorgerecht. Aber der letzte gemeinsame Aufenthalt war in Australien, und da müssen Sie noch einmal klagen.“

Die australische Justiz aber sagt: Es gab noch nie ein Urteil, bei dem ein australisches Gericht der deutschen Mutter recht gegeben hätte. Es ist ihr nämlich zumutbar – Australien ist ein großes Land –, in Australien zu leben, ohne dass sie ihrem geschiedenen Ehemann begegnet.

Es kam so weit, dass das Kind trotz alleinigen Sorgerechts festgenommen wurde; so muss ich leider sagen. Es wurde vom Urlaubsort weg in ein Flugzeug verbracht. Die Mutter war auf

dem Weg in das Frauengefängnis Kaufbeuren, und ich bekam dann den Anruf: „Sie müssen mir helfen, Herr Zimmermann.“ Ich konnte ihre Inhaftierung verhindern, aber nicht die Abschiebung des Kindes nach Australien.

Allein dieser Kontakt – die Frau hatte mich aus dem Polizeiauto auf dem Handy angerufen – hat dazu geführt, dass ein Ermittlungsverfahren gegen mich eingeleitet wurde. Ich kürze das ab; es gibt andere Fälle.

Ich habe der deutschen Justiz, der Staatsanwaltschaft Stuttgart vertraut. Ich muss aber auch das Haus loben. Man hat mir jeden juristischen Beistand gegeben. Den brauche ich nicht, ich kann mich selbst verteidigen. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart – auch heute ein hohes Lob, das nehme ich hier in Anspruch – hat das Verfahren nach § 170 Absatz 2 der Strafprozessordnung eingestellt. Also ist gar nichts daran. Das war auch die richtige Entscheidung.

Deshalb bitte ich Sie alle: Kämpfen Sie alle, die Sie im Petitionsausschuss sind, für die Anliegen der Bürger. Aber sagen Sie den Bürgern auch, dass sie keine Chance haben, wenn sie nicht im Recht sind. Geben Sie ihnen keine falsche Hoffnung.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lieber Herr Kollege!

Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Böhlen, ich danke Ihnen für Ihre Arbeit. Ich weiß nicht, wie die Zukunft aussieht, wie wir zusammenarbeiten werden. Die Kollisionen – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich bin am Schluss. Es sei mir erlaubt, 40 Sekunden zu überschreiten für meinen Dank an Sie, Frau Böhlen, und an alle, die hier aktiv mitarbeiten. Betrachten Sie den Petitionsausschuss als mindestens gleichwertig mit jedem anderen Ausschuss. Diesen Appell habe ich an alle Abgeordneten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Rottmann, bitte, für die AfD-Fraktion.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! „Der kurze Draht zum Parlament – Petitionen als Baustein einer modernen Verwaltung“: Wenn wir uns hier im Parlament für eine moderne Verwaltung starkmachen, dann gehören Entbürokratisierung und Bürgernähe dazu. Ein Ort, wo das greifbar wird, ist der Petitionsausschuss. Dort findet Bürgernähe statt und kommt die Bürokratisierung, die vielleicht manchmal zurückgefahren werden müsste, noch mal auf den Prüfstand. Daher kann ich mich meinen Vorrednern anschließen: Der Petitionsausschuss ist ein wichtiger Ausschuss für die Verwaltung und vor allem für den Bürger, für Bürgernähe.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Welche Bedeutung haben Petitionen für das Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung? Petitionen sind tatsächlich ein

(Daniel Rottmann)

kurzer Draht zur Verwaltung; zumindest sollen sie das sein. Dort, wo ein Bürger in direkten Anfragen manchmal, gerade wenn es um Detailwissen in bestimmten Fällen geht, nur eingeschränkte Möglichkeiten hat, ist die Petition eine hervorragende Möglichkeit, da, wo man selbst betroffen ist, eine fundierte Stellungnahme und Unterstützung durch das Parlament zu erhalten.

Wir Mitglieder des Petitionsausschusses sind von diesem Baustein parlamentarischer Arbeit für die Bürgernähe überzeugt. Jeder Einzelne von uns erlebt dieses Engagement für den Bürger und den kurzen Draht sowie die Vermittlung zwischen Bürger und Verwaltung. In der Regel funktioniert das auch sehr gut.

Daher auch einen Dank an die Vorsitzende, Frau Böhlen. Alles Gute für die Zukunft als Bürgerbeauftragte! Auch ich kann mich dem anschließen, dass die Zusammenarbeit im Petitionsausschuss in der Regel immer sachorientiert und gut war. Danke schön.

Im Petitionsbüro des Landtags arbeitet ein hervorragendes Team unter der Leitung von Herrn Andreas Haas. Danke, dass Sie da sind. Herzlichen Dank an Sie und Ihr Team für die hervorragende und auch schnelle Arbeit bei den Dingen, um die es geht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD, der Grünen und der CDU)

Die Petitionen werden im Petitionsausschuss und im Petitionsbüro mit sehr großem Engagement bearbeitet. Neulich waren bei einer Petition bei einem Vor-Ort-Termin im Alb-Donau-Kreis vier Abgeordnete des Landtags anwesend, von denen drei eine Anfahrt von zwei bis drei Stunden hatten. Ich vermute, dass die Rückreise ähnlich lange gedauert hat. Danke an die drei Kollegen, die mich dort im Wahlkreis unterstützt haben – bei einer Petition, bei der das schon der zweite Vor-Ort-Termin war, weil es vor einem Jahr schon einmal einen gegeben hat.

Wir Mitglieder des Petitionsausschusses sind als Verbindungsglied zwischen Bürger und Verwaltung, als direkte Vermittler nah dran. Selbst da, wo keine Abhilfe möglich ist, was bei etwa 80 % der Petitionen der Fall ist, sind wir das offene Ohr des Landtags für den Bürger und erfüllen damit einen wichtigen Vermittlerdienst – bei bereits mehr als dreieinhalbtausend Petitionen in dieser Legislaturperiode.

Es gibt aber auch Einzelfälle, in denen die Bearbeitung der Petition nicht so gut funktioniert. Da könnte ich viele Schwachstellen und -punkte aufgreifen. Manches gehört vielleicht auch nicht in die Öffentlichkeit – wir wollen auch nicht alles breitretzen –, und manches werden wir auch intern analysieren oder machen das auch schon.

Ich möchte aber mal ein Beispiel nennen, das mich in den letzten Wochen tatsächlich sehr betroffen gemacht hat. Ende Oktober 2018 wurde eine Petition eingereicht – Oktober 2018! Anfang September 2019, also zehn Monate später, sprach mich der Petent persönlich an, weil wir uns bei anderer Gelegenheit begegneten – zehn Monate später! Daraufhin nahm ich mit dem Petitionsbüro Kontakt auf, das umgehend reagierte und das Wirtschaftsministerium daran erinnerte, eine bal-

dige Stellungnahme abzugeben. Zehn Tage später ging dann ein Antwortschreiben des Wirtschaftsministeriums ein, das mir dann mitgeteilt wurde. Darin hieß es – Zitat –:

... dass das Wirtschaftsministerium, das zu der Petition um Stellungnahme gebeten wurde, weiterhin bestrebt ist, die Stellungnahme möglichst bald abzugeben. Aktuell wartet das Wirtschaftsministerium noch auf eine Rückmeldung des Umweltministeriums.

Dazu habe ich in meiner Antwort, die das Petitionsbüro an das Ministerium weitergeleitet hat, die Frage gestellt, ob „bestrebt“ und „möglichst bald“ in dem Sinn verstanden werden soll, wie in den zehn Monaten vorher mit der Petition umgegangen worden ist.

Ich fasse noch einmal zusammen: Eine Petition wurde eingereicht. Es gab einzelne Nachreichungen – die letzte war, glaube ich, im Mai dieses Jahres –, und elf Monate und zweieinhalb Wochen später lag noch immer keine inhaltliche Stellungnahme der beiden zuständigen Ministerien vor. Das ist, mit Verlaub, eine Unverschämtheit und ungerecht gegenüber den Bürgern in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Anfang Oktober 2019 bat dann das Wirtschaftsministerium noch einmal – Zitat – „um eine weitere Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahme der Regierung“. Ein Vorschlag, wann diese Frist ablaufen soll, wurde nicht gemacht.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Böhlen zu?

Abg. Daniel Rottmann AfD: Ja, gern.

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Herr Abg. Rottmann, jetzt muss ich – auch zur Verteidigung – einmal fragen: Wissen Sie eigentlich, dass Sie jede Petition auf die Tagesordnung setzen lassen können, auch wenn noch keine Stellungnahme vorhanden ist?

Abg. Daniel Rottmann AfD: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Wie gesagt, ich wurde Anfang September angesprochen und habe dann im Laufe des Septembers bzw. Oktobers die Unterlagen bekommen. Ich habe, meine ich, mit der letzten E-Mail zu diesem Thema beantragt, dass es im Dezember, und zwar zum Mittwochmorgentermin um 8:30 Uhr, auf die Tagesordnung gesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

„Der kurze Draht zum Parlament – Petitionen als Baustein einer modernen Verwaltung“ – für den Petitionsausschuss nehme ich das ganz klar in Anspruch. Wir wissen auch, dass dieser Fall – es ist einer von über hundert Fällen in diesen Ministerien – meiner Meinung nach so nicht passieren dürfte.

Im Jahr 2018 war eine Delegation unseres Petitionsausschusses beim Bayerischen Landtag und hat dort den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden besucht. Es ist unglaublich interessant, wie anders die Petitionsausschüsse in anderen Landtagen arbeiten, und ich denke, man kann auf beiden Seiten eine ganze Menge voneinander lernen.

(Daniel Rottmann)

Ich habe einige Ideen mitgenommen, die wir noch nicht ausdiskutiert haben – die aber, denke ich, bei allen, die damals dabei waren, noch im Hinterkopf schwelen –, wie wir es in Baden-Württemberg vielleicht an der einen oder anderen Stelle für den Bürger besser machen könnten.

In Bayern wird jede Petition von zwei Abgeordneten bearbeitet: von einem Vertreter der Regierungsfractionen und einem Vertreter der Oppositionsfractionen. Das ist bei uns anders. Bei uns bearbeitet es ein Berichterstatter, ein Abgeordneter. Dann wird in Bayern jede Petition im Ausschuss einzeln aufgerufen. Das ist bei uns – auch aufgrund der Menge der Petitionen – so im Moment überhaupt nicht möglich; aber vielleicht müsste man dort auch noch einmal über Veränderungen nachdenken. Außerdem hat der Petent in Bayern auch die Möglichkeit, direkt und teilweise auch im Ausschuss angehört zu werden und dort Stellung zu nehmen. Das sind Aspekte, über die man vielleicht noch einmal nachdenken könnte.

Ich habe einige Punkte formuliert, die uns, der AfD, im Sinne von Bürgernähe wichtig sind:

Erstens: Informationen zum aktuellen Stand der Petitionen. Momentan ist es so: Eine Petition wird eingereicht. Der Bürger bekommt die Eingangsbestätigung, wenn die Akte an den Abgeordneten übergeben wird, und hört dann nichts, bis zu der Petition etwas in der einen oder anderen Richtung beschieden worden ist. Wenn er diese Nachricht bekommt, denkt er: Jetzt steht die Petition kurz vor dem Abschluss. Tatsächlich hat der Abgeordnete die Petition aber gerade erst erhalten und beginnt mit seiner Arbeit. Das ist, meine ich, sehr unbefriedigend für manchen Petenten. Dort müsste mehr Kommunikation hineinkommen.

Zweitens: Kommunikation mit dem Petenten. Der Petent hat bisher in Baden-Württemberg keine Möglichkeit, eine Stellungnahme zu den Stellungnahmen der Ministerien abzugeben; und es gibt Situationen, in denen es gut wäre, wenn der Petent zumindest einmal die Möglichkeit hätte, die Dinge zu lesen und vielleicht eine kurze Stellungnahme abzugeben oder gegebenenfalls noch Unterlagen nachzureichen.

Drittens: Der Punkt mit den zwei Berichterstattern ist durchaus interessant. Vier Augen und die der Mitarbeiter sehen natürlich mehr als zwei Augen, und vielleicht würde dies an manchen Stellen noch mehr dazu beitragen, dem Anliegen des Petenten gerecht zu werden.

Anhörung des Petenten: Das wäre ein Bereich, den man auch noch einmal einplanen könnte. Es gibt die Vor-Ort-Termine, bei denen vielfach aktuelle Punkte beraten werden, wobei der Petent die Möglichkeit hat, das Ganze selbst darzustellen. Das sind aber in der Regel Fälle, bei denen wir schon sehr sicher sind, dass wir dem Petenten in irgendeiner Weise weiterhelfen und vielleicht auch schon auf Abhilfe plädieren möchten. Vielleicht müsste man das auch bei manchen aussichtsloseren Petitionen einführen. Denn manchmal sehen wir auch nicht auf den ersten Blick, ob eine Petition Abhilfe verdient hat; so sage ich einmal. Das ist natürlich manchmal eine Ermessenssache.

Das Thema Öffentlichkeit ist, glaube ich, mit den Vor-Ort-Terminen ausreichend abgedeckt. Aber ein Punkt ist noch einmal das Behördenhandeln und dabei die Frage: Wie gehen die Ministerien auch mit den untergeordneten Behörden um? Die

Minister oder die Staatssekretäre schreiben die Stellungnahmen ja nicht selbst. Das sind in der Regel Anfragen, die an die unteren kommunalen Ebenen erfolgen, und dort wird eine Stellungnahme geschrieben.

Da drängt sich mir der Verdacht auf, dass die eine oder andere Stellungnahme – vielleicht auch mehr als 50 % – übernommen wird, ohne dass noch einmal groß draufgeschaut wird. Da möchte ich die Ministerien ausdrücklich bitten, in ihren Häusern noch einmal verstärkt darauf zu achten und vielleicht zu schauen, wo auch sie eine Möglichkeit haben, einer Petition abzuweichen, und wo bei diesem direkten Draht zwischen Bürgern und Verwaltung vielleicht auch der Bürger gelegentlich einmal mehr recht hat als die Verwaltung, die in der Regel sicherlich sehr korrekt arbeitet.

Wir, der Petitionsausschuss, sind für die Bürger da. Wir sind ein Teil dieses direkten Drahts zwischen Bürgern und Verwaltung. Das werden wir auch weiter sein.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD hat Herr Abg. Nelius das Wort.

Abg. Georg Nelius SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Grünen haben mit der von ihnen beantragten Aktualen Debatte dankenswerterweise die Arbeit und die Bedeutung des Petitionsausschusses aufgegriffen, eine Arbeit, die im Geschehen im Landtag diskret und kontinuierlich begleitet wird und die es absolut verdient, beleuchtet und gewürdigt zu werden.

Die unvergessene frühere Sozialministerin von Brandenburg, Regine Hildebrandt, sagte einmal zu ihrer Motivation, Politik zu machen: „Ich interessiere mich nicht für Politik, nur für Menschen und ihre Schicksale.“ Genau darum geht es auch in der Arbeit des Petitionsausschusses. Dort geht es um Fälle, die im Getriebe des Rechtsstaats und seiner Verwaltung unterzugehen drohen – zumindest in den Augen der Petenten – und die der Petitionsausschuss auf die höchste staatliche Ebene, das Parlament, hebt.

In den Medien und den öffentlichen Debatten kommt der Petitionsausschuss in der Regel nicht so häufig vor, was aber in der Natur seines Auftrags und damit seiner Arbeit liegt. So gesehen, kann einem zwischen Bürgern und Verwaltung strittigen Sachverhalt gar nichts Besseres passieren, als diskret im Petitionsausschuss behandelt zu werden.

Ich bin immer wieder beeindruckt von der Sorgfalt und dem Umfang, mit dem Petitionen behandelt und in den Stellungnahmen gewürdigt werden. Die Tatsache, dass die Mehrzahl der Petitionen zurückgewiesen wird, spricht dabei nicht gegen unseren Rechtsstaat, sondern zeugt in Wirklichkeit auch von seiner Qualität und Professionalität. Dennoch zeichnet gerade das Maß der Sorgfalt, mit dem Verwaltung und Parlament das Petitionswesen behandeln, den Rechtsstaat als besonders solide und seinem eigenen Anspruch gemäß aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

(Georg Nelius)

Wundert man sich oft über die Tiefe und die Detailgenauigkeit, mit der selbst geringfügig erscheinende Anliegen von Petenten im Ausschuss behandelt werden, so ist es gerade diese Sorgfalt, die ein sehr hohes Maß an Rechtssicherheit und auch Gerechtigkeit vermittelt. Dies ist geeignet, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat zu festigen, und wenn dies gelingt, dann hat der Petitionsausschuss seine Existenz bereits gerechtfertigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichwohl möchte ich kritisch anmerken, dass der Titel unserer Aktuellen Debatte ein wenig an der Sache vorbeigeht. Petitionen sind weniger ein Baustein als vielmehr eine mögliche und notwendige Kontrolle einer modernen Verwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP –
Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Sie unterbrechen den Verwaltungsvollzug – im günstigsten Fall für die Verwaltung –, ohne ihn grundsätzlich infrage zu stellen. Im günstigsten Fall für den Petenten stoppen sie aber sogar den Verwaltungsvollzug, ohne dass ordentliche Gerichte in Anspruch genommen werden müssen. Deshalb sind Petitionen Bausteine einer modernen Demokratie und Ausdruck ihrer ständigen Selbstkontrolle.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Verwaltung selbst würde grundsätzlich, glaube ich, wohl lieber auf das Instrument der Petition verzichten. Aber kluge Verfassungsväter haben mancherlei „Checks and Balances“, wie man in den USA so trefflich sagt, in den Verwaltungsvollzug eingebaut. Nichts ist vollkommen. Deshalb braucht auch die beste Verwaltung im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger Kontrollinstanzen.

Den ersten Teil des Titels der Aktuellen Debatte dagegen möchte ich unterstreichen. Petitionen sind tatsächlich „der kurze Draht zum Parlament“. Gegenüber dem Verwaltungsrechtsweg mit seinen oft langwierigen Stufen über Widerspruch, Widerspruchsbescheid, Gerichtsverhandlung usw. erreicht man mit einer Petition unmittelbar die obersten Landesbehörden und über den berichterstattenden Abgeordneten auch das Parlament in Form des Petitionsausschusses. Die schönsten Beispiele für den kurzen Draht zum Parlament und sicher Sternstunden des Petitionsrechts sind dann diejenigen Petitionen, die sogar eine Änderung bestehender Gesetze nach sich ziehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahren hat sich der Petitionsausschuss auch einen großen Schritt auf die Bürgerinnen und Bürger zubewegt, indem er nicht nur in vielen Vor-Ort-Terminen, die ja bei Petitionsverfahren bisher auch schon durchaus üblich waren, sondern auch als Petitionsausschuss insgesamt durch Sitzungen von Ulm über Stuttgart bis nach Heidelberg sprichwörtliche Bürgernähe praktiziert.

Heute ist der Petitionsausschuss mehr denn je eine wirkungsvolle Einrichtung für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Kampf gegen nach eigener Wahrnehmung scheinbar willkürliche Entscheidungen der Exekutive. In vielen Fällen können im Ausschuss immer wieder durch gemeinsam getragene Be-

schlüsse passgenaue Lösungen gefunden werden. Dazu trägt auch die von mir als ausgesprochen konstruktiv empfundene Arbeitsatmosphäre im Ausschuss bei. Wesentlich dazu beigetragen hat auch die scheidende Vorsitzende Beate Böhlen, der wir auch von dieser Stelle aus ganz herzlich für ihre Arbeit danken und für ihren neuen Wirkungskreis alles Gute wünschen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Natürlich auch herzlichen Dank an das Petitionsbüro, an der Spitze Herrn Haas, und Herrn Drißner als juristischem Berater für die wirklich tolle Arbeit.

Abschließend möchte ich betonen, dass der Petitionsausschuss mit Recht als Glücksfall für unser Parlament bezeichnet werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Keck spricht für die FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Vielen herzlichen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Der kurze Draht zum Parlament – Petitionen als Baustein einer modernen Verwaltung“ – ein Titel, der viel erwarten lässt. Wenn ein Bürger eine Petition an den Landtag richtet, dann erwartet er auch meist viel. Einige Erwartungen können wir nicht erfüllen. Geltende Rechtslagen, Bundeszuständigkeiten oder die Gewaltenteilung setzen uns Grenzen. Trotzdem ist der Petitionsausschuss ein wichtiges Element für die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihren Anliegen an den Landtag wenden.

Petitionen als Mittel des Gehörtwerdens sind jetzt auch online möglich. Niederschwellige Möglichkeiten zu schaffen, sich mit dem Ärger und den Fragen zu Behördenentscheidungen an den Landtag zu wenden, ist ein wichtiges Instrument. Auch der Landtag wird langsam, aber sicher digitaler.

Die Aktuelle Debatte, von der Fraktion GRÜNE beantragt, muss auch mit einem Zitat des Ministerpräsidenten einhergehen, das leider auch für Petitionen gilt, wie ich anfangs ausgeführt habe: „Gehört werden heißt nicht erhört werden.“ Die zitierte Aussage betraf die Umfrage bei Kommunen zum damals geplanten Nationalpark. Die Kommunen hatten sich eigentlich mehrheitlich dagegen ausgesprochen, und trotzdem wurde er – wie wir heute alle wissen – errichtet.

Apropos grün: Wie oft wurde in vergangenen Jahren grünes Licht von der Vorsitzenden des Petitionsausschusses erteilt, wenn es um den Bau von Windkraftanlagen ging? Da wurde das Votum der Petenten, Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihre Heimat und für die intensive Prüfung der geplanten Vorhaben ausgesprochen haben, auch nicht wahrgenommen. In einer Anfrage der FDP/DVP-Fraktion wurden die Zahlen hierzu aufbereitet.

Und ja, ich bin dankbar, dass wir hier einen neuen Umgang mit dem grünen Licht schaffen konnten und dass ein kritischer

(Jürgen Keck)

Blick auf den Umgang – nicht auf das grüne Licht selbst – erlaubt war und auch bleibt. Ich spreche hier die neuerdings zügigere Umsetzung von Bebauungsplänen an, die erschaffen werden, um Wohnbau möglich zu machen.

Wichtig ist, festzustellen: Petitionen, Einlassungen von Bürgerinnen und Bürgern mit der Bitte um Prüfung von Verwaltungsentscheidungen ihrer Kommune, des Landkreises oder ihrer Ämter, sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie.

(Einige Abgeordnete der SPD-Fraktion unterhalten sich. Der Redner unterbricht seine Ausführungen. – Abg. Karl Zimmermann CDU: Geht von der Redezeit ab!)

– Das macht nichts. Ich habe eh zu viel.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Der Herr Kollege bittet um die ungeteilte Aufmerksamkeit.

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Wurde richtig entschieden, oder hat der Petent zu Recht interveniert? Hätte es einen Spielraum auf der Seite der Verwaltung gegeben? Hätte man sich vielleicht auf einen Kompromiss einigen können? Oder liegt dem Konflikt gar nur ein Missverständnis zugrunde?

Im Jahr 2016 wurden 1 040 Petitionen bearbeitet, im Jahr 2017 waren es schon 1 113, und im Jahr 2018 wurden 1 121 Eingaben bearbeitet. Wir sehen also eine Entwicklung. Für viele Menschen scheint der Petitionsausschuss eine wichtige Anlaufstelle zu sein. Durchschnittlich befasst sich jedes Ausschussmitglied – der Kollege Zimmermann hat es schon erwähnt – jährlich mit rund 40 Petitionen persönlich. Jede Petition persönlich zu bearbeiten bedeutet viel Arbeit und Engagement. Für dieses Engagement bedanken sich die Petenten immer wieder aufs Herzlichste, und diesen Dank möchte ich auch gern an meine Kolleginnen und Kollegen weitergeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Die Sitzungen des Petitionsausschusses sind von intensiver Beratung geprägt. Ministeriumsvertreter werden zurate gezogen, und oft genug sind für die Entscheidungsfindung mehrere Anläufe notwendig. Petitionsverfahren sind aber auch Mediation, wenn die Beteiligten in einem verhärteten Prozess feststecken. Die kommunale Planungshoheit ist tabu, Empfehlungen des Petitionsausschusses werden teilweise berücksichtigt. Die Belange sind vielfältig, wie z. B. von A wie Abstellplatz bis Z wie die Zisterne im Garten nebenan.

Aber auch höchst persönliche Lebensbereiche sind von den Eingaben betroffen. Daher finde ich es wichtig, dass die Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Kollege Rottmann hat es erwähnt: In Bayern sind alle Sitzungen des dortigen Petitionsausschusses öffentlich. Dies hat ein Für und Wider, aber in der Regel ist Nichtöffentlichkeit wesentlich besser, um persönliche Belange und Betroffenheiten zu schützen.

Hingegen sind öffentliche Sprechstunden des Petitionsausschusses an verschiedenen Orten in ganz Baden-Württemberg

gut besucht und zeigen uns: Hier ist wirklich der direkte Draht zum Parlament. Die in der letzten Legislaturperiode neu geschaffene Stelle des Bürgerbeauftragten – jetzt der Bürgerbeauftragten – kann nur als ergänzendes Organ zum Petitionsausschuss gewertet werden und darf nicht in direkter Konkurrenz stehen, und so verstehen wir das auch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Da darf ich jetzt mitklatschen!)

– Da darf man klatschen. – Was ich aber schlicht und ergreifend noch betonen möchte, was zur direkten Demokratie gehört: Sprechen Sie Ihre, unsere Abgeordneten direkt an und verschaffen sich Gehör. Politik heißt zuhören und gestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Auch die Regierung hat um das Wort gebeten, und Herr Staatssekretär Klenk spricht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und das bei Petitionen!)

Staatssekretär Wilfried Klenk: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Fraktion GRÜNE dankbar für die heutige Aktuelle Debatte. Denn sie wirft letztendlich das Scheinwerferlicht auf eine Institution, die ein hohes Gut unserer parlamentarischen Demokratie darstellt.

Das Petitionsrecht macht unsere Parlamente ein großes Stück greifbar und zugleich auch volksnah. Es ist die Möglichkeit eines jeden Bürgers, sich in einer Sache, in der er Unrecht empfindet oder seine persönliche Situation nicht ausreichend gewürdigt sieht, an das Parlament zu wenden.

Gerade mit der Onlinepetition ist der Zugang sehr viel stärker vereinfacht worden. Oftmals ist das für die Petenten die letzte Hoffnung in einer vielleicht verzweifelten Lage.

Gerade dieses Instrument ist es, das unsere freiheitliche Demokratie und unseren Rechtsstaat auszeichnet. Es zeigt, dass sich die Exekutive bei allen Entscheidungen immer auch hinterfragen lassen muss, und es zeigt, dass keine Behörde für sich in Anspruch nehmen darf, unanfechtbar zu sein.

Es zeigt aber vor allem – Herr Kollege Nelius, Sie haben es angesprochen –, dass unsere Verfassungsväter ein kluges und austariertes System der Gewaltenteilung ausgearbeitet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre teils mahnenden Worte habe ich zur Kenntnis genommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Freut mich!)

– Ich habe nicht gesagt Ihre, Kollege Zimmermann.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das mache ich schon selber!)

(Staatssekretär Wilfried Klenk)

Im Amerikanischen wird das ewige Austarieren innerhalb der Systemkomponenten der Demokratie klangvoll mit „Checks and Balances“ umschrieben. Viele, viele Petitionen, die Erfolg hatten, zeigen gleichzeitig den Erfolg des Petitionswesens. Es ist im Übrigen ein Ausgleich, der in vielen anderen Staaten so schmerzlich vermisst wird.

Mit Frau Kollegin Böhlen als Vorsitzender des Petitionsausschusses hatte der Landtag auch eine starke Stimme im Petitionswesen. Schon von Beginn an hat sich Frau Böhlen hier immer stark eingebracht. An dieser Stelle ist es unserem Innenminister Thomas Strobl, der zusammen mit dem Herrn Ministerpräsidenten gerade mit den Vertretern der IRGW zu einem gemeinsamen Mittagessen unterwegs ist,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

sehr wichtig, Ihnen im Namen der Landesregierung für dieses Engagement noch einmal herzlichen Dank auszusprechen.

Der Nachfolgerin oder dem Nachfolger im Ausschussvorsitz wünsche ich schon heute viel Erfolg und immer ein offenes Ohr.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der AfD sowie des Abg. Andreas Stoch SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte beendet und Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Jetzt komme ich zu **Tagesordnungspunkt 1** zurück:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus vom 28. Juni 2019 – 1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus – Drucksachen 16/6487, 16/6997

Hier geht es noch einmal um den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7054. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 135 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt;
mit Nein haben 117 Abgeordnete gestimmt.
Enthalten hat sich niemand.*

Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Rüdiger Klos, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Doris Senger, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Dr. Alexander Becker, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Isabell Huber, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Claus Paal, Julia Philipp, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Nicolas Fink, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Sabine Wölffe.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Rudi Fischer, Dr. Ulrich Goll, Jochen Hausmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

*

Jetzt liegt mir noch der Wunsch nach einer Erklärung zum Abstimmungsverhalten vor. – Ich gebe Herrn Abg. Palka das Wort.

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Danke, Frau Präsidentin. – Es ist bezeichnend für dieses, unser Parlament, gegen unseren Antrag zu stimmen.

(Unruhe – Abg. Andreas Stoch SPD: Sein Abstimmungsverhalten! Mit Verlaub! – Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Palka, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie eine Erklärung zu Ihrem persönlichen Abstimmungsverhalten abgeben wollen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht dazu, wie das Parlament abgestimmt hat!)

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Ja, ich habe – – Der zweite Satz kommt doch jetzt.

(Zuruf: Fangen Sie mit dem zweiten an! Das ist besser!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es ist eine Chance vor allem dann, wenn Sie abweichend von Ihrer Fraktion abgestimmt haben.

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Der zweite Satz kommt jetzt. – Ich habe mit Ja gestimmt, denn wir möchten alle Extremen bekämpfen – die von links, die von rechts.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir brauchen jetzt nicht die Debatte zu verlängern! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hallo! Frau Präsidentin!)

Egal, welche Extreme, und nicht nur die von rechts, wie es vom Parlament gefordert wird.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Nicole Razavi CDU: Wo sind wir eigentlich? – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Palka, darf ich noch einmal aufklären?

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Das finde ich nicht richtig.

Das war es schon.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, ist okay. Aber es macht jetzt keinen Sinn, wenn jedes Fraktionsmitglied der AfD erklärt, dass es dem eigenen Antrag zugestimmt hat. Darum geht es nicht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist nicht okay! Das ist nicht Sinn der Bestimmung!)

– Ich erkläre das ja auch gerade, Herr Abg. Sckerl.

(Unruhe)

Er kann es vielleicht besser verstehen, wenn es ruhig im Raum ist.

Jetzt sage ich es noch einmal für die anderen Kolleginnen und Kollegen: Wenn Sie jetzt erklären wollen, warum Sie Ihrem eigenen Antrag zugestimmt haben, dann geht das nicht.

(Zuruf: Das ist Missbrauch der Zeit!)

Das geht nur, falls Sie von Ihrer eigenen Fraktion abweichend gestimmt haben.

(Unruhe)

Jetzt noch einmal: Es gibt Erklärungen zur Abstimmung nach § 100 der Geschäftsordnung. Wer möchte dazu noch eine Erklärung abgeben? – Frau Abg. Wolle, bitte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn sie jetzt auch erklärt, dass sie zugestimmt hat –)

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank. – Liebe Kollegen, Gewalt kommt von links und von rechts.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist denn das wieder für eine Erklärung? – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das hat man ihr aufgeschrieben!)

Allein die Sicht auf den sogenannten Rechtsextremismus reicht nicht aus.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf Sie jetzt noch einmal bitten. Wir wollen die Debatte nicht verlängern, wir wollen nur eine Erklärung –

(Unruhe – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es braucht nicht jeder eine Rede zu halten, die ein parlamentarischer Berater aufgeschrieben hat!)

Abg. Carola Wolle AfD: Das hat nicht mein parlamentarischer Berater aufgeschrieben. Ich kann selbst denken.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja! Lesen vielleicht gerade noch! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Würden Sie bitte mir die Sitzungsleitung überlassen. – Würden Sie bitte Ihre Erklärung so einleiten, dass erkennbar wird: Es geht um Ihr persönliches Abstimmungsverhalten.

Abg. Carola Wolle AfD: Genau. Deshalb unterstütze ich diesen Antrag.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt reicht's aber! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nicht zugehört! – Weitere Zurufe, u. a.: Mein Gott!)

Herr Rülke, zu Ihrer Information: Sie haben gesagt, wir haben das letzte Mal den Antisemitismusbeauftragten abgelehnt. Der Grund war: Wir wollten wie heute die Kompetenz des Antisemitismusbeauftragten –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, Sie haben gerade erklärt, dass solche Erklärungen nicht möglich sind! – Abg. Andreas Stoch SPD: Ein Musterverstoß! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wolle, dann muss ich Ihnen jetzt das Wort entziehen. Es geht nicht grundsätzlich darum, die Debatte von vorhin zu verlängern, sondern Sie sollen geschwind, kurz und knapp –

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe drei Minuten Zeit.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, nur, wenn Sie anders abgestimmt haben als Ihre Fraktion!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, aber es geht um Ihr persönliches Abstimmungsverhalten, nicht um „wir“.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht, dass jeder erklärt, warum er seinem eigenen Antrag zugestimmt hat! – Unruhe)

Aber ich bitte jetzt die anderen Kollegen auch – Die Zeit ist fortgeschritten. Wenn auch sie sich ein bisschen disziplinieren, geht es schneller. – Bitte schön.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Frau Wolle kann ja anfangen! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtners [fraktionslos]: In der Geschäftsordnung steht keine vorgestanzte Wortwahl!)

Abg. Carola Wolle AfD: Damit ist das eine geklärt. – Ich muss ganz klar sagen: Die Aussagen des Herrn Abg. Schwarz haben mich extrem betroffen – mich persönlich –, wir wären faschistoid oder verbreiteten totalitäres Gedankengut.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie sich angesprochen gefühlt? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine Erklärung zum Abstimmungsverhalten!)

Herr Abg. Schwarz, ich weise das – da bin ich persönlich betroffen – für mich persönlich aufs Schärfste zurück.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was hat denn das mit der Abstimmung zu tun? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Missbrauch der Geschäftsordnung!)

Dieser Anschlag in Halle hat mich wirklich sehr schockiert, und ich frage mich, wie das in diesem Land möglich sein kann.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was hat das mit der Abstimmung zu tun? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nichts! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin Wolle, Sie wollen bitte jetzt Ihr Ja oder Ihr Nein begründen und sonst gar nichts.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein! Nur ihr Nein! – Abg. Carola Wolle AfD: Das ist eine Beeinflussung! Das ist nicht akzeptabel!)

– Schauen Sie noch einmal in die Geschäftsordnung.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ja, ich kann lesen!)

Wer möchte noch eine Erklärung zu *s e i n e m* Abstimmungsverhalten abgeben?

(Unruhe)

Also noch einmal: Wir verlängern hier nicht die inhaltliche Debatte von vorhin, sondern es besteht die Möglichkeit, eine Erklärung zu Ihrem persönlichen Abstimmungsverhalten abzugeben. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Stefan Räßle AfD: Ich habe deshalb mit Ja gestimmt, weil ich diese gesamte Diskussion vorhin als sehr heuchlerisch erachte. Hier wird nur eine Art des Extremismus beleuchtet, aber wir sollten alle beleuchten, vor allem den Linksextremismus. Das ist die größte Seuche in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut, aber wir wollen jetzt nicht 18 Erklärungen für Ja aus Ihrer Fraktion hören.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das nennt man Missbrauch der Geschäftsordnung! – Unruhe)

Können wir jetzt die Aussprache zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 1 beenden? – Dann müssen wir jetzt noch den Tagesordnungspunkt insgesamt abschließen.

Ich komme daher zurück zur Abstimmung. Wir haben ja eine Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses vorliegen. Es geht um die Drucksache 16/6487, und der Ausschuss empfiehlt Ihnen, diese Drucksache zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dem zu? Wer stimmt der Kenntnisnahme zu? – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Kenntnisnahme von der Drucksache mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Wir kommen jetzt

(Unruhe)

– die Fraktionen sind übereingekommen, in der Tagesordnung fortzuschreiten und diesen Tagesordnungspunkt noch vor der Mittagspause aufzurufen – zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Volksbegehren Artenschutz – Drucksache 16/6548

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung hat zuerst der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abg. Dr. Reinhart, das Wort. – Bitte sehr.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Vielfalt des Lebens gehört zu den großen Schätzen unseres Planeten. Die Bewahrung der Schöpfung war uns in der Union schon immer ein großes und wichtiges, übrigens auch ein konservatives Anliegen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Der Erhalt der Arten und der Schutz der Biodiversität sind elementar für die Bewahrung unserer Schöpfung. Dies ist uns sehr wichtig. Deshalb beraten wir heute diesen Antrag, nachdem wir ihn der Regierung eingereicht hatten und eine Stellungnahme dazu bekommen haben.

Ich finde übrigens: Dies ist eine Sternstunde des Parlaments. Kompliment auch an die Regierung, denn wenn ein solcher Antrag gestellt worden ist und gestern Abend noch Eckpunkte vorgelegt wurden,

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

so ist dies ein gutes Zusammenwirken, das ich hier ausdrücklich und lobend erwähnen möchte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Zur Abwechslung müsst ihr das extra betonen!)

Wir wollen einen echten Erfolg für den Artenschutz in Baden-Württemberg erreichen, und dies auf der Grundlage einer möglichst breiten Unterstützung in der Gesellschaft. Die Eckpunkte, die seit gestern Abend bekannt sind, stellen eine sehr gute Gesprächsgrundlage dar, auch für die weiteren Begegnungen mit allen betroffenen Verbänden, für diejenigen, die gestern dabei waren, und für die Landnutzer, die gestern

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Abend nicht dabei waren, aber schon in der vergangenen Woche Gesprächsrunden mit dem Landwirtschaftsminister hatten und zugestimmt haben.

Wir sind überzeugt davon, dass wirksamer Artenschutz nur gemeinsam gelingt. Er gelingt auch nur mit und nicht gegen die Landwirtschaft. Auch das will ich sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb ist dies ein guter Schritt und ein wichtiger Beitrag, was den gesellschaftlichen Konsens angeht. Die Debatte der vergangenen Monate hat nämlich immer deutlicher gezeigt, dass dieser breite Konsens mit dem Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, gerade nicht zu erreichen war. Gegen den Gesetzentwurf der Initiatoren gab es dann auch Einwände von ganz verschiedenen Seiten – von den Streuobstwiesenbauern bis zu den Landwirten, vom Ökolandbau bis zum Landesverband Badischer Imker, aus der Wissenschaft, selbst aus dem Naturschutz.

Diese Argumente und Einwände müssen wir ernst nehmen. Sie sind substantiell, sie sind auch plausibel. An ihnen können wir nicht einfach vorbeigehen. Deshalb haben wir, die CDU-Fraktion, frühzeitig auf die kritischen Punkte hingewiesen, für eine differenzierte Debatte geworben und auch gesagt, dass wir ein verbessertes Alternativkonzept brauchen. Genau darum ging es, und dazu sind jetzt in der Stellungnahme mit Eckpunkten des Umwelt- und des Landwirtschaftsministeriums die wichtigen Schritte vorgelegt worden.

Mit unserem Antrag haben wir auch Aufklärungsarbeit leisten wollen und geleistet und dafür gesorgt, dass wir jetzt auf dem sicheren Fundament von Fakten diskutieren können. Die Stellungnahme der Landesregierung hat viele Kritikpunkte bestätigt und macht deutlich: Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens hätte gravierende Folgen, auch für unsere sehr wertvollen Kulturlandschaften. Gerade vielen Wein- und Obstbaubetrieben im Land würde teilweise das Aus drohen, wenn die Regelungen des Gesetzentwurfs, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, Gesetz würden. Wir wollen aber auch in Zukunft Wein vom Kaiserstuhl, aus Tauberfranken oder Obst vom Bodensee und nicht aus Neuseeland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen alle gemeinsam gute, gesunde, regionale Lebensmittel aus Baden-Württemberg und keine Importe aus Übersee. Deshalb hat die Fraktion auch eine Empfehlung abgegeben – und zwar schon in den letzten Monaten – und zum Ausdruck gebracht, dass wir das Volksbegehren so, wie es gestellt ist, nicht unterstützen können und auch nicht unterstützen wollen. Dem hat sich auch der Ministerpräsident angeschlossen. Insoweit muss es – davon sind wir überzeugt – gemeinsames Ziel sein, Streit um den Artenschutz zu befrieden, ja, zu vermeiden. Wir wollen also versöhnen und aus dem, was vorgelegt wurde, etwas Gutes – ich sage sogar: etwas Besseres – für unser Land machen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb brauchen wir eine Alternative, die Verständigung ermöglicht und die vor allem auch breiten Rückhalt in der Gesellschaft findet. Wir wollen ein Konzept, das Arten schützt, das aber auch unsere bäuerliche Landschaft erhält.

Die von der Regierung nun vorgelegten Eckpunkte können Grundlage sein für eine solche alternative Lösung im Konsens. Das begrüßen wir. Wir sind sicher: Wir skizzieren damit einen Weg, den alle mitgehen können. Darauf hat unsere Fraktion immer Wert gelegt.

Artenschutz ist auch nicht allein eine Aufgabe für die Landwirtschaft; es geht auch um andere Aspekte. Ich nenne hier etwa die Lichtverschmutzung. Daneben geht es beispielsweise um die Gestaltung privater Gärten, es geht darum, was die Kommunen mit zusätzlichen Blühstreifen oder – das haben wir immer gewünscht – vernetzten Biotopen bewirken können. All das kann hier jetzt im Zusammenhang besprochen werden.

Artenschutz geht uns alle an. Das ist der entscheidende Punkt; darauf kommt es hier an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb ist dies für uns wichtig. Klar ist: Unsere Landesfläche beträgt ca. dreieinhalb Millionen Hektar. 1,6 Millionen ha sind Agrarfläche, 1,4 Millionen ha Waldfläche. Innerhalb dieser 1,6 Millionen ha Agrarfläche sind aber 450 000 ha als Schutzgebiete ausgewiesen. Es geht daher um klugen Pflanzenschutz und nicht um reine Verbote. Mit Verboten allein könnten wir hier nichts regeln.

Das ist nur ein Beispiel, das zeigt: Die Regierung hat hier schnell gehandelt. Sie hat rasch gehandelt, indem sie Eckpunkte vorgelegt hat – die wir sicher gleich im Einzelnen noch von beiden Ministern dargelegt bekommen.

Für uns in der Union ist klar: Wir wollen Bienen und Bauern; wir wollen ein Miteinander und kein Gegeneinander. Wir wollen Konsens und Kooperation statt Konfrontation und Konflikt. Insoweit sind wir überzeugt: Zusammen können wir es besser. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dann wird auch dieser Antrag zu Ergebnissen führen, und dann werden wir letztlich – hoffentlich – alle auf einen im Konsens erzielten Erfolg blicken können – im Sinne unseres Landes, im Sinne der Kulturträger und im Sinne des Artenschutzes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich für die Grünen das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz erteilen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ja ein Schaulaufen heute!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gestern Abend ist klar: Baden-Württemberg wird beim Artenschutz neue Maßstäbe setzen. Der Schutz der Natur ist seit 40 Jahren ein grünes Herzenthema.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Gabi Rolland SPD:
Das hat aber lange gedauert!)

In den letzten Monaten hat dieses Thema noch einmal erheblich an Bedeutung gewonnen. Es ist immer deutlicher geworden: Neben der Klimakrise ist das Artensterben die zweite große ökologische Krise unserer Zeit.

(Zuruf von der AfD: So ein Blödsinn!)

(Andreas Schwarz)

Inzwischen haben das auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erkannt.

So habe ich auch das Volksbegehren verstanden: als Signal, gemeinsam die nächste Welle des Aussterbens der Arten zu stoppen. Ich freue mich, dass die Instrumente der direkten Demokratie zum ersten Mal genutzt worden sind.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Die Initiatoren des Volksbegehrens haben die richtigen Themen aufgegriffen. Das Volksbegehren gibt dieser Debatte einen wichtigen Schwung. Große Teile des Volksbegehrens unterstützen wir, und große Teile des Volksbegehrens finden sich nun im Eckpunktepapier der Landesregierung wieder. Kollege Reinhart hat es angesprochen.

Einen Punkt haben wir so nicht übernommen. Bei diesem geht es um die Frage der Pestizidreduktion in Schutzgebieten. Würde man diesen Punkt so umsetzen, wie es im Volksbegehren angelegt ist, stünde die Landwirtschaft tatsächlich vor großen Problemen. Daher wurde gegen die von den Initiatoren des Volksbegehrens vorgeschlagene Neufassung des § 34 des Naturschutzgesetzes zu Recht Kritik vorgebracht. Deswegen war für uns Grüne klar: Hier muss nachgebessert werden. Im Eckpunktepapier der Landesregierung findet sich jetzt eine gute Lösung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir Grünen stehen für eine Politik des Miteinanders. Landnutzung gegen Naturschutz auszuspielen wäre das falsche Signal gewesen. Da kann ich mich dem Kollegen Wolfgang Reinhart anschließen. Das Artensterben aufzuhalten geht nur gemeinsam. Naturschutz und Landwirtschaft, Verbraucherinnen und Verbraucher, Hauslebauer, Wirtschaft und Politik – alle sind gefragt, ihren Beitrag zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Winfried Mack CDU: Gut gebrüllt, Löwe!)

Deswegen bin ich froh, dass wir heute darüber sprechen können, wie ein guter Weg aussehen kann, um die biologische Vielfalt und die naturnahe Landwirtschaft zu fördern.

Unser Ministerpräsident hat den gordischen Knoten durchschlagen und die Minister Franz Untersteller und Peter Hauk beauftragt, gemeinsam Eckpunkte zu entwickeln.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender, Herr Abg. Dr. Fiechtner möchte gern eine Frage stellen. Lassen Sie diese zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, vielen Dank. – Der Katalog, den die beiden Fachminister entwickelt haben, liegt seit gestern vor. So kann es gelingen. Meine Fraktion unterstützt ganz klar die Umsetzung dieser Eckpunkte. Lieber Herr Minister Untersteller, lieber Herr Minister Hauk, vielen Dank für diese gelungene Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Große Teile des Volksbegehrens übernehmen wir. Dort, wo das Volksbegehren Schwächen hat, bessern wir nach. Der Erhalt der Artenvielfalt wird gesetzliches Ziel. Es gibt einen klaren Pfad, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im ganzen Land deutlich zu reduzieren. In Naturschutzgebieten führt das zu einem Verbot des Pestizideinsatzes.

Wir gehen das Thema Privatgärten an. Damit greifen wir einen Punkt heraus, der so im Volksbegehren nicht enthalten war. Damit sind wir in Baden-Württemberg bei der Pestizidreduktion Vorreiter in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Eckpunkte gehen in einem weiteren Punkt über das Volksbegehren hinaus. Mehr Bio in den Kantinen des Landes kurbelt die Nachfrage an.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig!)

So kann der Anteil der Ökobetriebe wachsen. Mit einer Erhöhung des Volumens des Förderprogramms FAKT werden wir die Betriebe dabei unterstützen, diese Transformation hinzubekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig!)

Streuobstwiesen werden geschützt, der Biotopverbund wird konkretisiert und verbindlich gemacht. Wir haben schon viel für den Erhalt der biologischen Vielfalt im Land getan. Aber das geht noch einmal deutlich darüber hinaus. Das sind neue Maßstäbe für den Artenschutz in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Naturschützerinnen und Naturschützer, Bäuerinnen und Bauern haben mit ihrer Initiative den Anstoß gegeben. Herzlichen Dank an die Initiatoren und die Landwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Die Herren Minister Untersteller und Hauk haben daraus gelungene Eckpunkte entwickelt. Dafür bedanke ich mich auch nochmals ausdrücklich.

Wir Grünen wollen diese Eckpunkte sehr zügig in einem Gesetzentwurf umsetzen; dazu stehen wir. Unser Ziel ist es, den Gesetzentwurf Anfang 2020 im Landtag zu beraten. Meine Bitte, Herr Ministerpräsident, ist, diese Eckpunkte sehr zügig im Kabinett zu beraten. Die Unterstützung meiner Fraktion haben Sie.

Ich möchte darüber hinaus gern den Trägerkreis des Volksbegehrens aufrufen, die getätigte Zusage, an der Konkretisierung weiter mitzuarbeiten, einzulösen. Wir begrüßen diese Zusage, die Sie gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Schwarz, kommen Sie jetzt bitte zum Ende. Sie sind 30 Sekunden über der Zeit.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich komme zum Schluss. – Ich bedanke mich. Gemeinsam haben wir jetzt ein richtig gutes Konzept für Baden-Württemberg, für die Artenvielfalt, den Insektenschutz und die Vielfalt bäuerlicher Betriebe bekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Martin Grath GRÜNE: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt spricht Herr Abg. Stein für die AfD.

Abg. Udo Stein AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Zur Beratung steht ein Antrag der CDU zum Volksbegehren Artenschutz. Das Volksbegehren, hinter dem starke staatliche und auf vielerlei Weise geförderte und privilegierte mächtige Verbände mit eigenen Interessen wie NABU und BUND stehen, ist die perfide Anwendung des uralten Prinzips „Teile und herrsche“. Herr Reinhart, ich gebe Ihnen recht: Wir sollten dafür einmal eine gemeinsame Lösung finden.

Dieses Volksbegehren würde unsere ungeteilte Zustimmung finden, wenn es sich gegen die wahren Verursacher der Missstände in der Landwirtschaft richten würde. Aber es wurde ja zurückgezogen; Sie haben es alle mitbekommen. Man arbeitet an einem neuen Lösungsansatz; das kann auch ich nur begrüßen.

Wir können durch dieses Volksbegehren aber vermutlich gar nicht so viele Betriebe verlieren, wie wir in den letzten 30 Jahren durch die Politik der fast ausschließlich CDU/CSU-geführten Regierungen in Baden-Württemberg verloren haben.

(Zurufe)

Im Jahr 1999 gab es in Baden-Württemberg noch 25 000 Haupterwerbsbetriebe.

(Zurufe – Unruhe)

– Einschließlich aller anderen Parteien, der FDP, den Grünen und der SPD, die ebenfalls mit beteiligt waren.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Heute haben wir nur noch halb so viele Vollerwerbsbetriebe.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die CSU?)

– Die CSU ist in Bayern.

(Zuruf von der SPD: Ja, eben!)

– Ja, das darf man doch sagen. Entschuldigung, Sie sind doch bundesweit dran, auch Sie von der SPD.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Was die EU, die CDU und die restlichen Altparteien nicht geschafft haben, das hat dann das EEG vollendet.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das EEG?)

Mit den Milliarden, die aus überhöhten Strompreisen in hoch subventionierte Biogasanlagen und dann überhöhte Pachtpreise geflossen sind, kann kein ordentlicher Bauer, der diese Subventionen und die damit bewirkte Verwüstung der Kulturlandschaft nicht mitmacht, konkurrieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Flüchtlinge nicht vergessen!)

Schon in unserem ersten Programmentwurf vom Mai 2013 forderten wir von der Alternative für Deutschland Volksabstimmungen und Volksinitiativen nach Schweizer Vorbild,

(Beifall bei der AfD)

insbesondere zur Abtretung wichtiger Befugnisse an die Europäische Union. Im Frühjahr 2018 machte unsere Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland wieder einen Schritt nach vorn in Richtung mehr direkte Demokratie.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wurde da der Vorsitzende abgewählt?)

Das taten wir mit unseren Gesetzentwürfen zum Demokratiestärkungsgesetz und zur Änderung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes, die natürlich beide von Ihnen, von den Altparteien, abgelehnt wurden.

(Oh-Rufe)

Im letzten Sommer titelten die Zeitungen: Die Grünen haben mehr direkte Demokratie versprochen – und tun sich schwer, es einzulösen. Vielleicht haben sie sich da ja „versprochen“.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Ein weiterer Titel lautete: „Vom Treiber zum Getriebenen: Die Grünen und die direkte Demokratie“.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir von der Alternative für Deutschland sind also die Partei der direkten Demokratie,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

und Sie brauchen uns als Stachel in Ihrem bequem gewordenen Fleisch. Herr Reinhart hat nach Alternativen gerufen: Hier sind wir.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir sind aber auch die Rechtsstaatspartei und die Partei der Freiheit.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

– Lachen Sie nur! Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Unsere Kritik am aktuellen Volksbegehren zum Thema Bienensterben lautet: Das Recht schützt die Minderheit vor der Tyrannei der Mehrheit. Die Landwirte in unserem Land haben das Recht auf Eigentum und auf die freie Berufsausübung.

(Udo Stein)

Deshalb kann ihnen eine Mehrheit nicht die Berufsausübung nach guter fachlicher Praxis mit amtlich zugelassenen Pflanzenschutzmitteln verbieten.

Als Partei der Freiheit finden wir, die AfD, es geradezu widersinnig, wenn ein Volksbegehren die Freiheit einer großen Gruppe des Volkes einschränken will. Das ist eine grobe Missachtung der Kulturleistung von Generationen von Bauern, eine Missachtung dessen, was dieser Stand für unsere Ernährung und unsere Kulturlandschaft geschaffen hat.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Bravo!)

Dass eine solche Missachtung starke Widerstände hervorruft, zeigt, dass es noch viel gesunden Menschenverstand gibt. Als Sprachrohr dieser Bürger sind wir gewählt. Diese Aufgabe erfüllt uns mit Stolz und Durchhaltewillen.

Deshalb lehnen wir dieses Volksbegehren – oder sollten wir besser sagen: dieses Verbandsbegehren? – in der Form, wie es bis gestern stand, ab. Die Diskussion darüber begrüßen wir allerdings und sehen dies als Stärkung der Demokratie und als Bereicherung an.

Herr Reinhart, ich gebe Ihnen vollkommen recht.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stein, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Udo Stein AfD: Letzter Satz. – Bei diesem Thema müssen wir über Fakten reden. Dazu gehört auch, dass wir einmal Fakten darüber sammeln und langfristig festhalten, welche Arten bedroht sind,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Haben wir doch!)

dass wir uns die Entwicklung ansehen, ...

(Zuruf: Das ist bekannt!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Abg. Udo Stein AfD: ... und zwar nicht nur bei uns in Deutschland, sondern generell.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Rote Listen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf das Wort an die SPD geben. Herr Fraktionsvorsitzender Stoch spricht.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Noch vor einigen Monaten – so geht es sicher uns allen – wäre es nahezu undenkbar gewesen, dass wir uns an einem Plenartag im Landtag von Baden-Württemberg auf Antrag der CDU mit dem Thema Artenschutz beschäftigen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Da kannst du mal gucken!
Wir sind auf der Höhe der Zeit! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich hoffe, du begrüßt das!)

Dieser Wandel ist offensichtlich nicht von Ihnen erdacht worden. Dieser Wandel ist schlicht und einfach entstanden, weil Menschen in diesem Land gesagt haben: „Die Landesregie-

rung aus Grünen und CDU tut zu wenig für den Artenschutz, und deswegen müssen wir etwas tun.“

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU:
Jetzt sind wir aber gespannt!)

Wenn Sie sich in den letzten Tagen die Mühe gemacht haben, auf Aussagen der Landesregierung zu achten, dann haben Sie Innenminister Strobl vernommen, der gesagt hat, dieses Volksbegehren sei Gift für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Er meint wohl, dass ein demokratisches Verfahren schlecht für eine demokratische Gesellschaft sei.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in der Landesregierung herrscht bekanntlich ein erhebliches Misstrauen gegenüber der direkten Demokratie. Die Grünen haben sie sich zwar auf die Fahne geschrieben und in Sonntagsreden gelobt, aber wenn das Volk tatsächlich ein Begehren hat, dann beginnt der Abwehrkampf. Überlegen Sie mal, ob das glaubwürdig ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Was will denn die SPD?)

Dabei – ich sage das ganz deutlich – kann das Volksbegehren „Pro Biene“ schon jetzt einen Erfolg vorweisen: Die grün-schwarze Landesregierung bewegt sich endlich in Sachen Artenschutz, und zwar erheblich weiter, als sie noch vor Kurzem bereit gewesen wäre. Das Volksbegehren ist also, Herr Strobl – in Abwesenheit –, kein Gift für die Gesellschaft, sondern das war Notwehr wegen der Tatenlosigkeit von Grün-Schwarz.

(Beifall bei der SPD)

Wenn den gestern verkündeten Worten tatsächlich Taten folgen – es sind im Moment nur Ankündigungen –, dann hätte diese Notwehr schon allerhand bewirkt. Es wäre dann immer noch bemerkenswert, dass die Bürger ausgerechnet einer grün geführten Landesregierung beim Thema Artenschutz Beine machen müssen. Aber wir wären immerhin vorangekommen.

Wenn hinter den Worten auch einige Taten stünden, dann würde das heißen, dass diese Landesregierung Artenschutz endlich ohne jene Widersprüche betreiben würde, die sie selbst geschaffen hat: Grüne Politiker, auch der Ministerpräsident, die in Städten gegen Steingärten und für Artenschutz kämpfen, aber in der Landwirtschaft hat nach wie vor die CDU das Sagen und betreibt eine komplett andere Politik – immer schneller, höher, mehr und immer Hand in Hand mit der agrochemischen Industrie.

(Zurufe von der CDU, u. a.: So ein Unsinn!)

Dazu hat Frau Detzer, die Landesvorsitzende der Grünen, im letzten Jahr gesagt – ich zitiere –:

*Der wahre Freund des Bauern
hilft beim Wandel, nicht beim Mauern.*

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Das macht es nicht besser!)

Deswegen besteht Handlungsbedarf. Die Zahl der Biobauern nimmt zu, unbenommen.

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Deutlich!)

Aber die Menge der ausgebrachten Pestizide steigt weiter. Wo der eine verzichtet, spritzt der andere womöglich immer noch

(Andreas Stoch)

mehr. Die Zahlen sagen uns das. Deswegen ist die Artenvielfalt in Baden-Württemberg bedroht. Das jüngste Monitoring des Umweltministeriums hat genau dies gezeigt.

Herr Ministerpräsident, ich zitiere noch einmal Ihr Wort von der Komplementärregierung:

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach komm!)

Das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium – da sitzen die beiden zuständigen Herren – dürfen nicht länger so tun, als seien sie für getrennte Planeten zuständig. Denn eine Biene stirbt auch dann an zu viel Chemie, wenn es eine von Grünen regierte Biene ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn zu den Worten Taten kämen, dann würde das heißen, dass der Landwirtschaftsminister nicht mehr das politische Sprachrohr allein der Bauernverbände wäre. Dann dürfte er nicht mehr von sich geben, dass es die Menschen in diesem Land eben nichts angehe, was die Bauern auf ihren Feldern ausbringen. Dann dürfte man auch nicht zulassen, dass Pestizide ausgebracht werden, deren Einsatz oft gar nicht nötig, sondern einfach nur bequem ist. Dann dürften Mitglieder dieser Regierung nicht mehr versuchen, mit verzerrenden und polemischen Parolen Stimmung gegen das Volksbegehren Artenschutz zu machen.

Dass niemand mehr etwas zum Pflanzenschutz tun dürfe, stand noch nie im Volksbegehren, aber es wurde fleißig behauptet. Dass Positivisten oder ökologisch vertretbare Alternativen zu Pestiziden nicht aus der Welt sind, wurde teilweise verschwiegen. Überhaupt nicht zur Sprache kam bei manchen, dass Probleme des Volksbegehrens eben auch durch Ausführungsbestimmungen oder ein Begleitgesetz heilbar wären. Wenn Mitglieder dieser Regierung das verschwiegen, dann betreiben sie eben erst diese unnötige Polarisierung, dann ziehen sie Gräben zwischen Landwirten und Artenschützern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten keine Gräben ziehen, sondern wir sollten beim Anliegen von mehr Artenschutz in Baden-Württemberg alle mitnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Baden-Württemberg tut deswegen gut daran, beim Artenschutz und damit auch bei einer nachhaltigen Landwirtschaft Pionier zu sein. Gerade in Baden-Württemberg gibt es eben keine Riesenbauernhöfe. Keiner der Höfe kann Ernteschlachten gegen die Agrarfabriken in Nord- und in Ostdeutschland gewinnen, noch viel weniger gegen andere Erzeuger in Europa.

Wohin die Reise geht, merken wir draußen im Land doch längst: mit Qualität und Eigenvermarktung und fairen Preisen und lokaler Anbindung, mit ökologischer Orientierung und dem Verständnis der Allgemeinheit, dass Landwirtschaft Kulturlandschaften erhält und dafür nicht draufzahlen darf. Deswegen wird Artenschutz auch Geld kosten, auch Geld für die Bauern, aber das muss uns der Artenschutz wert sein.

Wir werden Sie an Ihren Worten messen. Den Worten müssen jetzt dringend Taten folgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Karrais spricht für die FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon spannend, zu beobachten, welches Schauspiel wir hier gerade anschauen konnten, wenn der Kollege Reinhart sagt, man habe ja schon immer die Bedenken ernst genommen, man habe eigentlich schon immer gegen das Volksbegehren agiert. Wenn man dann aber mal in die Vergangenheit schaut – ich habe mir das herausgesucht –, dann findet man z. B. folgendes Zitat in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. Juni:

Wir begrüßen jede Initiative, die die Artenvielfalt und Biodiversität voranbringen kann.

Darüber hinaus wird ein Sprecher der CDU-Fraktion zitiert mit:

Wir prüfen, ob wir die Forderung 1 : 1 übernehmen können oder ob wir einzelne Punkte verändern.

(Zuruf von der FDP/DVP: Was? – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Ja!)

Am 26. Juni gab es dann eine Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion mit der Überschrift – ich zitiere –:

NABU-Sommerterrasse: Reinhart betont gute Zusammenarbeit – Unterstützung für „Rettet die Bienen“

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da ging es um etwas ganz anderes!)

Die Pressemitteilung wurde übrigens von der Seite der CDU-Fraktion entfernt. Sie ist auf wundersame Weise verschwunden. Da will man wohl von den Fehlern der Vergangenheit nichts wissen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Hört, hört!)

Bereits im Juli hat unser Kollege Klaus Hoher schon eine klare Position bezogen

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Guter Mann!)

und konkrete Vorschläge gemacht, auf die ich auch gleich eingehen werde. Er hat schon damals eine klare Position bezogen. Bei der CDU, bei den Grünen gab es immer ein Hin und Her. Der eine Abgeordnete hat das gesagt, der andere Abgeordnete hat jenes gesagt. Da gab es einfach keine klare Haltung, was dazu geführt hat, dass viele Landwirte im Land lange im Unklaren waren und auch die Zukunft des Volksbegehrens infrage stand.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Erst in der vorigen Woche erklärte dann Ministerpräsident Kretschmann, das Volksbegehren gehe so auf gar keinen Fall, und kündigte an, dass eine Alternative ausgearbeitet werde. Das ist schon einmal gut. Es ist anscheinend etwas angekommen. Aber erst am 14. Oktober, also vorgestern, hat der CDU-Landesvorstand einen Antrag beschlossen, nach dem das Volksbegehren in der jetzigen Form nicht geht und eine Al-

(Daniel Karrais)

ternative bestellt wird. Sie erzählen hier aber, das hätten Sie schon von Anfang an gewusst. Das ist schon ein bisschen vage formuliert und ein bisschen an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Daniel Renkonen
GRÜNE: Was wollen Sie denn?)

– Was wollen wir denn? Das wird hier gerade hereingerufen. Wir haben klare Vorschläge zum Artenschutz gemacht. Denn eines ist klar: Das Thema Artenschutz ist wichtig. Das ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit für uns, für die kommenden Generationen. Wir brauchen eine große Artenvielfalt, damit die Natur auch bestehen kann.

Wir wollen mehr Mittel für umweltfreundliche Techniken. Das sollte z. B. ins Agrarinvestitionsförderungsprogramm hineingenommen und mehr berücksichtigt werden. Ein schon lange überfälliger Schritt ist der Einsatz von mehr Digitalisierung in der Landwirtschaft, z. B. indem man die Geodaten und Satellitenunterstützung mit SAPOS und HEPS gebührenfrei zur Verfügung stellt. Hier sind andere Länder schon deutlich weiter als Baden-Württemberg. Bei uns ist das schon lange überfällig. Da passiert überhaupt nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter
GRÜNE: Da passiert doch schon etwas!)

Das führt auch dazu, dass zum Teil zu viele Spritzmittel ausgebracht werden. Das könnte man deutlich reduzieren. Forscher sprechen von einem Einsparpotenzial von bis zu einem Drittel. Das geht eigentlich genau in die Stoßrichtung des Volksbegehrens. Darüber hinaus brauchen wir noch mehr Forschung im Bereich der standortangepassten Fruchtfolgen. Das sind nur die drei zentralsten Punkte, die wir angesprochen haben.

Zu dem Kompromissvorschlag, der uns jetzt vorliegt: Wie gesagt, das ist schon einmal ein Anfang. Es werden viele Schnitzer ausgemerzt, aber in dem Vorschlag sind immer noch einige Probleme enthalten, die wir sehen. Zum einen wurde schon vielfach beteuert: „Artenschutz kostet nun einmal etwas.“ Ja, das mag sein. Allerdings wird das, was man dem Eckpunktepapier entnehmen kann, wahrscheinlich pro Jahr zu Kosten führen, die mindestens im zweistelligen Millionenbereich liegen, und wir sind gespannt, wer das am Schluss bezahlen soll. Tun dies die Verbraucher?

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Schön wär's!)

Man weiß es nicht. Wahrscheinlich kaufen sie dann lieber Produkte aus Neuseeland oder aus Südtirol.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die FDP will wieder gar nichts machen!)

Muss es dann das Land machen? Wer macht es dann? Der Landwirt, der auf Erträge verzichten will? Das kann man schon einmal in Zweifel ziehen. Damit kommen wir zu dem Punkt, bei dem wir bereits beginnen, kontraproduktiv zu handeln. Wenn die Produkte teurer werden, wenn wir mehr Ökolandbau haben usw. und der Rest Europas, der Rest Deutschlands nicht mitmacht, dann importieren wir eben mehr Waren, die unter ganz anderen Bedingungen hergestellt werden.

Dabei stellt sich die Frage, ob wir das wirklich wollen und ob das ein Beitrag zum globalen Artenschutz ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen wir nicht! – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Darüber hinaus kommt noch eine große Bürokratiebelastung auf uns zu, mit Dokumentations- und Kontrollpflichten, die neu dazukommen. Das wird auch noch einmal spaßig für jene werden, die dem nachkommen müssen – sowohl für die Behörden als auch für die Betroffenen.

Darum glauben wir, dass in dem Eckpunktepapier auf jeden Fall noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist, und hoffen, dass etwas passiert. Wir stehen ebenso für den Artenschutz ein und sehen ihn ebenso als wichtig an. Allerdings stehen wir auch an der Seite der Landwirte und sehen, welche Herausforderungen dies mit sich bringt. Wir wollen ein Vorgehen mit Maß und Mitte und den Einsatz von Innovationen, bevor wir die Gesetzeskeule schwingen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich die Regierung ans Redepult bitten. Zuerst spricht Herr Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, verehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Veröffentlichungen der letzten Monate anschaut, dann stellt man fest, dass wir in einer Situation sind – nicht nur bei uns, sondern weltweit –, in der die Natur massiv in die roten Zahlen rutscht. Zuletzt ist dies noch einmal durch eine Veröffentlichung des Weltbiodiversitätsrats dokumentiert worden. Es sind Hunderte von Fachleuten, die regelmäßig, alle paar Jahre, einen Bericht herausgeben. In diesem Frühjahr hieß es darin: Von den acht bis neun Millionen Arten, die es weltweit gibt, sind eine Million Arten in den kommenden Jahren gefährdet und vom Aussterben bedroht.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD: In Deutschland!)

Das heißt unterm Strich – ich sage es einmal so drastisch –: Wir vernichten, was uns am Leben hält, und lösen damit sozusagen, wenn es so weitergeht, unsere eigene Lebensversicherung auf.

(Zurufe von der AfD: Windräder!)

Und was ausgestorben ist – das wissen wir –, ist dann für immer und ewig verloren.

(Zuruf: Das heißt Reproduktion!)

Auch bei uns im Land ist dieser Artenschwund zu verzeichnen. Das haben die kürzlich von meinem Staatssekretär vorgestellten ersten Ergebnisse der Untersuchungen der LUBW ebenfalls eindrucksvoll gezeigt. Wir stehen in der Verantwortung, dieses Artensterben aufzuhalten.

Herr Kollege Stoch, ich muss mich schon etwas darüber wundern, was Sie hier ausgeführt haben. Sie haben ein wenig den

(Minister Franz Untersteller)

Eindruck erweckt, als hätten wir hier jahrelang geschlafen und nichts gemacht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: In den letzten drei! – Heiterkeit)

– Nein, dem muss ich widersprechen. Auch nicht in den letzten drei, lieber Herr Kollege Gall.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE zu Abg. Reinhold Gall SPD: Sag mal! – Abg. Reinhold Gall SPD: Entschuldigung, was ist passiert? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich will Ihnen nur einmal ein Beispiel nennen: Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von Grünen und CDU haben beispielsweise ein Sonderprogramm in Höhe von über 36 Millionen € beschlossen, das über zwei Jahre laufen soll

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wir sprechen hier von Landwirtschaft!)

und bundesweit seinesgleichen sucht. Davon gehen 13,5 Millionen € in den Haushalt des Kollegen Hauk, 13,5 Millionen € in meinen Haushalt und 3,5 Millionen € in den Haushalt des Kollegen Hermann.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir haben landesweit ein Monitoringprogramm über 6 Millionen €, das ebenfalls seinesgleichen sucht und um das uns andere Bundesländer – das versichern mir die Kolleginnen und Kollegen der anderen Bundesländer immer wieder – beneiden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Überwiegend habt ihr Personalstellen aufgebaut in dem Bereich!)

Wir haben das Moorschutzprogramm in den letzten Jahren intensiviert. So könnte ich Ihnen noch vieles Weitere nennen.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD: Warum haben wir dann die Probleme?)

Aber – jetzt kommt das Aber – es ist bei uns so wie auch anderswo: All diese Initiativen reichen nicht aus, um den Artenschwund zu stoppen. Das war in Bayern sozusagen die Initiative für das dortige Volksbegehren. Jetzt muss ich auch einmal sagen: In Bayern gingen innerhalb von 14 Tagen 1,4 Millionen Menschen in die Rathäuser. Daran sieht man, dass dieses Thema in der Gesellschaft angekommen ist und die Leute umtreibt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und bei uns war es auch notwendig!)

Ich finde es erst einmal positiv,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig!)

dass es so ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Habe ich doch gesagt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Darum geht es!)

Ich habe überhaupt kein Problem damit, dass wir uns heute so intensiv mit dem Problem auseinandersetzen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir auch nicht!)

wie wir die biologische Vielfalt in unserem Land erhalten können und was wir, die Landesregierung, noch weiter tun können. Das ist auch ein Verdienst der Initiatoren des Volksbegehrens hier in Baden-Württemberg. Damit habe ich überhaupt kein Problem.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich sage ganz offen: Ich danke den Initiatoren wirklich auch dafür, dass sie dieses Thema in den letzten Monaten auch in dieser Form ganz oben auf die gesellschaftliche Agenda gesetzt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen Monaten aber auch erleben müssen, dass das Volksbegehren zu einer gesellschaftlichen Lagerbildung geführt hat: Stadt gegen Land, Biolandwirte gegen konventionell wirtschaftende Betriebe, Naturschutz gegen Landwirtschaft. Und diese Lagerbildung war von den Initiatoren – da bin ich mir ziemlich sicher – gewiss so nicht beabsichtigt. Aber sie ist ein Fakt.

Ich will mir gar nicht ausmalen, was passieren würde, wenn das noch monatelang so weiterlaufen würde – oder wenn es so weitergelaufen wäre. Wir erleben da aber auch, dass wir in längst überwunden geglaubte Grabenkämpfe zurückfallen – all diese Dinge. Deshalb ist es der Landesregierung und ist es meinem Kollegen Peter Hauk und mir wichtig gewesen, zu verhindern, dass das Volksbegehren zu einer gesellschaftlichen Spaltung führt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen keine alten Konflikte aufheizen. Wir wollen unser Land befrieden und gemeinsam die Natur und die natürlichen Lebensgrundlagen in unserem Land erhalten und weiterentwickeln. Auch landwirtschaftlichen Betrieben ist der Insektenschutz ein Herzensanliegen – jedenfalls den allermeisten. Auch die Initiatoren des Volksbegehrens möchten, dass die Betriebe faire Rahmenbedingungen haben. Denn ohne Landwirtschaft gibt es niemanden, der die Kulturlandschaften in unserem Land pflegt und der die Naturschutzmaßnahmen auch in der Fläche umsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Zusammengenommen geht es darum, dass wir den Naturschutz mit der Landwirtschaft voranbringen wollen

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

und nicht gegen die Landwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammen mit dem Landwirtschaftsministerium haben wir in den letzten Tagen wirklich intensiv an einem Eckpunktepapier gearbeitet, in das die meisten Aspekte des Volksbegehrens eingegangen sind. Ich will auch einmal sagen: Das, was uns da vorliegt, ist kein

(Minister Franz Untersteller)

Kompromiss, Herr Kollege Karrais, sondern – darauf lege ich Wert – das ist eine Weiterentwicklung des Volksbegehrens.

Warum ist es eine Weiterentwicklung? Wir haben vieles aus der Initiative des Volksbegehrens aufgenommen. Wir haben aber beispielsweise auch zahlreiche Anregungen von gesellschaftlichen Gruppen, von Bauernverbänden mit aufgenommen. Wir haben Punkte mit aufgenommen, über die wir im Zusammenhang mit dem ökologischen Landbau, mit der Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln, auch mit der Frage, wie wir mit unseren landeseigenen Domänen umgehen, intensiv diskutiert haben. Und da sind wir nicht weit weg von dem, was in dem Gesetzentwurf der Initiative steht.

Das Eckpunktepapier ist auch deswegen eine Weiterentwicklung des Volksbegehrens, weil wir Punkte aufgenommen haben, die die Initiatoren gar nicht drin hatten, nämlich das ganze Thema „Stärkung von Biodiversität im besiedelten Raum, auch in den Städten“. Ich meine, das ist nicht nur ein Thema für den ländlichen Raum. Das muss man einmal offen sagen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das heißt, wir haben damit umfassende Maßnahmen für mehr Artenvielfalt mit den berechtigten Interessen der Landwirtschaft zu einem wirkungsvollen Ganzen zusammengeknüpft. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das eine gute Grundlage ist.

Gestern Abend – Sie haben es ja dann aus den Medien erfahren und manche gestern auch bei unserem Fest – haben wir dieses Eckpunktepapier den Initiatoren und Unterstützern des Volksbegehrens vorgestellt. Es handelt sich, wie gesagt, um eine echte Weiterentwicklung. Ich glaube auch, dass das mit der Grund war, dass der Unterstützerkreis, dem Peter Hauk und ich das gestern Abend gemeinsam vorgestellt haben – wir haben mit ihm diskutiert; es wurden auch noch offene Fragen beantwortet –, der anschließend ohne uns unter sich beraten hat, zu später Stunde gestern Abend gesagt hat: Sie gehen gemeinsam mit uns diesen Weg, und wenn wir das so umsetzen, wie wir das in dem Eckpunktepapier festgehalten haben, sind sie auch bereit, ab sofort von dem weiteren Sammeln von Unterschriften abzusehen.

Das halte ich zunächst einmal für einen großen Erfolg im Hinblick darauf, dass wir zu einer Befriedung in diesem Land bei einem Thema kommen, bei dem die Gefahr drohte, dass es zu tiefen gesellschaftlichen Konflikten kommt. Ich bin den Initiatoren und den Unterstützern des Volksbegehrens sehr dankbar, dass sie bereit sind, mit uns diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Georg Nelius SPD)

Mein Fraktionsvorsitzender Andreas Schwarz hat vorhin angesprochen, dass wir das Thema jetzt zügig weiter vorantreiben und ins Kabinett bringen sollten. Peter Hauk und ich haben uns gestern schon darüber unterhalten und auch mit dem Ministerpräsidenten darüber gesprochen. Auch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU habe ich darüber gesprochen, dass wir das zügig machen wollen. Meine Hoffnung ist, dass wir das vielleicht sogar schon am nächsten Dienstag hinbekommen, sodass die Initiatoren auch sehen, dass wir die Punkte,

die wir ihnen jetzt vorgestellt haben, auch wirklich verbindlich in einer Kabinettsvorlage beschließen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der umstrittenste Punkt des Volksbegehrens war, wie wir alle wissen, das umfassende Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in allen Schutzgebieten, also nicht nur in Naturschutzgebieten, sondern auch in Landschaftsschutzgebieten, Natura-2000-Gebieten usw. Danach wäre auf rund einem Drittel der Landesfläche der Pflanzenschutz weitgehend unmöglich gewesen, übrigens auch für die ökologische Landwirtschaft. Das will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen.

Unsere Lösung sieht nun vor – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Bitte.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Minister, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben jetzt sehr stark auf die Weiterentwicklung, wie Sie es genannt haben, abgehoben. Heißt das, dass diese Weiterentwicklung auch vor Ort von den Grünen unterstützt wird, die sich dort auch für das Volksbegehren einsetzen, oder trifft das jetzt nur auf die Landesregierung zu?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Es gab meines Wissens schon gestern Abend eine Pressemitteilung der Landespartei der Grünen, die dieses Vorgehen von uns ausdrücklich begrüßt. Daher gehe ich nicht davon aus, dass einzelne Kreisverbände der Grünen jetzt noch weiterhin das Volksbegehren unterstützen. Wir haben dieses Volksbegehren von Anfang an nicht als Landespartei unterstützt. Wir hatten darüber eine Debatte auf unserem Landesparteitag. Das will ich ausdrücklich nochmals betonen.

Es gibt eine andere Partei, die hier mit einer Fraktion vertreten ist, die Kollegen der SPD, die das Volksbegehren auch als Landespartei unterstützt haben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

Meine Partei hat das nicht getan. Es gab einzelne Kreisverbände, die das getan haben. Aber ich gehe selbstverständlich davon aus, dass sie dieses Vorgehen von uns auch begrüßen. Da mache ich mir nun wirklich überhaupt keine Sorgen.

Ich darf noch einmal auf das Thema § 34 mit dem Kompletterbot zurückkommen. Ich habe schon gesagt, danach wäre auf rund einem Drittel der Landesfläche jeglicher Pflanzenschutz nicht mehr möglich gewesen – nicht nur der Einsatz synthetischer, sondern auch biologischer Pflanzenschutzmittel. Unsere Lösung sieht nun vor, dass wir dort, wo der höchste Schutzstatus besteht, nämlich in den Naturschutzgebieten – ich sage es einmal ein bisschen pathetisch: in den Perlen des Naturschutzes; das sind etwa 2,4 % der Landesfläche –, ab 1. Januar 2022 – übrigens muss ich da meinen Fraktionsvorsitzenden korrigieren: es ist nicht eine Fortsetzung der bisherigen Regelung – ein Kompletterbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln haben werden.

(Minister Franz Untersteller)

Aber auch dort werden wir dann Ausnahmen vorsehen. Da, wo Betriebe durch ein Verbot in wirtschaftliche Schwierigkeiten kämen, werden wir darüber nicht hinwegsehen. Da braucht sich, glaube ich, niemand Sorgen zu machen. Aber man kann so viel sagen: Dort, wo Naturschutz draufsteht, ist künftig auch Naturschutz drin. Das Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln soll, wie gesagt, nicht dazu führen, dass Betriebe in wirtschaftliche Not geraten. Dafür haben wir einfache Ausnahmen vorgesehen.

In den übrigen Schutzgebieten wird der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln durch einen massiven Ausbau und eine landesspezifische Erweiterung des integrierten Pflanzenschutzes überdurchschnittlich reduziert. Landesweit wird der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bis 2030 – so haben wir es im Papier festgehalten – um 40 bis 50 % in der Menge reduziert. Und wir wollen – auch das steht im Papier – bei dieser Reduktion auch einen Schwerpunkt auf die Schutzgebiete – Landschaftsschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete und andere – legen.

In der Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie sind hierzu auch zahlreiche konkrete Maßnahmen vorgesehen, die wir sehr zeitnah umsetzen wollen. Insbesondere sind konkrete Vorgaben zum Einsatz der Mittel auf dem Feld sowie die attraktive Förderung von Alternativen zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit enthalten.

Weiter wollen wir – auch das haben wir festgehalten; das ist das, was ich vorhin hinsichtlich der Weiterentwicklung gesagt habe; das war bislang in dem Volksbegehren nicht drin –, dass in Privatgärten künftig keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden dürfen. Dafür bedarf es einer Änderung des Bundesrechts. Da gibt es schon erste Initiativen auf Bundesebene. Aber da werden wir auch schauen, dass wir hier vom Land aus, von Baden-Württemberg aus auch eine Initiative in dieser Richtung starten.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Neben der Pflanzenschutzmittelreduktion wird ein weiterer Schwerpunkt auf den Erhalt und den Ausbau vielfältig strukturierter Lebensräume gesetzt. Was heißt das? Schlichtweg mehr abwechslungsreiche Landschaften, auch einmal Heckenstreifen am Ackerrand oder auch eine Blühwiese. Künftig sollen alle landwirtschaftlichen Betriebe gegen eine Förderung einen Mindestanteil an Strukturen sowie an Lebens- und Rückzugsräumen für Tiere und Pflanzen schaffen. Diese sogenannten Refugialflächen entfalten eine biodiversitätssteigernde Wirkung und stärken die biologische Vielfalt damit auf der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Damit wird ein deutliches Mehr zum bisherigen Volksbegehren – auch da sage ich deshalb noch einmal: Weiterentwicklung – auf großer Fläche für den Schutz der Insekten bewirkt.

Die Bewirtschaftung und der Erhalt der für Baden-Württemberg so prägenden Streuobstwiesen – auch das war ja im Gesetzentwurf der Initiative mit drin – werden zukünftig noch ambitionierter gefördert als bislang und auch gestärkt. Die vorhandenen Bestände werden ohne Nachteile für die Bewirtschaftenden künftig besser vor Zerstörung geschützt.

Der Ausbau des Anteils der Ökobetriebe soll bis 2030 auf ein Minimum von 30 bis 40 % erfolgen. Für die Betriebe gibt es

– auch das will ich noch einmal betonen – keinen Umstellungszwang, sondern wir wollen hier natürlich auch die Seite der Vermarkter betrachten, auch über das Thema „Umstellung von Kantinen“, auch mit Bewerben im Bereich von Firmen, damit diese verstärkt auch Bioprodukte nehmen. Da wollen wir natürlich schauen, dass im Marketingbereich die Nachfrage nach biologischen Produkten gesteigert wird. Denn es macht ja keinen Sinn, dass wir sagen: „Wir schauen, dass es auf der Angebotsseite zu einer Steigerung kommt“, was dann zu einem Preisverfall führen würde.

Wir haben festgehalten, dass wir die landwirtschaftlichen Domänen des Landes bei einer Neuverpachtung zukünftig vorrangig an Pächter vergeben wollen, die biologisch bzw. nach den Grundsätzen des ökologischen Landbaus wirtschaften.

Noch einen weiteren Punkt möchte ich nennen: Wir wollen die Städte und Gemeinden verpflichten, in ihrem Gemeindegebiet den Biotopverbund konkret zu planen und bis 2030 umzusetzen.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt nennen: Im Naturschutzrecht und auch im Baurecht gibt es Regelungen über Ausgleichsmaßnahmen und Ausgleichsflächen. Dem wird in aller Regel – das sage ich einmal – durchaus auch nachgekommen. Aber wir hatten in der Vergangenheit keinen Überblick, wo da eigentlich was gemacht wird und ob nicht manche Flächen auch doppelt und dreifach belegt werden.

Deswegen haben wir uns darauf verständigt, auch als Angebot an die Initiatoren: Wir wollen vom Land aus zukünftig auch ein landesweites Kataster über die Ausgleichsflächen erstellen, das dann auch für alle einsehbar ist. Ich glaube, das ist wirklich eine wichtige und gute Sache, und das ist uns insbesondere auch von den Umweltverbänden gestern Abend noch einmal so gegenspiegelt worden.

(Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Mit diesem Maßnahmenpaket ist neben dem bestehenden Sonderprogramm für Biodiversität, das ich erwähnt habe, die Grundlage gelegt, um die Trendwende beim Artensterben in Baden-Württemberg zu schaffen. Kein anderes Land in Deutschland plant auch nur annähernd ein solch umfassendes Maßnahmenpaket wie wir in dem Eckpunktepapier, das wir gestern Abend vorgelegt haben – mit elf Unterpunkten. Wenn es uns gelingt, das umzusetzen, dann können wir alle zusammen, die daran mitgearbeitet haben, stolz darauf sein, dass wir mit der Landwirtschaft in Baden-Württemberg einen gehörigen Schritt bei Artenschutz und Naturschutz weitergekommen sind. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Diese Landesregierung ist angetreten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Die Weiterentwicklung des Gesetzentwurfs, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, zeigt: Wir reden nicht nur vom gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern wir sind fest entschlossen, das auch in die Praxis umzusetzen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegt noch eine Wortmeldung aus den Reihen der CDU vor, und zwar von Herrn Abg. Dr. Rapp. Außerdem möchte noch Herr Landwirtschaftsminister Hauk sprechen. Ich verlängere deshalb die Redezeit der Fraktionen um jeweils 90 Sekunden.

Bitte, Herr Abg. Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Punkte am Anfang, um vielleicht das eine oder andere richtigzustellen. Das Volksbegehren ist mit der gestrigen Ankündigung der Initiatoren nicht ausgesetzt. Lediglich die Werbung dafür wird ausgesetzt. Das Volksbegehren läuft weiter. Deswegen ist es gut, dass wir hier die Thematik diskutieren und uns auch mit dem Blick in die Zukunft beschäftigen.

Die Inhalte des Volksbegehrens hatten und haben zum Ziel, Arten zu erhalten, die Arten in Baden-Württemberg zu schützen. Aber die Inhalte des Volksbegehrens hatten auch eine Unwucht, weil diejenigen, auf die es gemünzt war, die es umsetzen müssen, dabei nicht einbezogen wurden. Daher war es auch wichtig, zu hinterfragen: Was steht jetzt eigentlich in diesem Volksbegehren, und welche Auswirkungen hat es?

Kollege Karrais, ich bitte Sie, bei der nächsten Recherche genau hinzuschauen. Die CDU-Fraktion war die erste, die am 9. Juli „gehädert“ hat – so stand es in der „Stuttgarter Zeitung“ – und erst einmal einen Berichts Antrag an die Landesregierung gestellt hat mit der Bitte, uns darüber Auskunft zu geben, welches die Folgen, die Auswirkungen im Positiven wie im Negativen sind.

Die weiteren Pressemitteilungen kamen am 12. Juli, am 24. September und am 8. Oktober.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Uns war es wichtig, aufzuzeigen: Wo muss gegebenenfalls, wenn die Politik wieder am Zuge ist, nachgesteuert werden?

Selbstverständlich hatten wir auch damals schon die Frage der Digitalisierung in der Landwirtschaft diskutiert – bis hin zu Precision-Farming-Elementen. Bisher sind solche Vorhaben übrigens an der FDP im Bund aus Datenschutzgründen gescheitert.

Nun möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir in der jetzigen Phase nicht dumm, nicht töricht und nicht unverantwortlich sein sollten gegenüber den Initiatoren, den Artenschutzzielen, der Gesellschaft und erst recht nicht gegenüber der Landwirtschaft, indem wir jetzt schon Vorfestlegungen treffen,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Aha!)

Vorfestlegungen – der Umweltminister nennt das Eckpunkte –, die nicht noch ausführlich mit allen Betroffenen diskutiert werden können. Da gehört die Wissenschaft genauso an den Tisch wie die Landwirte, Teile der Gesellschaft und der Artenschutz.

Deswegen – so glaube ich – müssen wir jetzt auch mit Blick in die Zukunft die Diskussion nutzen, um wieder Sicherheit für die Landwirte, aber auch für den Naturschutz in unserem

Land zu bringen, Sicherheit in der Frage, was machbar, was umsetzbar ist, Sicherheit und Verlässlichkeit für die Landwirte, was sie für die nächsten Jahre planen können, was sie tun können, wie sie ihre Arbeit verrichten können, ohne jedes halbe Jahr mit neuen Voraussetzungen, mit neuen Rahmenbedingungen kämpfen zu müssen. Dafür wollen wir eintreten.

Da kann man den Initiatoren auch durchaus dankbar sein, dass sie jetzt Zurückhaltung üben. Erst dadurch wird es möglich, darüber in einem breiten gesellschaftlichen Konsens zu diskutieren, vielleicht auch zu diskutieren, wie man in Zukunft mit der Wertschätzung der Produkte der Landwirtschaft umgeht, mit den Produkten vom Feld, vom Acker oder aus dem Stall, um wieder zu wissen: Was wollen wir haben, und wohin wollen wir in den nächsten zehn Jahren als Gesellschaft?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern bin ich beiden Fachministern sehr dankbar, dass sie die Grundlage für eine derart offene Diskussion geschaffen haben, damit es uns gelingt, parallel zum Volksbegehren eine alternative Grundlage zu erstellen, mit der wir alle Bürgerinnen und Bürger – Franz Untersteller hat von Spaltung geredet –, alle Anspruchsgruppen für eine bessere Zukunft für Baden-Württemberg mitnehmen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Schwarz, bitte.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bleibe dabei: Es sind gelungene Eckpunkte, die gestern von Herrn Minister Peter Hauk und Herrn Minister Franz Untersteller erarbeitet worden sind. Wir wollen sie verbindlich machen. Das ist unsere Zusage an die Initiatoren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich rufe darüber hinaus die landwirtschaftlichen Verbände und die vielen Akteure der Landnutzung auf: Beteiligen Sie sich dabei! Machen Sie mit! Ich glaube, gemeinsam können wir hier einen großen Wurf hinbekommen.

Unser Ziel ist es, diese Eckpunkte sehr zügig in eine Kabinettsbefassung zu geben und dann sehr zügig über einen entsprechenden Gesetzentwurf im Landtag zu diskutieren. Ich glaube, Herr Minister Untersteller, Herr Minister Hauk, mit diesen Eckpunkten können wir Artenschutz und naturnahe Landwirtschaft in Baden-Württemberg gemeinsam voranbringen. Diese Chance sollten wir nutzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was den Beitrag des Kollegen Stoch angeht, muss ich noch ein paar Dinge richtigstellen: Diese Regierung ist angetreten, die Biodiversität in Baden-Württemberg voranzubringen. Wir haben in den letzten Jahren geliefert: flächendeckend Landschaftserhaltungsverbände, ein Sonderprogramm Biodiversität mit einem Volumen von 36 Millionen €. Und wir setzen in diesem und im nächsten Haushalt da noch einmal etwas obendrauf. Denn es geht auch um die systematische Erfassung der biologischen Vielfalt.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie noch eine Frage von Herrn Abg. Dr. Schweickert?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bei acht Sekunden, Herr Kollege, die mir als Redezeit verbleiben, ist es nicht möglich, ausreichend auf Ihre Frage zu antworten.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Wir setzen bei der Erfassung der biologischen Vielfalt nochmals etwas obendrauf. Bislang orientieren wir uns an dem, was Amateurforscher und Forscher

(Abg. Gabi Rolland SPD: Amateurforscher?)

in den letzten Jahren erarbeitet haben. Daher ist es, finde ich, ein großer Schritt nach vorn, wenn wir ein Kompetenzzentrum für Biodiversität und integrative Taxonomie einrichten. Auch das ist ein wichtiger Beitrag für die Biodiversität. Mit dem gemeinsamen Eckpunktepapier, das wir in ein Gesetz gießen werden, bringen wir Artenschutz und Landwirtschaft in Baden-Württemberg voran.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Gabi Rolland SPD: „Amateurforscher“, also echt! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich kenne sie alle, liebe Gabi!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ja, Herr Abg. Stein.

Abg. Udo Stein AfD: Danke. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Artenschutz ist natürlich ein wichtiges Thema, aber wir sollten doch in dieser aktuellen Situation nicht vergessen, einmal zu hinterfragen: Was sind denn die Ursachen für den Rückgang? Man muss doch sagen: Wenn wir eine grüne Landesregierung haben, die es sich auf die Fahne schreibt, die Natur zu schützen, und wir unter Ihrer Regierung diese Probleme haben, dann müssten Sie einmal anfangen, zu hinterfragen, ob die Energiewende, die Monokulturen und die Windräder vielleicht doch etwas an dieser Faktenlage schuld sind.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Da fängt es ja schon an. Sie sind nicht einmal bereit, zu hinterfragen. Nehmen Sie das doch einfach einmal mit, und schauen Sie sich das einmal an. Und hören Sie auf, irgendwelche Gutachten selbst zu erstellen. Denn wir wissen selbst, wie Gutachten mit entsprechenden Ergebnissen zustande kommen. Schauen Sie vielmehr auch einmal in unsere Nachbarländer, und fragen Sie, wie sich die Entwicklung denn in Österreich, in der Schweiz, in Bayern und in Tschechien vollzieht. Oder ist Baden-Württemberg das einzige Land, welches diese Entwicklung nimmt? Das zu sehen wäre einmal hochinteressant.

Daher bin ich ganz bei Ihnen, dass wir einmal Fakten sammeln und schauen: Wie sieht es denn insgesamt aus?

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann hat das Wort noch einmal Herr Fraktionsvorsitzender Stoch für die SPD.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben – das hören Sie auch, wenn Sie mit den Initiatoren sprechen – in den fünf Jahren grün-roter Regierung von 2011 bis 2016 in Baden-Württemberg gemeinsam viel erreicht: eine Erneuerung des Landesnaturschutzgesetzes, die Ausweitung des Schutzes von Gewässerstrandstreifen und vieles mehr, was – gerade was die Themen Artenschutz und Diversität angeht – wichtige Grundlagen für heute sind.

Wenn Sie aber mit den Initiatoren sprechen, dann werden Sie ganz schnell feststellen, dass in einem Bereich, der für den Artenschutz und die Diversität sehr wichtig ist, nämlich im Bereich Landwirtschaft, gerade in den letzten drei Jahren viel zu wenig passiert ist. Wenn das kein blinder Fleck sein soll, dann muss man das tun, was im Volksbegehren steht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Untersteller, Sie sagen, in dem Eckpunktepapier seien nun von Ihrer Seite Punkte im Sinne einer Weiterentwicklung des Volksbegehrens enthalten. Aber es gibt ein Kopplungsverbot, und die Initiatoren konnten nicht alle Felder einbauen, weil das Volksbegehren sonst verfassungsrechtlich unzulässig gewesen wäre. Das ist also – wie soll ich sagen? – kein weiterentwickeltes Volksbegehren. Sie mussten durch ein Volksbegehren dazu bewogen werden, überhaupt etwas zu tun. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Als Herr Kollege Rapp gesprochen hat, hat mich der Eindruck beschlichen – ich glaube, vielen ging es so –, dass sich die CDU-Fraktion schon jetzt, in dieser Debatte, sanft von diesen Eckpunkten verabschiedet. Herr Kollege Rapp, das, was Sie hier gesagt haben, veranlasst mich zu der Frage: Stehen Sie zu den Eckpunkten, oder stehen Sie nicht zu den Eckpunkten? Das, was ich gehört habe, hinterlässt große Zweifel. Wir werden Sie an dem messen, was Sie uns vorlegen werden. Das, was Sie heute gesagt haben, ist für die Initiatoren keine Ermutigung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat noch einmal Herr Abg. Karrais für die FDP/DVP das Wort.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Ausdruck der AfD kann man nicht stehen lassen. Es wurde gesagt, man solle erst einmal Fakten sammeln, bevor man Politik macht. Da würde ich lieber vor der eigenen Tür kehren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Wo sind denn die Fakten?)

(Daniel Karrais)

Herr Kollege Rapp hat gesagt, dass SAPOS-HEPS aus Datenschutzgründen durch die FDP im Bund verhindert worden sei. Das finde ich erstaunlich; denn in Rheinland-Pfalz ist es kostenlos verfügbar, in Berlin ist es verfügbar, in Nordrhein-Westfalen, in Thüringen, in Sachsen ist es verfügbar.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: SAPOS schon, nur die Nutzung nicht!)

– Auch die Nutzung ist dort verfügbar. – Darunter sind auch zwei Länder, in denen die FDP an der Regierung beteiligt ist. Daher können Sie schlecht sagen, dass die FDP dies verhindert habe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In Baden-Württemberg können es übrigens seit Jahresbeginn auch schon 100 ausgewählte Versuchsteilnehmer nutzen. Hier scheint es also kein schwerwiegendes Problem zu geben.

Ansonsten ist das meiste gesagt. Das Eckpunktepapier muss definitiv noch nachgebessert werden. Auch wenn viele richtige Ansätze darin enthalten sind, bestehen immer noch große Hürden, vor allem, soweit es die Kosten betrifft, die entstehen, und vor allem, soweit es die Bürokratie betrifft. Diesbezüglich muss es besser gehen. Ganz unabhängig davon muss man auch 5G an die Milchkanne bringen, wenn man die Digitalisierung überhaupt einsetzen will, Datenschutz hin oder her.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Herrn Minister Hauk das Wort geben.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit gestern Abend liegt, wie ich es nennen würde, ein Kooperationsmodell oder eine Weiterentwicklung des Volksbegehrensgesetzes in Form eines Eckpunktepapiers der Landesregierung vor.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Ich will ganz klar sagen, dass für uns, für den Umweltminister und für mich, zwei Dinge maßgeblich waren. Zum ersten speziellen Thema hat der Umweltminister schon ausgeführt, weil es seinen Ressortbereich angeht. Dies ist der Artenschutz. Das zweite Thema ist, allerdings bedingt durch das andere, die Landwirtschaft.

Der Artenschutz, den wir vorfinden, bezieht sich auf Arten, die nur in landwirtschaftlichen Kulturen vorkommen. Nur im Weinbau und in Terrassensteillagen existieren für die Terrassensteillage spezifische Pflanzen und Tiere. Nur in den Obstgärten existieren die für Obstgärten spezifischen Pflanzen und Tiere. Nur in den Bereichen der Landschaftsschutzgebiete, der FFH-Gebiete am Kaiserstuhl existieren bestimmte Tiere und Pflanzen. Das heißt, die Artenvielfalt wird ganz maßgeblich durch die Landbewirtschaftung bedingt. Deshalb ist die Landbewirtschaftung der ausschlaggebende Grund dafür, dass der Artenschutz flächendeckend vorhanden ist. Uns alle hat in der Diskussion der letzten Wochen und Monate bewegt, dass wir eine flächendeckende Landbewirtschaftung brauchen, dass

wir Landwirte brauchen, die unternehmerisch und eigenverantwortlich entscheiden und die nicht durch Gebote und Verbote gegängelt werden. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich sage, Ge- und Verbote, dann ist das deshalb ganz entscheidend, weil die Gesetzesinitiative des Volksbegehrens so, wie sie vorlag, genau dort die ganz entscheidenden Schwächen hatte. Dort war nämlich in Landschaftsschutzgebieten und in Natura-2000-Gebieten ein Pflanzenschutzmittelverbot vorgesehen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Biozide oder um chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel handelt. Dies hätte ein flächendeckendes Verbot auf rund einem Drittel der landwirtschaftlichen Fläche in Baden-Württemberg bedeutet.

Jetzt sind aber Kulturpflanzen, die wir anbauen, Sensibelchen; es sind Kulturpflanzen und keine Wildpflanzen. Ein Wildapfel ist nun mal nicht verkäuflich; deshalb wird er auch nicht angebaut. Der Fruchtapfel aber braucht eine sensible Behandlung, die eben den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln einschließt. Deshalb kann auf diesen Flächen auch auf Pflanzenschutzmittel nicht verzichtet werden. Das ist von vornherein klar; und das war der Grund für die Probleme.

(Beifall bei der CDU)

Es ist halt auch nicht wahr, was die Initiatoren im Laufe der Diskussionen der letzten Wochen und Monate immer wieder gesagt haben: Dies sei ja nur ein Denkanstoß; man habe mit dem Gesetz nur mal einen Stein ins Wasser werfen wollen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein Denkanstoß, und es ist ein Stein ins Wasser geworfen worden, wenn es um die Frage geht: Verfolgen wir das weiter, oder verfolgen wir das nicht weiter?

Wenn aber das Gesetz in Kraft getreten wäre, auf das das Volksbegehren abzielt, dann wäre die Situation nicht veränderbar gewesen. Da beißt die Maus keinen Faden ab: Es wäre nicht veränderbar gewesen. Damit hätte es in Teilen Baden-Württembergs Landwirtschaft verunmöglicht – und darunter hätte auch die Artenvielfalt massiv gelitten. Denn all diese Arten, die wir jetzt seit Jahren und Jahrzehnten schützen, würden dadurch aussterben. Das muss man einfach festhalten. Die Terrassenlagen im Weinbau bei Mundelsheim, am Käsberg, in Roßwag, die Kaiserstuhllagen etc., die würde es alle nicht mehr geben. Es würde keinen Obstanbau am Bodensee mehr geben. Aber neben diesen Produkten würden auch Fauna und Flora flöten gehen, weil diese Flächen dann verwildert wären. Es wäre am Ende Wald geworden – mich hätte das ja gefreut; mit Blick auf die Diskussion um den CO₂-Ausstoß wäre das ja tatsächlich zu überlegen gewesen. Landbewirtschaftung wäre das jedoch nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Und ob es ökologisch vertretbar wäre, Äpfel aus Polen, Äpfel aus Neuseeland, Äpfel aus Südtirol zu essen statt der Äpfel, die bislang noch am Bodensee angebaut werden, diese Frage muss sich letztlich jeder selbst stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Minister Peter Hauk)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, war und ist es richtig, dass wir Eckpunkte vorgelegt haben. Ich sage auch ganz klar dazu: Diese Eckpunkte sind nicht mehr verhandelbar.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es sind Eckpunkte, die so in die Umsetzung kommen werden und von denen wir auch kein Jota abrücken werden. Allerdings lassen diese Eckpunkte Spielräume in der Ausgestaltung. Das ist, glaube ich, der ganz entscheidende Punkt: In der Ausgestaltung – das haben wir den Verbänden wiederholt zugesagt, und wir haben es auch gestern Abend wieder gesagt – wollen wir einen breiten Beteiligungsprozess initiieren. Aber als Eckpunkte stehen sie so da und sind nicht mehr verhandelbar. Ich glaube, sie sind auch ausgewogen.

Zu meiner Leitlinie als Landwirtschaftsminister. Herr Stoch, ich bin Landwirtschaftsminister nicht für die Bauern – wenn ich für die Bauern wäre, gäbe es Konventionelle und Bios; das sollten Sie vielleicht auch noch im Hinterkopf abspeichern –,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, ja!)

sondern ich bin deshalb Landwirtschaftsminister, damit in diesem Land Landbewirtschaftung, damit landwirtschaftliche Wertschöpfung erfolgen kann. Ich bin nicht dafür, dass auf 30 % der Fläche Produktionslosigkeit herrschen soll.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Da bin ich ein Anhänger von Produktion; das muss ich ganz klar sagen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Hoher?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Herr Hoher, Sie stören mich zwar gerade im Redefluss, aber wenn es denn sein muss.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Ich habe keine Angst, dass Sie nicht wieder in den Redefluss kommen. Es ist nur eine einfache Zwischenfrage.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Mich würde interessieren: Wie stark waren die Verbände, etwa der Weinbauverband, an diesem Eckpunktepaket beteiligt? Sind deren Ansichten mit eingebracht worden?

(Zuruf von der CDU: Ja, natürlich!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Die waren bislang genauso beteiligt wie Sie.

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Also gar nicht! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Also nicht!)

Sie wurden mit den Eckpunkten konfrontiert als ein Angebot,

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Okay!)

um das Volksbegehren gegebenenfalls abzuwenden. Und die Möglichkeit hätte ja aber auch bestanden oder besteht immer

noch, dass wir uns im Landtag im Zweifelsfall – also wenn das Volksbegehren durchgehen würde – auch dazu verpflichten, dass wir ein Alternativgesetz haben.

Ich habe eigentlich rundherum nur Zustimmung vernommen: von den Landwirten, von den Imkern, von den Winzern, vom Landesnaturschutzverband, von den Erwerbsobstbauern. Die haben es alle begrüßt und gesagt: „Die Richtung stimmt und die Eckpunkte können mitgetragen werden.“

In der Tiefe ist das in den Verbänden natürlich noch nicht erfolgt, weil die Eckpunkte erst gestern Nachmittag abschließend konsentiert wurden. Das muss man einfach so sehen. Es liegt im Wesen von Eckpunkten, dass sie meist erst kurzfristig das Licht der Welt erblicken. Unter den heutigen Möglichkeiten der Kommunikationstechnologie wird ansonsten aus den Eckpunkten gleich ein Stückwerk. Das wollten wir vermeiden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Herr Stoch ist jetzt draußen, deshalb sage ich es – –

(Abg. Andreas Stoch SPD betritt den Plenarsaal. – Zurufe von der SPD: Er ist wieder da!)

– Er kommt wieder zurück. – Da wollte ich noch einmal ansetzen. Ich sage noch einmal, Herr Stoch: Es geht um die Frage der Produktivität und der Bewirtschaftung der Flächen in Baden-Württemberg. Als Landwirtschaftsminister ist es mir ein Anliegen, dass wir die Regionalproduktion, regionale Produkte präferieren. Sie haben über Jahre und Jahrzehnte hinweg für den Automobilbau in ganz besonderer Weise, für die chemisch-technische Industrie etc. Lobbyismus vor allem für die Arbeitnehmerseite betrieben, aber damit auch für die Gesamtindustrie. Und wenn sich der Landwirtschaftsminister für fairen Wettbewerb von mittelständischen landwirtschaftlichen Unternehmen einsetzt, dann ist er nicht, wie Sie sagen, der Büttel der agrochemischen Industrie.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Das weise ich einfach strikt zurück.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Denn der Landwirt von heute steht in einem weltweiten Wettbewerb, dem er sich nicht entziehen kann. Deshalb muss er sich diesem Wettbewerb auch stellen. Er muss sich mit den gleichen Möglichkeiten stellen, wie es andernorts auch geschieht.

Wir haben dann allerdings die Möglichkeit, Vorreiter zu sein in einem Bereich des Pflanzenschutzes, und das wollen wir auch. Wir sagen klar: Wir gehen im Pflanzenschutzbereich den Pfad einer konsequenten Reduzierung. Zum Thema Pflanzenschutzmittel haben wir in der Koalitionsvereinbarung eine Reduktionsstrategie vereinbart; das hätten wir sowieso im Laufe der Legislaturperiode umgesetzt, aber sie kommt jetzt in das Kooperationsmodell, in das Weiterentwicklungsmodell hinein.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Kompromiss!)

– Das ist kein Kompromiss, sondern eine echte Weiterentwicklung.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ein definitorischer Trick!)

(Minister Peter Hauk)

Denn, lieber Herr Stichelberger, es gibt gravierende Unterschiede. In der Gesetzesinitiative des Volksbegehrens steht, es soll auf 50 % der landwirtschaftlichen Flächen jeglicher Pflanzenschutzmitteleinsatz verboten werden. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe etwas gegen diese ständigen Verbote und Gebote.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD – Abg. Udo Stein AfD: Jawohl! – Abg. Daniel Rottmann AfD: Jawohl! Genau! – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Das ist der ganz entscheidende Punkt. Wir müssen den Landwirten die Freiheit belassen, selbst in Eigenverantwortung zu wirtschaften. Diese Freiheit zu belassen haben wir in unserem Modell auch niedergeschrieben. Diese Freiheit besteht. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Wir gängeln nicht, aber wir sagen schon, wo es hingehen soll. Das ist, glaube ich, der große Unterschied.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, darf ich Ihren Redefluss noch einmal unterbrechen?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Das ist auch der Unterschied zu einem Obrigkeitendenken, dem Sie immer noch verhaftet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, darf ich Ihren Redefluss noch einmal mit zwei Zwischenfragen, beide aus der FDP/DVP, von Herrn Abg. Karrais und Herrn Abg. Dr. Schweickert, unterbrechen?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Nein. Im Augenblick möchte ich meine Gedanken zu Ende führen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sein Redefluss!)

Das Thema „Sicherung der Regionalproduktion“ war der ganz zentrale Punkt. Dabei werden wir auch nicht lockerlassen. Der Pferdefuß waren die flächenhaften Verbote, die nämlich das Verbot in den Landschaftsschutzgebieten und den Natura-2000-Gebieten genauso ausgehebelt hätten wie das Verbot der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln auf 50 % der landwirtschaftlichen Flächen in Baden-Württemberg.

Ein entscheidender Punkt im Bereich des Artenschutzes – deswegen war uns das auch wichtig – war, dass wir den Blick nicht nur auf die Landwirtschaft richten. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass der Pflanzenschutzmitteleinsatz zwar möglicherweise einen maßgeblichen Anteil an der Insektenreduktion hat, dass aber nicht ausschließlich die Landbewirtschaftung hierfür ursächlich ist, sondern einen Teil hat auch der Mensch in besiedelten Bereichen bewirkt.

Deshalb sind im Eckpunktepapier Maßnahmen gegen die Eindämmung der Lichtverschmutzung enthalten. Das sage ich auch ganz klar: Man muss nicht nur das betrachten, was in Zukunft gemacht wird, sondern auch die Gegenwart. Es gibt dann halt z. B. auch Einschnitte in der Beleuchtung von Anlagen, auch in der Großstadt. Denn es ist doch unbestritten –

das Leibniz-Institut hat das auch klargelegt –, dass wir gerade in den Großstädten und um die Großstädte herum hohe Insektenverluste haben. Deshalb gehört auch darauf der Fokus gerichtet. Es ist unbestritten, dass wir im bebauten öffentlichen Raum, auf den kommunalen Flächen mehr Blühflächen brauchen. Der englische Rasen ist vielleicht für einige englische Insekten heimisch, aber er wird jedenfalls nicht für jene heimisch, die unsere Blüten brauchen. Deshalb brauchen wir auch ein Beblühungsgebot für öffentliche Flächen, auch für die Verkehrsflächen im Zuständigkeitsbereich des Kollegen Hermann.

(Unruhe – Abg. Gabi Rolland SPD unterhält sich mit Minister Franz Untersteller. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich bitte um Ruhe. – Ich glaube, das ist nicht in Ordnung, Frau Kollegin Rolland. Würden Sie bitte das Zwiegespräch mit der Regierungsbank beenden.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Entschuldigung!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Eines muss auch klar sein, meine sehr verehrten Damen und Herren: An dem Thema Artenschutz kann jeder mitwirken, indem er aktiv Positives tut und sich etwa ein Insektenhotel auf den Balkon stellt. Aber er kann auch dadurch Positives tun, dass er seinen Vorgarten nicht mit Steinen bedeckt, sondern einfach wieder begrünt und mit Blühpflanzen versieht. Das wollen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Biolandbau!)

Ich denke, es ist ganz entscheidend, dass in einer Breite ein Bewusstseinswandel in die Bevölkerung kommt und es nicht heißt, nur die anderen seien schuld oder verantwortlich, sondern jeder selbst einen Beitrag leistet. Es war uns wichtig, dass dieser Ansatz in dem Gesetz enthalten ist. Das geht ja weit über die Gesetzesinitiative des Volksbegehrens hinaus. Das wird dort gar nicht beleuchtet und ist dort gar nicht enthalten. Ich glaube, dieser allgemeine gesellschaftspolitische Ansatz ist zwingend wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Und das Letzte: Gerade die Bioprodukte anbauenden Biolandverbände, die sich zusammengeschlossen haben, waren sehr besorgt darüber, dass man einseitig nur die Bioproduktion fördern könnte. Denn wenn eine Quote von 50 % als Ziel festgelegt würde, dann wäre es Pflicht der Landesregierung gewesen, das auch umzusetzen, und dann hätten wir massiv fördern müssen, um die 50 % Produktionsanteil zu erhalten. Dann hätten wir also einseitig die Produktionsseite gefördert und die Nachfrageseite, sage ich mal, komplett ausgeblendet; dazu gäbe es dann ja auch keinen Auftrag im Gesetz. Dazu muss man sagen: Das wäre einseitig gewesen, das wäre nicht machbar gewesen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist auch bei 30 oder 40 % der Fall! Da ist es auch Pflicht!)

Wir wollen die Ausweitung der Bioproduktion, aber wir sagen auch klar dazu: Das muss im Einklang mit der Nachfra-

(Minister Peter Hauk)

geentwicklung geschehen, damit letztlich kein Verfall der Produktpreise entsteht. Denn Biobauern haben einen geringeren Ertrag, Biobauern haben auch mehr Aufwendungen. Das muss sich im Produktpreis niederschlagen. Das kann der Staat gar nicht ausgleichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bravo!)

Wir müssen dafür sorgen, dass dies passiert. Wir müssen auch dafür sorgen, dass nicht nur dumpf Streuobstbestände geschützt werden. Denn wenn wir eine Käseglocke darüberstülpen, dann werden sie im Zweifelsfall vor Inkrafttreten eines entsprechenden Gesetzes abgeholt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Deswegen fördern wir ja gemeinsam die Vermarktung!)

Vielmehr müssen wir ganz aktiv die Bewirtschaftung der Streuobstbestände fördern und ausweiten.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und die Vermarktung!)

– Und die Vermarktung der Produkte.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut! Jetzt!)

Das ist der ganz entscheidende Punkt, dass wir da letztlich wieder zu einem höheren Wertschöpfungspotenzial kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Dann wird am Ende ein Schuh daraus, dann gibt es auch ein Gesamtpaket. Dazu haben zweifelsohne die Initiatoren des Volksbegehrens einen Ansatz gegeben. Aber viele Dinge haben wir bereits umgesetzt. Die Streuobstkonzeption war im Koalitionsvertrag enthalten und wurde von uns bereits verwirklicht; das wird sich auch im Doppelhaushalt niederschlagen. Das Thema Biolandbau ist enthalten. Die Umstellungsförderung und weitere Förderungen gibt es bereits. Jetzt kommt das Ganze halt als Paket unter dem Stichwort „Artenschutz und Weiterentwicklung“.

Deshalb gehe ich fest davon aus, dass die Eckpunkte auch in diesem Parlament eine Mehrheit finden werden – vielleicht nicht bei allen. Ich würde es begrüßen, wenn sich die SPD irgendwann noch einsichtig zeigt, damit Sie nicht ganz die Letzten sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Punkte stehen doch gar nicht zur Abstimmung! So ein Quatsch, Mensch!
– Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das kommt in den Gesetzestext nachher!)

– Es ist ja alles gut, Herr Gall. Keine Aufregung! Die Eckpunkte stehen auch nicht zur Abstimmung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, eben!)

Sie können aber einfach erklären, dass Sie sich anschließen. Das wäre eine ganz einfache Botschaft.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir wollen erst mal sehen, was Sie daraus machen!)

Das wäre einmal ein konstruktiver Beitrag der sozialdemokratischen Partei Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Die Eckpunkte sind gut. Man kann sie guten Gewissens jedem Landwirt anempfehlen. Man kann sie auch guten Gewissens jedem Verbraucher, jedem Konsumenten anempfehlen, weil sie die Gesellschaft nicht spalten, sondern die Gesellschaft zusammenhalten, und das wollen wir.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Röhm?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Das wäre dann schon eine Nachfrage.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Mit Ihrer Redezeit hat das ja nichts zu tun.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke schön. – Ich habe eine Frage an die beiden Herren Minister Untersteller und Hauk.

(Zurufe: Beide?)

Sie haben mehrfach den Begriff „Blühstreifen“ verwendet. Ich bin Jäger. Es wäre mir ganz recht, wenn einmal darüber nachgedacht würde, ob die Blühstreifen 2 m hoch aufwachsen müssen oder ob es nicht eine Zusammensetzung gibt, bei der man wenigstens noch ein größeres Wildschwein erkennen kann. Das sind nämlich wichtige Jagdflächen. Ich bitte darum, darüber nachzudenken. Am Straßenrand, Herr Minister Hermann, ist das nicht ganz so wichtig, aber draußen in der Flur wäre es außerordentlich hilfreich. Ich bitte um Berücksichtigung.

(Beifall bei der CDU)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Vielen Dank, Kollege Röhm. Wir legen ja regionaltypische Blühstreifen an.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Gänseblümchen!)

Wir wollen keine Blühmischungen, die von jwd stammen, sondern sie sollen die Flora widerspiegeln, die bei uns vorherrscht. Ich bin überzeugt, es finden sich Stauden, die nicht ganz so hoch wachsen, sodass den jagdlichen Erfordernissen Rechnung getragen werden kann.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:
Ich bedanke mich!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann gab es noch Fragen von den Kollegen der FDP/DVP. Möchten Sie die auch noch zulassen?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Nein.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen werden jetzt nicht mehr aufgenommen.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/6548. Das war ein reiner Berichtsantrag, den wir für erledigt erklären können. – Dem stimmen Sie zu.

Damit haben wir Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen.

Wir treten in eine verspätete Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 15:30 Uhr fort, damit es heute Abend nicht zu spät wird.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:46 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:30 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 4 – Regierungsbefragung – aufrufe, möchte ich Ihnen bekannt geben, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 heute ohne Aussprache zu behandeln. Das zu Ihrer Kenntnisnahme.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema wurde von der Fraktion GRÜNE gemeldet:

C h a n c e n f ü r K i n d e r i n B a d e n - W ü r t -
t e m b e r g

Ich erteile Herrn Abg. Poreski für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe zahlreich anwesende Kolleginnen und Kollegen!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben diesen Tagesordnungspunkt vor dem Hintergrund angesetzt, dass wir in der letzten Woche u. a. erfahren haben, dass die Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, also die Leistungen nach dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket, in Baden-Württemberg gerade mal 12 % der Berechtigten erreichen. Das ist im Bundesvergleich relativ normal, aber insgesamt natürlich eine Katastrophe.

Deswegen unsere Frage: Welche Vorteile hat – das Thema war auch schon im Bundesrat, auch mit Minister Lucha – die Kindergrundsicherung aus Sicht der Landesregierung gegenüber anderen Ansätzen zur Bekämpfung von Kinderarmut?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Lucha das Wort.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Abg. Poreski, herzlichen Dank, dass Sie diese wichtige Frage stellen. Letzte Woche war die Aktionswoche gegen Armut, auch gegen Kinderarmut.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Diese Woche! – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ist noch!)

– Oder diese Woche, ganz aktuell. Ich bin schon etwas durcheinander. Die Zeitfolge ist manchmal so intensiv. Aber wir arbeiten ja zusammen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Der Zeit voraus! – Gegenruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Genau erkannt!)

Es ist tatsächlich so, lieber Kollege Poreski: Kinder in Armutslagen können nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben teilhaben; das haben wir mit unserem GesellschaftsReport, den wir vor dem Sommer herausgegeben haben, selbst erkannt. Es beginnt schon in der Schule, dass sie schlechtere Chancen haben. Später können sie sich dann von Alimentierungs- und Armutslagen nicht lösen.

Im Jahr 2017 galten 19,1 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren im Median, der in Baden-Württemberg aufgrund der höheren Einkommen höher ist, als armutsgefährdet. Bei den 18- bis 25-Jährigen waren es 24,9 %. Diese Gruppen sind gefährdet. Da wir uns intensiv mit dem Thema beschäftigen, wissen wir dies – Kollege Hinderer, Kollege Poreski; von den FDP/DVP-Kollegen ist jetzt niemand da, aber von den CDU-Kollegen. Ich glaube, im Armuts- und Reichtumsbericht haben wir das sehr gut aufgearbeitet. Herr Kenner ist mit uns im Beirat. Wir versuchen, die Ergebnisse umzusetzen.

Für uns ist wichtig, uns die Risikogruppen mit der höchsten Gefährdungsquote, die wir natürlich kennen, nochmals sehr genau anzuschauen. Die Gefährdungsquote ist leider nach wie vor bei Alleinerziehenden am höchsten. Da liegt sie bei 43,1 %. Sie betrifft insbesondere Menschen mit einem niedrigeren formalen Qualifikationsniveau. Das heißt, da müssen wir ansetzen. In dieser Bevölkerungsgruppe haben Erwerbslose eine Armutsgefährdung von fast 50 %.

Auf die Frage von Herrn Poreski: Ganz genau, auch in der Debatte zum Starke-Familien-Gesetz hat sich gezeigt, dass die verschiedenen Leistungen für Familien nicht ausreichen, weil sie nicht aufeinander abgestimmt sind, weil Familien verschiedene Leistungen nur ganz schwer durchschauen – das war auch die Kritik am Teilhabepaket – und weil die Antragstellung von den Familien als sehr kompliziert empfunden wird und damit auch ein hoher Bürokratieaufwand entsteht – von subjektiv empfundenen Diskriminierungen ganz abgesehen.

Ich für meine Person, unterstützt von Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesratsmitte – auch die niedersächsische Kollegin Reimann, wir beide sind dabei sehr aktiv –, habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um das Konzept einer eigenständigen Kindergrundsicherung umzusetzen. Diese soll ersetzen: Kindergeld, Kinderzuschlag, SGB-II- und SGB-XII-Regelleistungen für Kinder und Jugendliche, natürlich ohne die anteiligen Kosten der Unterkunft und der Sonder- und Mehrbedarfe; aber vor allem sollen die pauschalen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets fest integriert werden.

Eine Kindergrundsicherung, die richtig gestaltet ist, deckt den Mindestbedarf jedes Kindes ab und orientiert sich daran, was Kinder und Jugendliche zu einem guten Aufwachsen benötigen. Auf diese Weise können Sie die Existenzsicherung und ihre eigenständige Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben für die Kinder garantieren. Denn wir müssen eines bedenken – auch bei den ganzen segmentierten Betrachtungsweisen –: Ich erkenne an, dass im Starke-Familien-Ge-

(Minister Manfred Lucha)

setz Punkte verbessert werden, aber es ist nach wie vor segmentiert und hat den Blick der Erwachsenenwelt. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Es beginnt mit der Selbstverständlichkeit: Kann ein Kind einen Kindergeburtstag in einer Klasse wahrnehmen, wenn wir gerade von gesellschaftsschichtenübergreifenden Schulmodellen sprechen?

Ich denke, wir sind mit der Kindergrundsicherung sehr gut beraten. Wir haben ein großes Problem, dessen Bewältigung auch beim Starke-Familien-Gesetz nicht geglückt ist: dass Personenkreise, die im SGB-II-Bezug sind, nicht vollumfänglich davon profitieren, weil das Kindergeld immer noch auf die SGB-II-Leistungen angerechnet wird. Das ist einfach ein Systemfehler.

Wir wollen die Menschen befähigen, aus Alimentierungslagen herauszukommen. Aber dazu brauchen sie auch Ressourcen; denn wenn sie diese nicht haben, werden sie sich immer nur in einem Minimum bewegen, mit dem sie sich auch materiell arrangieren. Hier beißt sich sozusagen die Katze immer wieder in den Schwanz. Darum wollen wir das – es gibt vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge und von anderen Experten gute Berechnungsgrundlagen – mit einer signifikanten eigenständigen Kindergrundsicherung stärken, weil wir glauben bzw. ziemlich sicher wissen, dass dann die dauerhafte Alimentierung der späteren Erwachsenen weniger wird. Das ist ein Teil des Pakets. Wir haben natürlich auch noch Aufgaben bei Bildung, frühkindlicher Bildung, Zugang zu eigenen Chancen usw.; keine Frage. Aber das geht jetzt einmal in Richtung Kindergrundsicherung.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Gibt es weitere Rückfragen bzw. Fragen? – Zunächst Herr Abg. Kenner, danach Herr Abg. Poreski. Herr Minister, ich darf Ihnen den Hinweis geben, möglichst kurze Antworten zu geben, fünf Minuten, damit möglichst viele Fragen gestellt werden können. – Vielen Dank.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ich gelobe Besserung, Frau Präsidentin.

Abg. Andreas Kenner SPD: Frau Präsidentin! Herr Minister, vielen Dank für die Ausführungen. Ich bemühe mich, meine Frage so zu stellen, dass sie der Herr Minister auch kurz beantworten kann. Sie geht ein wenig in eine andere Richtung.

Herr Minister Lucha, erwiesenermaßen ist die frühkindliche Bildung gerade für Kinder aus benachteiligten Familien ein großer Beitrag zur Chancengleichheit. Daher habe ich zwei kurze Fragen: Wie beurteilen Sie das „Gute Kita“-Gesetz im Hinblick auf die Beseitigung von Hürden zum Besuch einer Kita?

Können Sie bereits Auskunft darüber geben, wie viele Kinder aus Familien, die in Baden-Württemberg Wohngeld beziehen, dank dem „Gute Kita“-Gesetz entlastet werden und ab wann diese Entlastungen bei den Familien ankommen?

Jetzt vielleicht noch eine schwierige Frage: Warum ist die Regierung nicht dafür, die Kitagebühren auch in Baden-Württemberg ganz abzuschaffen?

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Das ist nicht schwer!)

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, Sie haben jetzt das Wort.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ganz kurze Antwort!)

Allerdings waren es jetzt viele Fragen. Das muss ich einräumen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Damit hat der Herr Minister natürlich auch mehr Zeit für die Beantwortung.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Aber der geschätzte Kollege hat es mir ja ein bisschen leicht gemacht, weil er Fragen gestellt hat, die nicht mein Ressort betreffen.

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Zuruf: So ist es!)

Doch ich habe natürlich eine Meinung dazu; ich war lange genug Kommunal. Ich glaube tatsächlich, dass wir – nicht der Ansatz „Komplette Gebührenfreiheit“ – die uns zur Verfügung stehenden Mittel für Qualität, Zugang, Öffnungszeiten – – Wir alle kennen die kommunalen Haushalte. Wir wollen ja. Jetzt sind wir wieder beieinander.

Ich kenne die Zahlen noch nicht, die das „Gute Kita“-Gesetz auslöst. Aber ich sage Ihnen auch als jemand, der rentenpolitisch unterwegs ist – das ist nämlich die kleine Schwester dieser Frage –: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das Allerwichtigste, wenn wir eigenständige Erwerbsbiografien und somit Rentenbiografien aller Beteiligten haben wollen.

Kindererziehung ist bei uns noch traditionell. Gestern wurde die neueste Shell-Studie veröffentlicht. Wenn ich mir anschau, was junge Männer danach neuerdings sagen, dann, denke ich, müssen wir da wieder ein bisschen besser aufklären.

Aber es geht um Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stärkung der Kommunen, lange, sichere, gute Öffnungszeiten. Qualitativ schneiden wir nach der Bertelsmann-Studie im Vergleich aller Länder immer mit der besten Qualität ab.

Wir sind ja quantitativ gemeinsam 2011 von quasi null gekommen, um jetzt in diesem Segment über 1 Milliarde € auszugeben. Da muss ich auch die Kollegin Eisenmann und alle anderen wirklich loben. Das ist ein gemeinsamer Kraftakt. Aber jetzt geht es um gute Qualität, lange Öffnungszeiten, gute Erreichbarkeit, Anpassung an die Lebenswirklichkeit der betroffenen Eltern. Das ist die beste Armutsprävention.

Wir haben eine gute Entwicklung: Wir konnten in Baden-Württemberg SGB-II-Lagen reduzieren genau in der Zeit, in der wir miteinander gleichzeitig die U-3-Betreuung aufgebaut haben. Da gibt es eine unmittelbare Verbindung zueinander. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen.

(Abg. Andreas Kenner SPD: Danke!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Meine Frage geht jetzt wieder mehr in Richtung Ihrer Ressortzuständigkeit: Welche Aktivitäten und Maßnahmen führt das Sozialministerium bereits unter dem Schwerpunkt – der ja auch für das ganze nächste Jahr angekündigt worden ist – „Starke Kinder – Chancenreich“ durch?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrter Herr Poreski, herzlichen Dank. – Wir haben uns ja gemeinsam engagiert. Es freut mich, dass Sie und Kollege Kenner in unserem Beirat wirklich so dabei sind. Den erlebe ich als sehr konstruktiv. Wir haben das Jahr 2020 als Aktionsjahr für Kinder ausgerufen: „Starke Kinder – Chancenreich“. Wir haben einen Förderauftrag schon abgeschlossen – den haben wir aus dem Armuts- und Reichtumsbericht herausgelesen –, nämlich soziale Gesundheitslage und Armutslage, Stärkung von Teilhabechancen von Kindern und Stärkung des Gesundheitsstatus. Das haben wir jetzt abgeschlossen.

Das werten wir jetzt aus. Wir werten das gemeinsam aus mit der FaFo, mit dem Statistischen Landesamt, Frau Dr. Saleth, mit unserem GesellschaftsReport, um dann daraus zu schließen: Wie können wir vulnerable Gruppen erreichen?

Ich schaue gerade auf die Kollegin Wehinger. Das beste Beispiel, bei dem wir mit diesen Projekten wirklich ein Vorbild waren, ist ein Projekt bei ihr in Singen, bei einer ethnischen Gruppe, die lange isoliert gelebt hat, bei der die Kinder aus dem Regelschulsystem ausgeschlossen waren und im Prinzip alle ins Förderschulsystem gingen, bis wir dort verbindlich reingegangen sind, begonnen beim gesunden Frühstück über Rhythmisierung, Elternarbeit, Zugang zu unseren Regelsystemen. Und jetzt haben wir nach fünf Jahren die ersten Übertritte ins Realschulniveau.

Sie sehen, wir schauen uns ganz genau vor Ort an: Wie leben die Menschen, wer ist armutsgefährdet? Jetzt haben wir gemeinsam einen zweiten Förderauftrag. Dieser ist jetzt beendet. Das ist ein großes Projekt. Den haben wir am 5. August ausgegeben. Das Volumen beträgt 4 Millionen €. Hier beginnen wir ganz gezielt, ab der fünften Jahrgangsstufe die Teilhabechancen von Kindern und ihre Armutsgefährdungspotenziale zu erkennen, um mit unseren Maßnahmen und mit unseren Präventionsnetzwerken, die wir parallel aufgebaut haben, zunehmend mit der Schule, mit der Sozialarbeit, mit der amtlichen Jugendhilfe, aber auch mit der freien Jugendhilfe Verantwortungnetzwerke zu gründen, um tatsächlich die betreffenden Personen zu identifizieren und Kinder, die eventuell sonst durch den Rost fallen würden, gezielt zu fördern.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Eine weitere Frage von Herrn Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Es gibt ein Programm, das eine schwarz-rot-gelb-grüne Historie hat, weil es einfach schon länger besteht und immer weiterentwickelt wird. Das ist das Programm STÄRKE. Ich würde gern wissen: Welche Erfahrungen – das soll jetzt auch ausgewertet werden – gibt es denn mit der Neufassung der entsprechenden Verwaltungsvorschrift?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Herzlichen Dank auch für diese Nachfrage, Herr Abgeordneter. – In der Tat: Das Programm STÄRKE als baden-württembergisches Pendant zur Bundesförderung früher Hilfen, mit

3,4 Millionen € jährlich dotiert, haben wir in der Auskleidung geändert. Es gibt nicht mehr die Förderquote pro Geburt pro Kreis, sondern Förderung in zwei Stufen je Landkreis und kommunaler Körperschaft, sodass wir die Bedarfe abholen können. Denn wir hatten ein Problem: Einerseits hatten wir hohe Bedarfe, andererseits wurde das Geld aber nicht bedarfsgenau und zielgerichtet abgeholt. Es gab Überzeichnungen und Unterzeichnungen.

Jetzt haben wir aufgrund der Erfahrung, Kollege Poreski, die Verwaltungsvorschrift in der Weise geändert, dass wir statt bisher 14 % nunmehr 40 % offene Treffs fördern können. Meine Damen und Herren, wir schreiben alle werdenden Eltern an, beglückwünschen sie zum Kind und uns selbst, denn diese Kinder zahlen ja hoffentlich einmal unsere Rente,

(Vereinzelt Heiterkeit)

und weisen sie auf unser STÄRKE-Programm hin. Sie wissen, wir haben Gott sei Dank wieder eine Geburtenrate von 1,57 %, ungefähr 108 000 Geburten jährlich. Wir erreichen in einem Jahr – wir richten uns an Eltern von bis zu Dreijährigen – mit dem STÄRKE-Programm ca. 30 000 Menschen mit dieser Elternunterstützung. Vor allem richten wir uns an Menschen in herausfordernden Lebensjahren, also Junggebärende in materiellen Notlagen, mit Gewalterfahrung. Ich habe das Gefühl und ich sehe, dass wir seit der Umstellung sehr zielgerichtet genau den Personenkreis erreichen, der diese besondere Unterstützung braucht. Auch hier gilt wieder die Netzwerkarbeit, dass das nicht isoliert steht, sondern mit anderen Tätigen zusammengebunden wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Dann danke ich Ihnen und rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der SPD-Fraktion:

Änderungen im Polizeigesetz Baden-Württemberg

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Binder für die SPD-Fraktion.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Wochenende haben die ersten Demonstrationen gegen eine wohl in diesem Haus irgendwann zu beratende Novellierung des Polizeigesetzes stattgefunden. Die Europäische Union hat zum Datenschutz im Hinblick auf das Polizeigesetz Änderungen vorgenommen, die im Polizeigesetz endlich auch in Baden-Württemberg übernommen werden müssen.

Wir hören nicht sehr viel darüber, was jetzt tatsächlich in diesem Polizeigesetz drinstehen soll. Der Innenminister hat bereits 2018 angekündigt, eine Novellierung des Polizeigesetzes vorzulegen. Bis heute liegt keine Novellierung vor. Die Grünen, der Koalitionspartner, haben durch ihren Fraktionsvorsitzenden ausrichten lassen, sie hätten vom Rückgaberecht Gebrauch gemacht. Gleichzeitig verhandelt, wie man lesen kann, der innenpolitische Sprecher der Grünen mit dem Staatssekretär im Innenministerium. Also sehr viel Verwirrung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Polizei in Baden-Württemberg.

Will jetzt diese Landesregierung ein neues Polizeigesetz oder will sie es nicht? Ich will einmal mit der einfachen Frage beginnen: Lieber Herr Innenminister, welche Teile des Polizeigesetzes wollen Sie nicht ändern?

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl. Auch hier bitte ich darum, lieber Herr Minister Strobl, möglichst nicht länger als fünf Minuten zu reden, damit viele Fragen gestellt werden können.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Wenn ich den Auskunftsansprüchen des Kollegen Binder dann in dieser Kürze genügen kann, will ich das gern versuchen.

Zunächst bin ich der SPD-Fraktion dankbar, dass dieses wichtige Thema jetzt auch hier aufgerufen wird. Die Ereignisse der letzten Tage – ob das die Vorkommnisse in Limburg sind oder das Attentat in Halle letzte Woche – zeigen ja, dass wir unsere Sicherheitsbehörden gut aufstellen müssen. Deswegen üben wir.

Beispielsweise wird es jetzt am kommenden Wochenende in Baden-Württemberg eine der größten Übungen – die BWTEX 2019 – geben, die die Republik je gesehen hat, bei der wir uns insbesondere auch gemeinsam mit der Bundeswehr auf bestimmte Lagen vorbereiten. Diese Übungen und diese Vorbereitung sind notwendig für Fälle, die hoffentlich nie eintreten werden. Aber wir müssen einfach dafür sorgen, dass im Ernstfall ein Rädchen in das andere greift.

Wenn wir uns dem Thema zuwenden, ist zunächst wichtig, dass wir unsere Polizei personell gut ausstatten. Das machen wir in Baden-Württemberg seit 2016. Der Entwurf für den Doppelhaushalt 2020/2021 sieht weitere 3 000 Polizeianwärterstellen vor. Ich bitte sehr um Unterstützung dieses Hohen Hauses, damit wir damit bis weit ins nächste Jahrzehnt hinein der Polizei eine Perspektive für eine gute Personalentwicklung geben können.

Zweitens: Wir müssen unsere Polizistinnen und Polizisten gut ausrüsten. Die Polizei in Baden-Württemberg ist erstklassig ausgerüstet. Baden-Württemberg ist beispielsweise das einzige Land, das die Bodycam jetzt flächendeckend eingeführt hat. Sie ist vor Ort in den Revieren, sie ist im täglichen Gebrauch. Sie ist ein wichtiges Beweissicherungsmittel. Sie ist aber auch etwas, was Gewalt minimiert, insbesondere Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten. Auch hier haben wir eine Verantwortung. Ich bin froh darüber, dass wir diese Verantwortung gegenüber unseren Polizistinnen und Polizisten auf diese Art und Weise wahrnehmen.

Drittens brauchen die Sicherheitsbehörden neben ausreichendem Personal und neben einer guten Ausrüstung eine gute rechtliche Grundlage. Insbesondere müssen wir natürlich die Entwicklungen, die wir in der Gesellschaft, aber auch bei den Kriminalitätsphänomenen haben, beobachten und mit diesen Entwicklungen Schritt halten. Und selbstverständlich spielt das Internet dabei eine große Rolle.

Das Internet hat im Übrigen auch bei dem schrecklichen Attentat am vergangenen Wochenende in Halle eine Rolle gespielt. Auch das werden wir untersuchen müssen und die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen haben.

Wir haben in Baden-Württemberg das Polizeigesetz novelliert. Das ist notwendig gewesen. Die Zeit ist aber nicht stehen geblieben, und wir haben erneuten Anpassungsbedarf. Das

gilt beispielsweise auch für Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen, weil sich die Dinge im Internet weiterentwickeln. Ich will gleich sagen – Herr Abg. Binder, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir die Gelegenheit dazu bieten; Sie haben auch die Demonstrationen vom Wochenende angesprochen –: Wir sind Lichtjahre davon entfernt, irgendwelche massenhaften Überwachungen durchführen zu wollen.

Meine Damen und Herren, mir ist kürzlich einmal bei einer bestimmten Maßnahme vorgehalten worden, dass wir diese nur fünf Mal im Jahr durchgeführt hätten. Daraus hat der Fragesteller den Schluss gezogen, eigentlich hätten wir das doch gar nicht einführen müssen. Doch! Bei den fünf Personen, bei denen wir diese Maßnahme gemacht haben, war das dringend notwendig, weil es sich um fünf brandgefährliche Personen gehandelt hat.

So ist es bei den meisten dieser Maßnahmen. Sie finden bei über elf Millionen Einwohnern im ganzen Jahr nur in einem zahlenmäßig sehr begrenzten Bereich statt. Häufig kann man das an zwei Händen – von der Größenordnung her – abzählen.

Sie wissen selbstverständlich, Herr Abg. Binder – ich will es aber trotzdem hier noch einmal sagen –: Jede dieser Maßnahmen unterliegt einem Richtervorbehalt. Das heißt, ein Staatsanwalt muss davon überzeugt werden – in jedem Einzelfall –, und ein Richter muss die Maßnahme in jedem Einzelfall genehmigen. Massenhafte Überwachung ist also wirklich fern jeder Realität. Was die Bürger kommunizieren, interessiert uns einen feuchten Dreck. Das interessiert uns überhaupt nicht. Was aber hochkriminelle Personen, Terroristen, Gefährder kommunizieren, das interessiert uns. Ich füge dem persönlich hinzu: Was sich im widerwärtigen Bereich der Kinderpornografie abspielt, das interessiert mich auch. Denn denen würde ich auch gern das Handwerk legen.

Über diese Dinge sind wir mit dem Koalitionspartner seit geraumer Zeit im Gespräch.

Ich verstehe Ihre Nachfrage, und ich verstehe auch die nächste Frage, verstehe, dass Sie das fragen.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

Aber Sie werden sicherlich verstehen, dass ich diese Verhandlungen hier jetzt nicht in aller Öffentlichkeit und nicht mit Ihnen führe. Das werden wir in gewohnt erfolgreicher Art und Weise liebevoll innerhalb der Regierungskoalition besprechen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: „Liebevoll“!)

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Minister. Es gibt weitere Fragen, zumindest noch zwei Fragen.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Gern.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte, Herr Abg. Binder, stellen Sie Ihre Zusatzfrage.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Minister, ich dachte eigentlich, meine erste Frage war einfach, nämlich, an welchen Stellen Sie nichts verändern wollen. Da bin ich jetzt aus Ihrer Antwort allerdings nicht schlau geworden.

Jetzt haben Sie die Begründung gegeben, dass man in der Polizei Baden-Württemberg eigentlich an einer Onlinedurchsuchung nicht vorbeikommt nach allem, was Sie gerade begründet haben. Habe ich das richtig verstanden?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Binder, ich kann Ihnen eine ganze Reihe von Dingen sagen, die wir nicht verändern wollen. Das ist z. B. der § 1 des Polizeigesetzes, der ja sehr bedeutsam und wichtig ist. Den beabsichtigen wir nicht zu ändern.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie versuchen natürlich, mich jetzt mit einzelnen Punkten zu locken. Aber in diesem Punkt kann ich Ihnen eine klare Antwort geben – das weiß der Koalitionspartner –: Ich denke, dass wir die Onlinedurchsuchung brauchen.

Ich nenne ein Beispiel. Nehmen Sie den rechtsextremistischen Attentäter von Halle. Das ist nach allem, was wir bisher wissen, das typische Tätermuster des sogenannten Lonely Wolf, also der Person, die vereinsamt zu Hause sitzt und sich im dunklen Zimmerlein vor dem Computer radikalisiert, die aber nicht mit Dritten kommuniziert. TKÜ-Maßnahmen, also Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen, kann man nur dort machen, wo auch Kommunikation stattfindet. Wenn aber der Einsame nur vor seinem Bildschirm sitzt und nicht mit dritten Personen in Kontakt tritt, gibt es keine Kommunikation, die man überwachen kann.

Gleichwohl – denken Sie an den Attentäter von Dr. Lübcke – sind möglicherweise auf diesem Computer Tausende von Hakenkreuzen oder ist anderes Zeug mehr. Aber es ist halt auf diesem einen Computer, auf dem nicht mehr nach außen kommuniziert wird.

Oder ich nenne einen anderen Fall. Auf dem Computer sind möglicherweise Hunderttausende von Bildern aus dem Bereich der Kinderpornografie, die aber nie kommuniziert worden sind, sondern beispielsweise über einen festen Träger ganz klassisch per Post geschickt worden sind. Da nützt die TKÜ nichts. Trotzdem ist der ganze Müll auf dem Computer.

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, des rechten Terrors – diese Personen bedienen sich natürlich vollumfänglich dieser Dinge – oder auch zur Bekämpfung der Kinderpornografie halte ich gemeinsam mit den Sicherheitsexperten die Onlinedurchsuchung für ein wichtiges Instrument. Dass das politisch schwierig ist, das ist allgemein bekannt. Mir sind auch die Bedenken, die der Koalitionspartner hat, wohlbekannt.

Das ist ein Punkt, um den wir – das will ich einmal ganz offen sagen – im Augenblick miteinander ringen. Sobald wir unsere konstruktiven und guten Gespräche zu einem guten Ende gebracht haben, wird es selbstverständlich einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung, der Koalition, geben. Dann haben wir miteinander Gelegenheit, das natürlich im Landtag von Baden-Württemberg auch ausführlich zu beraten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Zimmermann, Sie haben das Wort.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Minister, Sie haben mir mit der Frage des Kollegen Binder und der Antwort eigentlich den Großteil meiner vorbereiteten Frage weggenommen. Denn Sie sagten zu Beginn: Unsere Behörden brauchen eine gute rechtliche Grundlage.

Jetzt haben Sie die Notwendigkeit der Onlinedurchsuchung angesprochen. Ich denke, die CDU-Landtagsfraktion sieht die Notwendigkeit, diese Onlinedurchsuchung im Polizeigesetz festzuschreiben. Teilen Sie diese Auffassung? Oder haben Sie bislang schon Erfahrungen gemacht – durch das im Jahr 2017 geänderte Polizeigesetz –, nach denen das, was es bereits gibt, genügend wäre? Vieles haben Sie schon beantwortet; die Fragen wiederholen sich. Aber die Onlinedurchsuchung – Sie haben das Beispiel Lübcke genannt – sehe ich als dringend notwendig an, wenn es sonst keine Korrespondenz gibt, die mit der TKÜ überwacht werden kann.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Zimmermann, ich persönlich glaube, dass wir das auch im präventiven Bereich brauchen, also nicht nur, um schwere und schwerste Straftaten aufzuklären, sondern auch, um schwere und schwerste Straftaten – Terroranschläge und anderes mehr – zu verhindern. Deswegen glaube ich, dass wir dieses Instrument auch im polizeilichen Bereich, im präventiven Bereich – also nicht nur bei der StPO verortet –, im Polizeigesetz brauchen.

Wie gesagt, darüber sprechen wir mit dem Koalitionspartner. Das ist ein Thema, über das wir uns auch noch nicht abschließend verständigt haben.

Andere Bereiche kommen hinzu. Herr Abg. Zimmermann, ich habe beispielsweise die Bodycam erwähnt. Das ist ja ein Punkt, der der CDU-Fraktion auch außerordentlich wichtig gewesen ist. Ich bin den Koalitionsfraktionen und dem Landtag insgesamt sehr, sehr dankbar, dass wir zu einem frühen Zeitpunkt die rechtliche Grundlage für die Bodycam schaffen konnten. Das ist die Voraussetzung dafür gewesen, dass wir diese Technik jetzt in Baden-Württemberg im Echtbetrieb haben. Darüber – jedenfalls ist das mein Eindruck – sind die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in unserem Land auch sehr froh – auch darüber, dass wir die beste Technik haben, die es gibt.

Es ist im Übrigen auch richtig, dass wir die Daten nicht irgendwo bei Amazon speichern, sondern auf polizeieigenen Geräten, die im Grunde genommen keine Schnittstelle zum Internet haben. Aber auch hier gibt es einen Optimierungsbedarf; denn Beamtinnen und Beamte sagen mir: Wir sind in einer Lage, da befinden wir uns zunächst noch im Freien, aber dann verlagert sich die Messerstecherei vom Parkplatz in die Diskothek, und in der Diskothek müssen wir als Erstes

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Abschalten!)

die Kamera abschalten, weil wir uns dann in einem geschlossenen Raum befinden. Das leuchtet den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht ein, und deswegen ist das auch ein Punkt, bei dem der Innenminister glaubt, dass wir das Polizeigesetz weiterentwickeln müssen. Auch das ist ein Punkt, worüber wir in der Koalition liebevoll im Gespräch bleiben

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

(Minister Thomas Strobl)

und ganz sicher, würde ich einmal sagen, jedenfalls noch in diesem Jahr – gern auch etwas schneller – zu einem Ergebnis kommen – und hoffentlich zu einem Ergebnis, das in Ihrem Sinn, verehrter Herr Abg. Zimmermann, sein wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Umfassend beantwortet! Ich bewundere, dass Sie das alles ohne jegliche Notizen machen können! – Oh-Rufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, das waren Fachinhalte!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Herr Abg. Zimmermann, vielen Dank. Sie sind jetzt nicht dran.

Herr Abg. Binder hat das Wort für die nächste Frage.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Minister, vielen Dank für die Beantwortung meiner zweiten Frage, die mich zu meiner dritten Frage motiviert hat, weil Sie ja bereit sind, dem Parlament auch Ihre eigene Meinung oder die Meinung des Innenministeriums hier kundzutun.

Deshalb die Frage: Im Zusammenhang mit der Diskussion um ein neues Polizeigesetz war immer auch die Frage der Personenkontrollen bei Großveranstaltungen in der Diskussion. Können Sie uns erklären, wo hier die Notwendigkeit besteht, gesetzliche Änderungen vorzunehmen, und woher diese Diskussion kommt? Kommt sie aus der Polizei heraus? Was ist die Begründung?

Damit ich mich nicht noch einmal melden muss: Wann haben die Polizei sowie die Bürgerinnen und Bürger im Land Klarheit, wann die Dinge, die Sie für notwendig halten, tatsächlich im Gesetz stehen? Heißt: Wann kommt es in den Landtag?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Binder, ich habe die Hoffnung, dass wir jedenfalls noch in diesem Jahr zu einem Ergebnis kommen. Dann werden wir das auch in den Landtag einbringen. Das ist die Zielsetzung. Aber ich habe auch nichts dagegen, wenn wir etwas schneller zu Potte kommen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Nicht, dass ihr zu lange kuschelt! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben sollten. Aber, kein Neid!

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Man muss auch einmal zum Ende kommen!)

– Ach, wissen Sie, Herr Abg. Binder, entscheidend ist, dass man etwas produziert. Wenn ich mir die letzte Wahlperiode und das anschau, was Sie z. B. in Sachen Bodycam zustande gebracht haben, dann ist es mir lieber, wir nehmen uns ein bisschen Zeit und haben dann sehr gute Ergebnisse für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Gut Ding will manchmal auch Weile haben.

Was die Personenkontrollen angeht, wissen Sie, dass wir bei bestimmten Veranstaltungen Probleme haben. Auch das ist ein Punkt, den wir liebevoll mit dem Koalitionspartner besprechen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank für die liebevollen Ausführungen, Herr Minister.

(Heiterkeit – Minister Thomas Strobl: Sehr gern, Frau Präsidentin!)

Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der CDU-Fraktion:

M a ß n a h m e n p l a n „ R e d u z i e r u n g v o n L e b e n s m i t t e l v e r l u s t e n “

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Epple das Wort erteilen.

Abg. Konrad Epple CDU: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lebensmittelverschwendung – das Wort ist in aller Munde. Wir haben urbane Lebensbedingungen. Viele leben in der Großstadt. Man kann sich kein Borstenvieh oder Ähnliches mehr halten. Wenige leisten körperliche Arbeit, sodass niemand in der Familie die Reste wegisst. Somit fallen Lebensmittelabfälle an.

Laut Gutachten entstehen 52 % der Lebensmittelabfälle in Privathaushalten. Was tut die Landesregierung, um die Lebensmittelabfälle in den Privathaushalten zu reduzieren?

In den Medien hört man viel von der Rolle des Einzelhandels bei der Entstehung von Lebensmittelabfällen. Wie ist der Standpunkt der Landesregierung hierzu?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch das Wort.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Gern beantworte ich die Frage. Wir haben tatsächlich in der vergangenen Woche eine Aktionswoche gegen Lebensmittelverschwendung gehabt, weil dies ein ganz brisantes Thema ist, nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt. Deswegen gehört es auch zu den Sustainable Development Goals der UN, die Lebensmittelverschwendung bis zum Jahr 2030 um 50 % zu reduzieren.

Durch eine Untersuchung des Thünen-Instituts hat sich gezeigt, dass der Endverbraucher, also der Haushalt, ganz besonders stark, nämlich zu ca. 52 %, an der Lebensmittelverschwendung beteiligt ist. Dann folgt die Außer-Haus-Verpflegung mit 12 %. Das heißt, dass der Endverbraucher zwei Drittel der Lebensmittelverschwendung selbst verursacht. Deshalb ist es, wenn man mit einer Strategie etwas unternehmen will, wichtig, sich als Erstes an den Verbraucher zu wenden.

Allerdings haben wir diese Strategie nicht „Strategie gegen Lebensmittelverschwendung“ genannt, weil sich das nach erhobenem Zeigefinger anhört, sondern wir haben sie „Lebensmittelwertschätzung“ genannt. Denn genau diese sollte der Verbraucher dem Lebensmittel gegenüber aufbringen, indem er sagt: Darin ist sehr viel Know-how des Produzenten, in der Regel der Landwirtschaft, enthalten, darin stecken aber auch viele Ressourcen, die der Natur abgerungen wurden, Wasser und Nährstoffe aus der Erde; möglicherweise steckt auch noch Logistik, sprich CO₂, darin. Deswegen sollte man Lebensmittel wertschätzen.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Deswegen haben wir zusammen mit dem Lebensmitteleinzelhandel eine Aktionswoche zur Lebensmittelwertschätzung ins Leben gerufen. Wir haben auch, um das ein Stück weit – so möchte ich sagen – in der Gesellschaft zu verankern, das Erntedankfest zum Anlass genommen, die Kirchen zu bitten, dieses Thema auch im Erntedankgottesdienst anzusprechen, also nicht nur für die Ernte, die eingefahren werden konnte, zu danken.

Des Weiteren sind seit zwei Jahren sämtliche Einzelhandelsunternehmen in der Lebensmittelbranche bei uns im Ministerium an einem runden Tisch beteiligt, um über diese Thematik zu sprechen. Leider bestand in der öffentlichen Wahrnehmung immer ein bisschen der Eindruck – vielleicht auch aufgrund der Berichterstattung –, dass es der Handel sei, der den höchsten Anteil an der Lebensmittelverschwendung zu verantworten hat. Das Thünen-Institut zeigt uns, dass dieser Anteil maximal 4 % beträgt. Das ist schlimm genug, aber wir können nicht sagen, die Handelsunternehmen seien die Hauptverursacher.

Es gibt sogar sehr ambitionierte Lebensmitteleinzelhändler, vor allem Selbstständige, die schon im eigenen Interesse daran arbeiten, von diesen 4 % herunterzukommen. Sie wenden hierfür verschiedene Techniken an. So werden häufig kurz vor Erreichen des Mindesthaltbarkeitsdatums Sonderpreise gemacht, oder sie senken bei Obst und Gemüse – hier zeigt sich ja die höchste Verschwendungsrate – abends die Preise, damit diese Produkte möglichst noch am selben Tag verkauft werden. Es besteht auch eine Zusammenarbeit beispielsweise mit Tafelläden. Bei uns in Baden-Württemberg ist es seit über 25 Jahren erprobte Praxis, dass die Tafelläden Lebensmittel erhalten, deren Mindesthaltbarkeit sich dem Ende nähert.

In jüngster Zeit gibt es eine weitere sehr intelligente Praxis. Diese wird aus der Bürgerschaft heraus geübt, nämlich von sogenannten Fair-Teilern – angelehnt an das Wort „fair“. Diese bemächtigen sich der Produkte, die vom Lebensmitteleinzelhandel gerade aussortiert wurden, die dann aber nicht in einen Container geworfen, sondern auf eine Laderampe verbracht werden. Die Fair-Teiler sichten die Produkte und arbeiten diese auf, indem sie Waren, die vielleicht nicht mehr ganz so gut aussehen oder auch nicht mehr ganz zuverlässig scheinen, wegwerfen und die unversehrten in ein Regal stellen, wo sich die Menschen dann kostenlos bedienen können.

Mit der Aktionswoche sind wir hier mit dem Einzelhandel sehr gut unterwegs gewesen. Diese Aktion wurde von allen Lebensmitteleinzelhändlern – ich kann die Namen nennen: es sind Rewe, Edeka, Lidl, Penny und Netto – mitgetragen. Ich habe auch einige dieser Läden besucht und muss sagen: Ich möchte herzlich für diese Gemeinsamkeiten danken. Das ermutigt uns, bei diesem Thema weiterzumachen.

Es haben sich auch einige Promis dieser Aktion angeschlossen. So hat etwa Dodokay – mit bürgerlichem Namen Kuhn – dies mitgetragen. Auch die Genussbotschafterin Petra Klein, die sich immer wieder bei „Pfännle on Tour“ für unsere regionalen Produkte einsetzt, hat sich dabei engagiert.

Das ist also eine gute Sache gewesen, gemeinsam mit dem Lebensmitteleinzelhandel.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt habe ich weitere Wortmeldungen, zunächst eine Zusatzfrage von Herrn

Abg. Epple. Vielleicht können Sie eine möglichst kurze Antwort geben, weil wir noch weitere Fragen abarbeiten wollen.

Abg. Konrad Epple CDU: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Immer mehr Menschen essen außer Haus. Mit welchen Maßnahmen gehen Sie gegen Lebensmittelabfälle – wir können auch von Rohstoffen sprechen – beim Außer-Haus-Verzehr vor? Was plant die Landesregierung, um in den nächsten Jahren, bis 2030, zu einer Halbierung dieser Abfallmenge zu gelangen?

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das steht doch in der Frage!)

Eine weitere Frage: Seit 2019 gibt es eine nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung. Besteht eine Abstimmung zwischen der entsprechenden Initiative des Bundes und den Aktivitäten des Landes Baden-Württemberg?

Danke.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Ich sagte schon, dass die zweitwichtigste Stelle der Verschwendung der Außer-Haus-Verzehr ist. Wenn wir immer mehr in Richtung Außer-Haus-Verzehr gehen – 40 % der Bevölkerung essen täglich außer Haus in Kita, Kindergarten, Schule, Betriebsrestaurant, Reha, Krankenhaus etc. –, dann macht es Sinn, zu schauen: Gibt es eine zielgenaue Portionierung? Ist das Speisenangebot umsichtig vorbereitet, oder plant man an der tatsächlichen Esserzahl vorbei?

Deswegen sprechen wir mit allen Betrieben, Kantinen, die wir beraten, sowohl über die Zusammensetzung der Speisen im Hinblick auf eine ausgewogene, gesund erhaltende Ernährung als auch immer über das Thema, wie sie Lebensmittelabfälle vermeiden können. Wir bieten ihnen eine Beratung durch „United Against Waste“ an. Dabei wird gemessen, wie viel von den Gästen weggeworfen wird. Es ist für die Caterer und für die Gastronomen keine Sache der Moral, sondern bei ihnen geht es letztlich auch darum, wie es sich betriebswirtschaftlich darstellt. Wenn man weiß, dass ein Liter Speiseabfall 2 € kostet und sie eine große Menge haben, dann kommen bei Firmen, die am Tag 300, 400 Essen ausgeben, durchaus Beträge von 40 000 € im Jahr zusammen, die man für sogenanntes Refood, also für die Entsorgung von Speiseabfällen, erbringen muss. Insofern sind sowohl die Mitglieder des DE-HOGA als auch andere, die sich in der Außer-Haus-Verpflegung engagieren, an einem Rückgang interessiert.

Frau Bundesministerin Klöckner hat die nationale Strategie ausgerufen. Sie will nächstes Jahr eine Aktionswoche gegen Lebensmittelverschwendung machen. Unser Ansatz war, nicht bis nächstes Jahr zu warten. Baden-Württemberg war das erste Bundesland überhaupt, das eine solche Aktionswoche gemacht hat. Wir arbeiten auch auf der nationalen Plattform, und wir arbeiten in einer nationalen Arbeitsgruppe mit. Aber jetzt sage ich einmal ganz stolz: Man orientiert sich inzwischen an uns. Unser Vorhaben ist es, im Frühjahr eine Aktionswoche zum Thema „Außer-Haus-Verpflegung und Vermeidung von Lebensmittelabfällen“ zu machen.

Wir machen das natürlich auch bei den kleinen Kindern. Diese sind bei ihresgleichen immer gleich sehr kontrollierend. Bei ihnen bringt es noch am meisten. Deswegen gibt es auch Pilotprojekte, bei denen man an Schulen gläserne Behältnis-

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

se aufstellt, in die die Schüler dann ihr zu viel geschöpftes Essen in der Öffentlichkeit abladen müssen.

Ich glaube, dass wir im Großen und Ganzen eine gute Stimmung erzeugt haben. Alle Leute, die das wahrgenommen haben, haben gesagt: „Es wird Zeit, dass man gegen die Verschwendung etwas macht.“ Die alten Menschen haben gesagt: „Uns braucht ihr das nicht beizubringen. Wir erfahrenen Hausfrauen machen das schon immer so.“ Ich muss leider feststellen – – Wir arbeiten mit der DHBW in Heilbronn, Food Management, zusammen. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit mit Frau Professorin Scheubrein, die eine Untersuchung durchgeführt hat, in der bei den Studierenden die höchste Wegwerfquote festgestellt wurde. Darüber sind diese selbst erschrocken.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Frau Abg. Krebs hat das Wort.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Frau Staatssekretärin, Sie haben schon ganz viel ausgeführt, was die Landesregierung alles Gutes macht. Ich möchte jetzt noch einmal auf die Überproduktion zurückkommen, und zwar gibt es noch ein Thema, zu dem Sie nichts gesagt haben – ich weiß aber auch, dass Sie nicht glücklich darüber sind –: das Thema Containern. Ich halte das für eine Möglichkeit, Lebensmittel doch noch zu retten. Es geht darum, diese zu retten. Mich würde interessieren, welche Argumente für Sie dagegen sprechen oder ob es für Sie beim Thema Containern irgendeine Kompromisslösung geben könnte.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Augenfällig, wenn man dann auch die Bilder sieht, die ausgestrahlt werden, wächst sofort die Einstellung, dass man sich fragt: Warum sollen diese Leute die Lebensmittel nicht herausholen dürfen, ansonsten wird es ja weggeworfen?

Es gibt zwei Aspekte, die mich davon abhalten, mich für das Containern auszusprechen. Zum einen ist es rein formal im Eigentum des Einzelhändlers, wenn dort containert wird. Wenn dann jemand ein Lebensmittel erwischt, das tatsächlich nicht unbedenklich ist – z. B., weil Schimmel darauf ist –, ist es für die Juristen nicht von der Hand zu weisen, dass dann möglicherweise der Eigentümer, sprich der Einzelhändler, hierfür geradestehen muss. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist ganz einfach: Wenn Sie vor Ihrem Haus auf Ihrem Gelände etwas stehen haben und jemand das dann mitnimmt mit der Begründung, das sei nicht abgesichert, ist das eigentlich Diebstahl. Containern ist also eine Einstellung, die ein Stück weit den Eigentumsgedanken unterminiert.

Ich habe vorhin ausgeführt, dass ich es viel besser fände, wenn Einzelhändler so verfahren würden, wie ich es gerade zum Thema Fair-Teiler aufgezeigt habe. Da stellt also der Einzelhändler das aussortierte Obst auf die Rampe, dann kommt eine Initiative, ein Verein, sortiert vor Ort die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen – sprich: in den Abfallbehälter – und stellt es dann schön aufbereitet in ein extra ausgewiesenes Regal. Ich fände es ganz toll, wenn das in öffentlichen Bereichen wäre, ob im Rathaus oder bei der Universität. Derjenige, der es dann herausholt, erklärt damit, dass er es in sein Eigentum nimmt. Damit trägt er auch, möchte ich sagen, das Risiko, falls das Aussortierte, das er an sich genommen hat, doch nicht optimal für die Gesundheit ist.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Weber.

Abg. Jonas Weber SPD: Verehrte Frau Staatssekretärin! Sie haben insbesondere die Verbraucher in den Blick genommen. Die Suchabfragen bei einschlägigen Suchmaschinen gehen häufig in die Richtung, wie lange ein Lebensmittel haltbar ist. Daher ist konkret meine Frage – mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum haben wir in Deutschland eine besondere Regelung, die ja nichts über die Verderblichkeit des Lebensmittels aussagt –, inwieweit Sie auf nationaler Ebene unterwegs sind, um hier Veränderungen zu erreichen, damit klargestellt ist, dass das auf dem Produkt aufgedruckte Datum das Verfallsdatum und nicht das Mindesthaltbarkeitsdatum ist.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Ganz herzlichen Dank. – Ich freue mich über diese Frage, weil das bei dem runden Tisch, den wir seit vier Jahren haben, immer das zentrale Thema war. Deswegen haben wir bei der Aktionswoche die Menschen auch ermuntert, ihre Augen und Nasen einzusetzen. Denn es ist wirklich eine ganz schlimme Entwicklung, dass sich keiner mehr traut – vor allem bei Molkereiprodukten –, etwas noch zu verzehren, wenn das MHD erreicht oder annähernd erreicht ist. Ich kenne es aus dem eigenen Familienbereich.

Dennoch ist es wichtig, dass wir als Gesetzgeber auch einmal darüber nachdenken, was rechtlich machbar wäre. Natürlich will sich jeder absichern. Deswegen haben wir am 4. November in der Landesvertretung in Berlin eine Gesprächsrunde mit Bundespolitikern aus dem einschlägigen Bereich der Landwirtschaft und des Verbraucherschutzes. Daran nimmt auch ein Wissenschaftler des Max Rubner-Instituts in Karlsruhe, das für Ernährung zuständig ist, teil, der auch digitale Instrumentarien vorführt, durch die ein Konsument eventuell durch aktive Aufbringung von Applikationen gezeigt bekommt, ob ein Nahrungsmittel noch verzehrt werden kann, auch wenn das MHD überschritten ist.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene – wir sind ja auf Bundesebene miteinander unterwegs – steht, dass man dieses Thema aufarbeiten will. Ich sage jetzt einmal so locker, sportlich aus Baden-Württemberg: Mir hat sich bis jetzt noch keine große Initiative auf Bundesebene gezeigt. Deswegen wollen wir, der Einzelhandelsverband und das Land Baden-Württemberg, einmal die einschlägigen Politiker in Berlin damit konfrontieren, was man machen könnte und dass sie bitte schön die Sache angehen sollten.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nun hat Herr Abg. Grath für seine Fraktion das Wort.

Abg. Martin Grath GRÜNE: Vielen Dank für die Worterteilung. – Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, dass Sie sich dieses Themas so annehmen. Denn ich halte das für extrem wichtig.

Ich will es einmal anders beleuchten; die anderen Sachen sind doch ganz gut beantwortet worden.

Ich möchte noch dazusagen – dazu habe ich auch eine Frage –: Die Lebensmittelverschwendung ist der drittgrößte CO₂-Lieferant der Welt. Nach China und den USA produziert die Lebensmittelverschwendung das meiste CO₂. Die Rede ist hier von 3,2 Gigatonnen. Das Zweifache der Fläche Australiens

(Martin Grath)

wird angebaut, um es nachher wegzuerwerfen, und die Hälfte davon wird nicht einmal ausgepackt.

Ist Ihnen bekannt, wie dies im sogenannten Klimaschutzprogramm der Bundesregierung verankert ist? Ist da auch die Lebensmittelverschwendung, die ja so klimaeffizient ist bzw. zumindest das Klima verändert oder den Klimawandel beschleunigt, verankert? Ist Ihnen da etwas bekannt, oder können wir vielleicht noch etwas einbringen?

Vielen Dank.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Herzlichen Dank, Herr Kollege Grath. – Wir sind Geschwister im Geiste, was das Thema Lebensmittelverschwendung angeht. Ich habe das Klimapakete durchgesehen. Ich habe nichts gelesen.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Dramatisch!)

Tatsächlich werden 26 % aller verbrauchten Ressourcen auf der Welt – mit Gigatonnen usw. kann vielleicht nicht jeder etwas anfangen – für Lebensmittel verwendet. Wenn die Hälfte weggeworfen wird, hinterlassen wir wirklich sehr große CO₂-Abdrücke. Deswegen ist es wichtig, dass jeder an seinem Ort das Thema, auch im privaten Kreis, kommuniziert. Auch eine Kommune kann das Thema adressieren. Wir werden auf jeden Fall dranbleiben.

Das macht vielleicht auch mal Spaß; denn Lebensmittel zu verwenden heißt auch Resteküche. Wenn ich an Sie als Bäcker denke, dann fallen mir sofort Semmelklöße ein.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Ofenschlupfer!)

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt noch eine Frage von Herrn Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Staatssekretärin, ist Ihnen zumindest bekannt, dass es eine nationale Strategie der Bundesregierung zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung gibt? Das Ressort wird im Übrigen von der CDU verantwortet. Vielleicht können Sie die Frage von Herrn Grath etwas umfangreicher beantworten.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Herr Gall, Sie scheinen zwischendurch nicht da gewesen zu sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch!)

Denn Herr Kollege Epple hat vorhin danach gefragt, und ich habe bereits geantwortet,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Frage war, ob die Bundesregierung auch etwas macht!)

dass wir da natürlich mitarbeiten, aber dass wir sie schon überholt haben. Inzwischen sind wir die Benchmark.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist auch dieses Thema behandelt.

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch.

(Beifall bei der CDU)

Die Zeit ist auch um. Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung des Landtags in EU-Angelegenheiten – Drucksache 16/6219

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/6509

Berichterstatter: Abg. Josef Frey

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Frey das Wort.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf Artikel 34 a unserer Landesverfassung ändern und die Modalitäten der Beteiligung des Landtags in EU-Angelegenheiten möglicherweise verbessern. Dabei wird die Beteiligung des Landtags schon seit acht Jahren maßgeblich über ein spezifisches Gesetz, das EU-Landtagsbeteiligungsgesetz, praktiziert. Genau diesen Sachverhalt finden Sie in der Begründung des Gesetzentwurfs, den die AfD heute vorlegt, nicht wieder, so als hätte sie gar nicht gewusst, dass dieses Gesetz besteht.

Das Gesetz wurde schon 2010 gemeinsam von Landesregierung und Landtag erarbeitet und trat Anfang 2011 in Kraft. Bundesweit war Baden-Württemberg damit Vorreiter in der Frage der Beteiligung von Landtagen in Europaangelegenheiten. Das EU-Landtagsbeteiligungsgesetz hat sich in Baden-Württemberg bewährt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf ruhen wir uns natürlich nicht aus. Im operationellen Rahmen gibt es sicherlich Verbesserungsmöglichkeiten. Wir werten auch gerade die Praktikabilität unseres EU-Landtagsbeteiligungsgesetzes aus. Aber für all diese Fragen braucht es keine Verfassungsänderung, wie es die AfD nun vorschlägt. Wenn Sie sich an Artikel 34 a unserer Landesverfassung verkämpfen, dann zeugt das von purer Unkenntnis. Damit ignorieren Sie das EU-Landtagsbeteiligungsgesetz, das seit acht Jahren bewährt funktioniert. Sie fordern Beteiligungsrechte, die schon lange bestehen.

Im Übrigen ist es auch nicht so, dass die Vorhaben der EU auf keiner demokratischen Legitimationsbasis beruhen, nur weil die Landesparlamente nicht direkt eingebunden sind, wie Sie es in Ihrem Gesetzesvorschlag formulieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben schließlich die Abgeordneten im Europaparlament gewählt, sie haben die Parlamentarier im nationalen Parlament, im Bundestag, gewählt, und sie konnten auch indirekt Einfluss nehmen auf die Besetzung des Bundesrats auf der Landesebene. In all diesen Organen werden die baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger und ihre Interessen natürlich auch mit vertreten.

Um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger geht es Ihnen aber offenbar nicht. Denn wenn Ihr Gesetzentwurf nicht auf Ihre Unkenntnis der augenblicklichen guten Gesetzeslage zurückzuführen ist, dann versuchen Sie womöglich, die Demo-

(Josef Frey)

kratie dafür zu verwenden, um ebendiese Demokratie auszuhebeln,

(Lachen bei der AfD)

indem Sie fordern, dass alle Unterlagen, die in Brüssel –

(Abg. Stefan Räßple AfD: Das ist aber weit hergeholt!)

So, wie Sie den Gesetzentwurf formulieren, wollen Sie, dass alle europäischen Unterlagen, die in Brüssel behandelt werden, hier im Europaausschuss behandelt werden. Damit würden Sie unser Parlament, unseren Ausschuss völlig lahmlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die Themen, die für das Land relevant sind – grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Landwirtschaft, die sozialen Themen –, im Europaausschuss behandelt werden. Ich denke aber, wir sollten uns nicht einmischen, wenn es um Makrostrategien wie z. B. die EU-Ostsee-Strategie oder anderes geht. Das ist kein landespolitisches Thema.

Deswegen lehnen wir Ihren Gesetzentwurf ab. Hören Sie auf – wir haben das in den letzten Wochen schon mehrfach erlebt –, von Ihren Parteizentralen formulierte Gesetzentwürfe hier einzubringen. Arbeiten Sie lieber nach innen, damit Sie Ordnung in Ihre Gruppe bekommen, nicht aber mit solchen Entwürfen hier nach außen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Lachen bei der AfD – Abg. Stefan Räßple AfD: Sehr motivierend!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wie in jeder Europadebatte versucht die AfD auch hier, die Nachteile Europas darzulegen. Ich sage Ihnen aber eines: Ich glaube, Sie haben die neuesten Meinungssumfragen zu Europa nicht gelesen. 60 % der Deutschen sind für ein gemeinsames Europa; in manchen Umfragen sind es sogar noch mehr.

Sie wollen uns weismachen, dass wir der Zahlmeister Europas wären. Sie greifen hier wieder in die Mottenkiste. Ich will Ihnen nochmals die Daten nennen, die belegen, dass Baden-Württemberg gewaltig von Europa profitiert. Mehr als 50 % der baden-württembergischen Exporte

(Abg. Stefan Räßple AfD: Wahnsinn!)

gehen in die EU.

(Abg. Stefan Räßple AfD: Dafür braucht man keine EU!)

Davon ist ungefähr jeder fünfte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg abhängig.

(Abg. Stefan Räßple AfD: Sofort aufhören!)

Ich muss eines sagen: Der Gesetzentwurf, der hier vorliegt, versucht im Grunde, den Bürokratismus in Europa zu verstärken. Sie wollen, dass alles, was mit Europa zu tun hat, hier im Landtag behandelt wird.

(Abg. Stefan Räßple AfD: In der EU!)

Wir haben aber in Baden-Württemberg schon ein hervorragendes Gesetz, das gewährleistet, dass alle Belange Europas, die wir in Baden-Württemberg behandeln müssen, auch behandelt werden.

Ich will Ihnen nur eines ins Gedächtnis rufen: In § 2 des EU-Landtagsbeteiligungsgesetzes steht sinngemäß: Die Landesregierung unterrichtet den Landtag zum frühestmöglichen Zeitpunkt über alle wesentlichen Vorhaben, die das Land stark berühren. Überdies ist auch klar verankert, dass Vorhaben, die die Gesetzgebungszuständigkeiten des Landes betreffen, hier behandelt werden müssen, dass das Land, die Landesregierung, bestimmte Vorgänge berücksichtigen muss und dass der Landtag hier ein entscheidendes Einspruchsrecht hat.

Meines Erachtens haben wir alle wesentlichen Belange in diesem Gesetz niedergelegt, sodass sehr hohe Hürden bestehen, um zu verhindern, dass irgendetwas gegen die Interessen Baden-Württembergs geschieht.

Meine Damen und Herren, Sie wollen, dass sämtliche von Europa kommenden Bundesgesetze hier behandelt werden – und das kann nicht sein. Es würde, wie der Kollege Frey bereits sagte, nur dazu führen, dass wir vor lauter Vorlagen aus Europa keine guten Entscheidungen fällen könnten und der Europaausschuss und dieses Parlament mit diesen Dingen blockiert würden. Sie stellen also die bundesstaatliche Ordnung auf den Kopf.

Ich will nicht leugnen, dass wir einiges verbessern müssen – nicht im Gesetz, sondern in der Handhabung. Wir brauchen eine bessere Koordination. Vor allem ist es notwendig, dass der Europaausschuss und das Parlament rechtzeitig von Subsidiaritätsklagen des Bundesrats unterrichtet werden.

Wir haben ein Beteiligungsgesetz, mit dem wir auch in Zukunft arbeiten können. Ihre Vorlage ist meines Erachtens nicht verfassungskonform. Sie führt nicht zu einer besseren Handhabung und einer besseren Beleuchtung der europäischen Vorgaben, sondern dazu, dass wir eine chaotische Situation bekommen

(Beifall des Abg. Andreas Deuschle CDU)

und hier nicht das Wesentliche, was Europa betrifft, behandeln. Aber vielleicht wollen Sie auch erreichen, dass ein gewisses Chaos, was Europa betrifft, besteht, weil Sie im Grunde antieuropäische bzw. Anti-EU-Tendenzen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Reinhold Gall SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sänze.

Abg. Emil Sänze AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Durch die zunehmende Verlagerung von Rechtsetzungskompetenzen auf die Unionsebene haben wir in der föderalen Ordnung Deutschlands vor allem in den Landesparlamenten einen zusätzlichen Bedeutungs- und Kompetenzverlust hinnehmen müssen. Denn in dem Prozess der zunehmenden Vergemeinschaftung von Regelungsbereichen sind seit geraumer Zeit – und mit dem Wirksamwerden des Lissabon-Vertrags noch in verstärktem Maße – Felder der klassischen Innenpolitik wie der öffentlichen Sicherheit, Bildung, Kultur, Medien und öffentlichen Daseinsvorsorge betroffen, die in der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands an sich in die Gesetzgebungskompetenzen der Bundesländer fallen.

Das ist nicht von mir, sondern von Herrn Hans-Jürgen Papier.

Unser Gesetzentwurf will die Mitspracherechte aller Baden-Württemberger in Angelegenheiten der Europäischen Union stärken. Wir, die Abgeordneten dieses Landtags, stehen hier als Vertreter der Bürger. Wir wollen, dass der Landtag die Landesregierung verpflichtet, im Bundesrat tatsächlich im Sinne der Bürger abzustimmen und ihre Interessen wahrzunehmen. Das jedenfalls ist unser Ziel, und das ist auch unser Anspruch. Wir wollen die Rechte und die Interessen unseres Landes bewahren, erhalten und stärken, denn diese Rechte werden durch die EU und ihre Gesetze tagtäglich angegriffen und schleichend ausgehöhlt.

Der angeblich hervorgebrachte Mehrwert durch die EU-Konvergenz wird weder von der Kommission noch von der Bundesregierung überprüft. Die regionalen Ungleichheiten in der Europäischen Union werden durch ihre Politik noch zusätzlich verschärft. Die Landesregierung versteckt sich hinter Landesinteresse, Artikel 34 a der Landesverfassung. – Im Übrigen habe ich ihn natürlich gelesen, sonst hätten wir ihn nicht verbessert.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Dieses Landesinteresse wird in Kabinettsitzungen mehr oder weniger zwischen Regierungskoalitionären ausgeklüngelt – keine Diskussion, keine Alternativen, keine Mitwirkung des Parlaments. Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ist „Geheime Kommandosache“. Die Bürger können und sollen nicht reagieren können. Das 2011 verabschiedete EULG dient allein der Übermittlung von Gesetzesinitiativen der EU-Kommission an die Parlamentarier der Altparteien. Viele Kommissionsvorhaben sind, wenn sie hier im Landtag ankommen, in der Sache schon längst vorher klammheimlich beschlossen.

Zu unserem Gesetzentwurf sagten Sie, Herr Frey, in der ersten Lesung, unsere Verwaltungen würden mit unnötiger Arbeit belastet.

Herr Deuschle sagte:

Sie wollen den Landtag quasi mit Informationen überfluten, die ... nicht relevant sind.

(Abg. Joachim Köbler CDU: So ist es!)

Wir würden Sand in das Getriebe der Parlamentsarbeit streuen wollen.

Herr Hofelich meinte – das kann ich fast schon verstehen –, wir könnten uns die weitere Debatte ersparen. In der Tat hätte man das gekonnt, weil das Ergebnis Ihrer Abstimmung schon vorher bekannt war.

Herr Schweickert erklärte, wir wollten die Arbeitsgruppen mit Arbeit zuschütten, damit nichts Gescheites mehr herauskomme. Wichtiges würde untergehen. Wir wollten, „dass wir nicht mehr arbeitsfähig sind“, das Parlament mit Informationen zu Tode füttern.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: So ist es!)

Sogar Minister Wolf äußerte:

Eine uferlose und ungefilterte Information über sämtliche EU-Vorhaben würde dem Landtag einen Bärendienst erweisen.

Das sind alles Vorwürfe, aber keine stichhaltigen Argumente.

Diesen Ihren Äußerungen möchte ich jetzt Zitate aus einer Parlamentsdebatte vom Juli 2010 entgegensetzen. Damals haben Sie beschlossen, dass der Landtag nach 2011 ein Vollzeitparlament werden soll.

(Beifall des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Seit Jahren sollten alle Kollegen hier ihre volle Arbeitskraft für das Wohl der Baden-Württemberger einsetzen. Ich zitiere Herrn Gall:

Eigentlich muss für ... jeden Abgeordneten klar sein, dass der Arbeitsschwerpunkt tatsächlich in der Ausübung des Mandats liegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Frau Theresia Bauer:

Wir möchten ... das Vollzeitparlament mit einem neuen und intensiveren Sitzungsrhythmus ausgestalten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann machen Sie mal hin!)

Hier sagen Sie vollmundig: „Ja, wir wollen mehr arbeiten.“

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Hälfte von Ihrer Truppe hat ja nicht mal ein Büro!)

Dann handeln Sie endlich danach. Handeln Sie danach! Jetzt ist der Landtag ein Vollzeitparlament. Fangen Sie an zu arbeiten, und stellen Sie sich Ihrer Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir arbeiten! – Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Nehmen Sie die Interessen der Bürger wahr. Wir, die AfD, machen hier Vorschläge, um die Rechte der Bürger Baden-Württembergs zu stärken, und zwar aller Baden-Württemberger. Sie verweigern sich denen, Sie verweigern sich Ihrem Auftrag. Sie setzen die Zukunft des Landes Baden-Württemberg aufs Spiel. Netto fließen schon jetzt 3,7 Millionen € nach Brüssel ab. Dieser Abfluss wird steigen, und mit dem Brexit

(Emil Sänze)

wird er nochmals zunehmen. Sie wollen dieses Land ausbluten und als Opferlamm Brüssels zum Altar führen.

(Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

Keine Debatte zu Europathemen, kein Nachdenken, kein Nachfragen, kein Zurückweisen ungebührlicher Belastungen. Protestnoten unsererseits werden diktatorisch abgewürgt. Es wird nichts diskutiert. Die parlamentarische Arbeitsebene in Angelegenheiten der EU wird von Ihnen systematisch boykottiert, und manchem von Ihnen würde ich empfehlen, 50 m rüber ins Theater zu gehen. Dort können Sie nämlich Parlament spielen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos] – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Fink das Wort.

Abg. Nicolas Fink SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist für mich schon interessant, in den Monaten, in denen ich jetzt im Landtag sein darf, auch alle Debatten rund um Europa miterleben zu dürfen. Und ehrlicher-weise: Wer auch immer Ihnen Ihre Reden schreibt, geben Sie ihm mal einen Rat mit:

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nicht von sich auf andere schließen!)

„Copy and paste“ ist kein guter Ratgeber, weder für Doktorarbeiten noch für seriöse parlamentarische Debatten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich könnte Bezug nehmen auf den Kollegen Hofelich, der in der Ersten Beratung völlig zu Recht die Frage aufgeworfen hat: Ist es eigentlich notwendig, dass wir uns über diese Themen heute hier unterhalten? Aber da ich ein grundsätzlich positiv und optimistisch gestimmter Mensch bin, erkenne ich sogar an der heutigen Debatte positive Aspekte.

Erstens: Wir unterhalten uns über Europa. Das kann man eigentlich gar nicht oft genug tun.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: EU oder Europa?)

– Ich komme nachher noch einmal darauf. Europa und EU, Sie können ja nachschauen, wie das zusammenhängt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Europa ist ein Kontinent!)

Zweitens – und das ist für mich der wirklich schöne Teil –: Ich darf mal wieder in diesem wunderbaren Hohen Haus sprechen, und ich darf das, obwohl ich als Zweitkandidat in den Landtag nachgerückt bin. Von Anfang an hat die SPD-Fraktion mich selbstverständlich aufgenommen, was ja heutzutage bei Nachrückern auch nicht überall der Fall ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich darf also für die SPD-Fraktion sprechen, die hier zu Beginn dieser Legislaturperiode 19 Mitglieder hatte und die heute noch immer 19 Mitglieder hat. Auch das ist bei anderen Fraktionen keine Selbstverständlichkeit.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Vielleicht ändert es sich noch mal!)

Ich darf für die SPD-Fraktion sprechen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

die geschlossen hinter ihrem Vorsitzenden steht. Auch das ist bei anderen Fraktionen keine Selbstverständlichkeit.

Allein diese paar Punkte zeigen Ihnen: Sie hätten andere Baustellen, um die Sie sich dringender kümmern sollten als um das, was Sie uns heute hier wieder zumuten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das sagt der Richtige!)

Aber was viel wichtiger ist: Ich darf für die SPD-Fraktion sprechen, die sich ohne Wenn und Aber für ein starkes, für ein soziales und für ein vereintes Europa einsetzt,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das gibt es schon!)

und das bei jeder Gelegenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Fink, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein zu?

Abg. Nicolas Fink SPD: Nein. – Ich darf also für die SPD sprechen. Wir haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, worum es eigentlich geht, wenn wir uns mit Europa beschäftigen.

Die Mitwirkung des Landtags in EU-Angelegenheiten – die Kollegen haben es angesprochen – kann man verbessern. Aber das muss nicht auf dem dargestellten Weg passieren. Das geschieht im Alltag mit den Mitteln, die wir bereits zur Verfügung haben.

Noch wichtiger als die Frage „Wie gelingt die Mitwirkung des Landtags?“ ist die Frage: Wie gelingt die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Europäischen Union und an Europa? Denn genau diese Mitwirkung führt zur Beteiligung, die Beteiligung führt zu Interesse, dieses Interesse sorgt für Engagement, und am Ende des Tages haben wir hoffentlich durch Engagement Herzblut für Europa. Das ist es nämlich, was in unserem Land bei vielen Gelegenheiten fehlt. Dafür werden wir uns weiterhin mit ganzer Kraft einsetzen.

Um es noch einmal zuzuspitzen: Man merkt sehr deutlich bei dem, was Sie hier vorgetragen haben: Sie versuchen wieder einmal, mit demokratischen Mitteln demokratische Institutionen zu schwächen.

(Lachen bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wie das gehen soll, müssen Sie schon mal erklären!)

(Nicolas Fink)

Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, weder heute noch bei einer anderen Gelegenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Ich bin sprachlos!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will ja immer, dass man sie ernst nimmt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist eine steile These!)

Das fällt allerdings etwas schwer, wenn ein solcher Gesetzesentwurf vorgelegt und ein solches Verfahren hier an den Tag gelegt wird, wobei man die Chance nicht nutzt, seine Sachen zu begründen, sondern wie der Kollege Sänze einfach noch einmal vollkommen unqualifiziert auf die Kollegen draufhaut und das Ganze in einen Zusammenhang stellt nach dem Motto, wir würden hier in Baden-Württemberg alle Rechte weggeben und dieses Parlament würde sowieso nichts arbeiten. Meine Damen und Herren, das ist an der Grenze zur Frechheit, wenn man sich anschaut, was das EULG hier im Land Baden-Württemberg bewirkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Lieber Herr Kollege Sänze, wo ist denn die AfD-Fraktion, wenn wir uns mit anderen Kollegen treffen und zum Thema EULG und zur Frage, wie mit Europavorhaben umgegangen wird, austauschen? Wo ist sie denn dann? Wenn wir diese Themen mit den Kollegen besprechen, ob sie Parlamentarier in einem anderen Bundesland oder in Tirol oder in Südtirol sind, dann sind die alle neidisch auf uns, weil Baden-Württemberg das einzige der 16 Bundesländer ist, das ein solches EULG hat.

Ich bin dem Kollegen Stächele als Ausschussvorsitzendem sehr dankbar, dass wir z. B. das Thema Ratspräsidentschaft jedes Mal mit dem zuständigen Gesandten, mit dem Botschafter oder mit dem Honorarkonsul besprechen. Wir werden informiert. Es liegt an uns Parlamentariern, das einzufordern.

Es war die FDP/DVP-Fraktion, die damals den Antrag gestellt hat, zu prüfen, wo man das EULG besser machen kann.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Schweickert, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Sänze zu?

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Selbstverständlich.

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank, Herr Dr. Schweickert, dass Sie die Frage zulassen. – Sie sagten, wir hätten das nicht diskutiert. Nein, der Ausschuss wollte das gar nicht diskutieren – Sie waren dabei –, sondern das Gesetz sollte durchgewunken werden. Es gab keine inhaltliche Diskussion.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Sänze, stellen Sie bitte Ihre Frage.

Abg. Emil Sänze AfD: Teilen Sie diese Meinung, oder sind Sie anderer Meinung?

(Abg. Josef Frey GRÜNE: Das ist doch keine Frage gewesen!)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Ich teile Ihre Ausführungen nicht, weil es keine Frage war. – Wenn Sie auf das Thema Einforderung kommen: Man muss das halt einfordern, wenn einem irgendetwas gegen den Strich läuft. Genau das ist ja der Kritikpunkt, dass man in dieser Debatte anführen kann: Es gibt einzelne Ministerien in dieser Landesregierung, die mit dem Thema Information, dass man selbst in Vorleistung geht, nicht ganz so fleißig sind wie andere. Wir alle haben im Ausschuss festgestellt, dass es da Unterschiede gibt. Wir haben eine sehr gute Aufstellung von all diesen Punkten, meine Damen und Herren, und wir wissen, wo es hakt.

Woran es aber nicht hakt, ist, dass dieser Landtag von Baden-Württemberg keine Möglichkeit hätte, wenn Kompetenzen auf andere Ebenen verlagert werden, einzuschreiten. Das können wir sehr wohl. Ich erwähne das Thema Subsidiaritätsrüge und anderes. Jeder kann ja dazukommen – die Europaausschusssitzungen sind öffentlich – und kann sich das anhören. Dann wird man sehen, dass das, was Sie hier darstellen, absolut nicht der Wahrheit entspricht, Herr Sänze.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Kommen wir auf das Thema Sensibilisierung, auf das, was Sie vorschlagen. Es ist tatsächlich so. Es gibt das schöne Sprichwort: „Man kann den Amtsschimmel entweder aushungern oder zu Tode füttern.“ Das, was Sie wollen, ist das Zweite. Ich stehe zu dem, was ich in der Ersten Beratung gesagt habe. Denn Sie wollen, dass bundesstaatliche Besprechungsergebnisse im Landtag von Baden-Württemberg behandelt werden.

Meine Damen und Herren, wir behandeln jede Initiative, die von der Europäischen Kommission kommt. Genau das ist das, was zählt. Wenn wir jetzt aber auch noch bundesstaatliche Besprechungsergebnisse hier im Ausschuss behandeln müssten, dann machen wir nichts anderes mehr.

Morgen soll ja dann Ihr Kollege Räßle in den Europaausschuss wechseln.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Lieber Himmel! – Zuruf des Ministers Guido Wolf)

Ich bin einmal gespannt, wie dann die inhaltliche Zusammenarbeit zu diesen Themen aussieht. Bringen Sie Anträge, sehen Sie, dass wir beim Thema Europa nach vorn kommen, aber hören Sie auf, mit solchen Gesetzesentwürfen den Landtag von Baden-Württemberg lahmzulegen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

– Sie brauchen doch bloß zu lesen, was Sie schreiben. Was schreiben Sie in Ihrem Antrag? Mit Ihrer Volksgesetzgebung wollen Sie so etwas machen wie Wallonien 2, Volksanträge zu allem, was auf europäischer Ebene kommt.

(Dr. Erik Schweickert)

Meine Damen und Herren, es war der Landtag von Baden-Württemberg, der sich aufgrund seiner Zuständigkeiten, als es um das Thema CETA ging – das kann man jetzt bewerten, wie man will, ob das schon hätte ratifiziert sein sollen oder nicht –, als der einzige Landtag von 16 Bundesländern in einer großen Anhörung sehr intensiv mit diesem Thema befasst hat und genau diese Pflichten und Rechte wahrgenommen hat. Da kann man doch nicht sagen, dass hier nichts passiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Deshalb bin ich dabei, wenn es darum geht, an unserem Selbstverständnis zu arbeiten und gegenüber einzelnen Ministerien noch mehr einzufordern, dass da etwas mehr passieren muss. Das ist die Aufforderung an die Landesregierung. Aber deswegen das Kind mit dem Bade auszuschütten und ein Europabeteiligungsgesetz, ein EULG, um das uns 16 Bundesländer und all die anderen Partner, die wir bisher besucht haben, beneiden – – Das ist der falsche Weg.

Deswegen bleibe ich bei dem, was ich in der Ersten Beratung gesagt habe. Sie konnten mich in der Zwischenzeit nicht von etwas anderem überzeugen, weil Sie auch gar keine inhaltlichen Argumente gebracht haben, außer auf dieses Parlament zu schimpfen. Die FDP/DVP wird diesem Gesetzentwurf aus Überzeugung nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Zurufe von der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Wolf.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Abg. Sänze, ich unterstelle zu Ihren Gunsten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Gewagt!)

dass Sie sich darüber im Klaren sind, dass der Gesetzentwurf, den Sie hier vorlegen, unserer Verfassung widerspricht, und dass das, was in diesem Gesetzentwurf steht, weder angemessen noch praxistauglich ist. Ich unterstelle Ihnen, dass Sie sich dessen bewusst sind.

Ich unterstelle Ihnen in gleicher Weise, dass Sie diesen Prozess trotzdem anstreben und diese Debatte führen, um der Öffentlichkeit weismachen zu wollen, alles, was sich um Europa und die Europäische Union dreht, triefe nur so vor Intransparenz.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Jawohl! – Ein wahres Wort!)

Das ist verwerflich, und dagegen wehren wir uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Im Übrigen: Ich bin ja nun regelmäßig in unserer Landesvertretung in Brüssel, um dort Gespräche zu führen, Netzwerke zu pflegen, Veranstaltungen abzuhalten, baden-württembergische Interessen geltend zu machen. Das Einzige, was ich aus Ihren Reihen zu dieser Arbeit in der Landesvertretung in Brüssel bisher gehört habe, waren Mittelkürzungsvorschläge, war der Vorwurf – –

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

– Herr Dr. Merz, Sie wollte ich jetzt gerade loben. Denn Sie sind der Einzige, der bei einem Empfang in Brüssel dabei war. Sie sind der Einzige – und Ihr ehemaliger Kollege Berg. Ansonsten habe ich von Ihnen und Ihrer Fraktion an Lobbyarbeit in Brüssel noch nichts, aber auch gar nichts erlebt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gott sei Dank!)

Da könnte man sich einmal für Europa einbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Da wären wir ja blamiert, wenn die da auftreten!)

Meine Damen und Herren, Europa ist eben nicht nur eine Angelegenheit der EU-Institutionen in Brüssel und in Straßburg. Das wissen Sie ja auch. Mehr denn je ist es wichtig, EU-Vorhaben auch in den Mitgliedsstaaten, -ländern und -regionen zu behandeln. Dabei die Landesparlamente einzubeziehen ist für mich und die Landesregierung eine Selbstverständlichkeit.

Unsere Landesverfassung bietet mit Artikel 34 a eine hervorragende Grundlage für eine sehr weitreichende Beteiligung des Landtags. Das ist heute bereits in mehreren Beiträgen angeklungen.

Im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern ist diese Beteiligung verfassungsmäßig gut abgesichert. Mit dem EULG, dem Gesetz über die Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union, haben wir bereits seit 2011 eine vorbildliche und weitreichende einfachgesetzliche Regelung geschaffen. Schon im Jahr 2011! Da war das in anderen Bundesländern noch ein Fremdwort. Da haben wir uns mit der Frage befasst, wie wir Landesinteressen, wie wir baden-württembergische Interessen stärker mit der europäischen Ebene vernetzen.

Davon profitiert die europapolitische Debatte im Land. Für die Landesregierung sind diese Debatten eine wichtige Grundlage für ihre eigene Positionierung in EU-Angelegenheiten.

Der vorliegende Gesetzentwurf der AfD zielt darauf ab, diese bewährte Kooperation von Regierung und Landtag in Europaangelegenheiten aus dem Lot zu bringen, und das, Herr Kollege Sänze – ich unterstelle einmal, dass Ihnen Rechtsstaatlichkeit wichtig ist –, in einer Weise, wie sie verfassungsrechtlich bedenklich ist. Ihr Gesetzentwurf trifft auf nicht unerhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, was Sie einfach ausblenden. Sie sind noch nicht einmal bereit, sich damit auseinanderzusetzen. Das ist ein merkwürdiges Verständnis von Rechtsstaatlichkeit.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

(Minister Guido Wolf)

Allein deshalb kann diese Landesregierung diesen Gesetzentwurf nicht unterstützen.

Der Europaausschuss und der Ständige Ausschuss haben den Gesetzentwurf beraten. Eine deutliche und fraktionsübergreifende Mehrheit hat gegen den Entwurf gestimmt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Immer schon!)

Das ist ein eindeutiges Votum. Aus Sicht der Landesregierung teile ich die Einschätzung und Bewertung des Ausschusses.

Bei der ersten Lesung am 26. Juni 2019 habe ich bereits kurz erläutert, warum das Justiz- und Europaministerium bei dem Gesetzentwurf verfassungsrechtliche Bedenken hat und praktische Probleme sieht.

Der Vorschlag, die Unterrichtungspflicht auf sämtliche EU-Angelegenheiten auszuweiten, würde auf allen Seiten zu einem erheblichen Mehraufwand ohne erkennbaren Mehrwert führen. Welchen Sinn soll es haben, ohne jegliche Filterung auf Landesinteressen Berichtsbögen zu jedem denkbaren EU-Vorstoß zu liefern?

Beim Landtag, dem vermeintlichen Nutznießer, würde der Vorschlag zu einer immensen Informationsflut und bürokratischem Aufwand führen. Dies widerspricht dem Ziel einer wirkungsvollen Beteiligung des Landtags. Denn Überinformation ist auch eine Art der Desinformation. Ja, man kann Überinformation geradezu taktisch einsetzen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wenn ich will, dass Informationen an jemandem vorbeigehen – ich räume ein, ich habe dieses Instrument politisch auch schon genutzt –, wenn ich will, dass an einem Gremium Informationen vorbeigehen, dann muss ich es überinformieren. Das genau wollen wir nicht. Wir wollen es auf die zentralen Punkte, die landesrelevant sind, reduzieren.

Wir wissen, für eine wirksame Beteiligung durch den Landtag ist eine Fokussierung auf die EU-Vorhaben, bei denen wirklich Auswirkungen auf Baden-Württemberg zu erwarten sind, sinnvoll. Die Regierung muss diese aufbereiten und dem Landtag so eine fundierte Arbeitsgrundlage geben. Das tun wir.

Herr Sänze, Sie werden mir beipflichten, dass ich im Ausschuss die Position vertrete, im Zweifelsfall eher einen Vorgang zu viel als zu wenig vorzulegen, weil man ja im Einzelfall darüber streiten kann, ob dabei tatsächlich Landesinteressen berührt sind oder nicht.

Auch die zweite vorgesehene Änderung, die weitgehende Bindung der Landesregierung an Stellungnahmen des Landtags, begegnet starken rechtlichen Bedenken. Die weitreichende Bindung außerhalb des Bereichs der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder dürfte vom Grundsatz der Gewaltenteilung nicht mehr gedeckt sein. Der Vorschlag widerspricht der Konzeption des Bundesrats als Vertretung der Landesregierungen, nicht der Landesparlamente.

Aus dem Vorschlag spricht zudem ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat. Das kann ich Ihnen nicht nehmen. Das ist das gu-

te Recht der Opposition. Aber es gibt nicht wirklich einen Anlass dafür. Es gibt so gut wie keinen Fall, in dem bei einem EU-Vorhaben die Bewertungen des Landtags und der Landesregierung auseinandergefallen sind. Sie werden mir keinen Vorgang dieser Art vorlegen können, in dem die Landesregierung entgegen der Position des Landtags im Bundesrat abgestimmt hätte.

Die Grenze des Zulässigen dürfte vor allem dadurch überschritten sein, dass die Übertragung von Hoheitsrechten im Bereich von Gesetzgebungskompetenzen des Bundes mit erfasst wird. Jedoch wäre auch eine ausnahmslose Bindung der Landesregierung bei der Übertragung von Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder verfassungsrechtlich bedenklich.

Bereits die bestehende Regelung in Artikel 34 a Absatz 2 der Landesverfassung war seinerzeit erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken ausgesetzt. Diese wurden letztlich zurückgestellt wegen der Beschränkung auf Angelegenheiten der ausschließlichen Landesgesetzgebungskompetenz und der Möglichkeit, im Extremfall von der Haltung des Landtags abzuweichen. Diese Bedenken würden mit der vorgeschlagenen Änderung wieder aufleben. Im Gesetzentwurf der AfD-Fraktion wird nämlich eben keine unmittelbare Betroffenheit mehr gefordert, und es soll keine Ausnahme mehr geben, aus erheblichen Gründen des Landesinteresses abzuweichen. Beides zusammen erscheint uns zu viel des Guten, und beides zusammen spricht schon verfassungsrechtlich gegen diesen Gesetzentwurf.

Sie müssen mir nachsehen, dass ich als Justizminister mich schon veranlasst sehe, bei Gesetzentwürfen, die diesem Haus vorgelegt werden, auch diese rechtliche Prüfung vorzunehmen. Wir würden das bei der Vorlage eines anderen Entwurfs, egal, von welcher Fraktion dieses Hauses, in gleicher Weise tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fachausschüsse haben den vorliegenden Gesetzentwurf der AfD, wie wir meinen, zu Recht abgelehnt. Die parlamentarische Beteiligung in EU-Angelegenheiten darf keine verfassungsrechtliche Pflichtübung sein, sondern sie ist die Voraussetzung für eine breite Debatte. Die Landesregierung nimmt diese Debatte ernst und würde sich freuen, wenn wir an dieser Stelle noch häufig über Europa und die EU reden würden – unter Berücksichtigung der fein austarierten Balance, die unsere Verfassung vorsieht, im Miteinander zwischen Regierung und Parlament und nicht im Gegeneinander.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, jetzt hat noch Kollege Dr. Gedeon das Wort, wenn keine anderen Wortmeldungen mehr vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Dann haben Sie, Herr Abg. Dr. Gedeon, das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Inhalt will ich mich nicht weiter äußern. Es wäre nur schön, wenn man jetzt endlich einmal dieses AfD-Bashing sein ließe und einfach auf die Argumente einginge.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Das, was Sie da treiben, langweilt allmählich.

Aber eine Äußerung von Herrn Minister Wolf möchte ich doch kommentieren. Da hat sich bei mir nämlich innerlich der Hut hochgehoben. Sie haben nämlich im Zusammenhang mit einem Vorwurf gegen den Abgeordnetenkollegen Merz gesagt, er wäre bei der Lobbyarbeit in Brüssel nie dabei gewesen.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Genau!)

Herr Minister, was heißt denn das? Sie degradieren unsere parlamentarische Tätigkeit auf Lobbyarbeit in Brüssel. Was ist denn das für ein Verständnis von einem Parlament? Das geht nicht!

(Beifall bei der AfD)

Heißt das, es geht nicht mehr um die Kooperation von verschiedenen Regierungsebenen, sondern die Zentralregierung hat die ganze Macht, während wir nur Lobbyarbeit machen können?

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Mir als jemandem, der noch irgendetwas vom Parlament erwartet, dreht sich da der Magen um. Denken Sie bitte einmal darüber nach, Herr Minister. Vielleicht können Sie etwas Vernünftiges dazu sagen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren! In der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6219. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/6509, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/6219 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer lehnt ihn ab? – Danke schön. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz gegen die Zwangsfinanzierung öffentlich-rechtlicher Medien durch freie Bürger – Drucksache 16/6486

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/6995

Berichterstatter: Abg. Jürgen Filius

Auch hierzu hat das Präsidium für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst spricht für die Grünen Herr Abg. Salomon. – Er ist ganz überrascht und kommt von ganz hinten ans Redepult.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir nach dem Auftritt der rechten Seite heute Morgen lange überlegt, ob man zu dem Gesetzentwurf noch viel sagen muss oder kann. Aber ich glaube, dass ich Ihnen nicht auf den Leim gehen muss. Wir haben zu diesem Gesetzentwurf seit Anfang der Legislaturperiode schon alles mehrfach ausgetauscht.

Der Gesetzentwurf, den Sie hier einbringen, ist wirklich kein Coup, sondern eine intellektuelle Unterforderung. Unter dem Schein, dass sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufrecht erhalten und ihm nur die Finanzierung entziehen wollen, wollen Sie suggerieren: „Wir sind ja gar nicht gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.“ Meines Erachtens ist dies aber ein Frontalangriff auf unsere Demokratie und auf unsere Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Christina Baum
AfD: Es geht um die Zwangsfinanzierung! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ihre Propaganda!)

– Wenn es Ihnen um die Zwangsfinanzierung geht, können Sie es auch einmal andersherum angehen. Man kann natürlich immer Beispiele bringen, und die sind meist schwierig. Aber Sie können ja mal Ihre Diäten – die für viele auch ein Zwang sind – von den Leuten draußen finanzieren lassen. Sie können sagen, Sie hätten gute Vorschläge. Vielleicht gibt es ja russische Oligarchentöchter, die Sie finanzieren möchten.

Meines Erachtens braucht der SWR, wenn er frei, breit aufgestellt und von einem guten Fundament aus berichten will, gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese müssen finanziert werden. Deswegen sind meine Fraktion und fast alle weiteren Fraktionen hier in diesem Haus der Meinung, dass wir für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin Gelder bereitstellen sollten.

Ich glaube, die Meinungen und die jeweiligen Argumente sind ausreichend ausgetauscht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
sowie des Abg. Andreas Deuschle CDU – Zurufe von
der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU hat Herr Kollege Deuschle das Wort.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in Zeiten von Fake News, Populismus und Debatten, wie wir sie heute Morgen hier im Landtag geführt haben, wird es immer wichtiger, sich zu vergegenwärtigen, warum es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gerade für die Fake News! Er ist ja der Träger der Fake News!)

welchen Wert er für unsere Gesellschaft hat und was ihn von privaten Medienangeboten unterscheidet.

Bereits im Jahr 1971 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, die Rundfunkanstalten stünden in öffentlicher Verantwortung, der Rundfunk sei Sache der Allgemeinheit und müsse

(Andreas Deuschle)

in voller Unabhängigkeit überparteilich betrieben und von jeder Beeinflussung freigehalten werden.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Genau! Völlige Unabhängigkeit!)

Die öffentlich-rechtlichen Medien haben also einen Auftrag, so, wie er heute in § 11 des Rundfunkstaatsvertrags definiert ist.

Meine Damen und Herren, es ist eine Errungenschaft, dass unsere öffentlich-rechtlichen Sender nicht einfach irgendein kommerzielles Angebot an die Zuschauer sind.

(Beifall des Abg. Manuel Hagel CDU)

Sie müssen sich, eben weil sie gebührenfinanziert sind, gerade nicht am Markt neben anderen behaupten.

Stellen wir uns einmal ganz kurz vor, der vorliegende Gesetzentwurf der AfD würde eine Mehrheit bekommen. Wie würde unsere Medienlandschaft aussehen?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Auch Fake News, aber weniger!)

Hätten wir dann nur noch angebotsorientierte Sendungen, nur noch Schlager oder Talkshows, und wenn, mit welchem Inhalt?

(Zurufe)

Wer würde Werbung für eine Hintergrundinformation, für einen Tierfilm oder für eine unliebsame investigative Reportage schalten?

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wollen Sie die Länder beleidigen, die keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben? – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Meine Damen und Herren, uns muss es hierbei doch um Qualität statt um Quote gehen. Und ja, diese Unabhängigkeit ist uns gesellschaftlich wie finanziell etwas wert. Daher stehen wir, die CDU-Fraktion, ganz klar hinter unseren öffentlich-rechtlichen Sendern.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Diese Unabhängigkeit muss uns finanziell etwas wert sein. Vor allem will ich keine Übermacht privater Medien, wie wir sie beispielsweise aus Italien mit Herrn Berlusconi oder aus den USA kennen. Ich will nicht, dass auch bei uns private Fernsehsender dominieren, die eine gezielte politische Agenda verfolgen, die keinen Rundfunkrat und keinen Fernsehrat als Kontrollgremium besitzen

(Zurufe von der AfD)

und stattdessen beispielsweise in einem skurrilen Präsidentschaftskandidaten oder in einzelnen Politikern einen bloßen, quotenbringenden Unterhaltungsfaktor sehen und deshalb deren Botschaften ungefiltert verbreiten.

Aber eines ist schon bemerkenswert: Wenn Herr Räßle – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Deuschle, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Merz von der AfD zu?

Abg. Andreas Deuschle CDU: Ja, selbstverständlich.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Herzlichen Dank, Herr Deuschle, für das Zulassen der Frage. – Sind Sie wirklich der Ansicht, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland unabhängig sendet? Meinen Sie nicht, dass da nicht tatsächlich manchmal gewisse Färbungen drin sind, was die Politik betrifft, was die Aussagen betrifft? Es gibt zig Gegenbeispiele.

Wenn es so wäre, wie Sie sagen, dann hätten wir selbstverständlich eine heile Welt. Aber es ist meiner Meinung nicht so. Jetzt ist die Frage: Sind Sie wirklich von dem überzeugt, was Sie gerade sagen?

(Abg. Sascha Binder SPD: Sonst würde er das ja nicht sagen!)

Abg. Andreas Deuschle CDU: Ich stehe hier vorn nicht zum Spaß, sondern ich habe einen Wählerauftrag, und diesem Wählerauftrag gehe ich sehr gewissenhaft nach. Ich habe mich bei der Vorbereitung auf diese Rede tatsächlich über das informiert, was ich sage. Das soll es ja geben.

(Heiterkeit der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ich habe mir da Gedanken gemacht.

Herr Dr. Merz, Sie sind wie ich in der LFK, einem Kontrollorgan für die privaten Medien, unterwegs. Wenn Sie sich einmal in die betreffenden Sitzungsunterlagen und Ähnliches vertiefen, werden Sie feststellen, dass wir diese Aufgabe – zumindest was meine Fraktion betrifft – immer sehr, sehr ernst nehmen. Wir haben auch eine Kontrollfunktion über das öffentlich-rechtliche Fernsehen.

Glauben Sie nicht, dass ich mit allem zufrieden bin, was im öffentlich-rechtlichen Fernsehen läuft. Man kann beispielsweise lange darüber diskutieren, ob das Interview,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! So ist es!)

das Herr Kleber mit dem österreichischen Bundeskanzler führte, in Ordnung war oder ob das arrogant oder überheblich war. Aber so etwas muss unsere Demokratie aushalten. Wir haben in diesem Land Meinungsfreiheit,

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

und für diese Meinungsfreiheit kämpfe ich, ebenso wie die gesamte CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut! – Abg. Stefan Räßle AfD: Aber nur für andere Meinungen!)

Meine Antwort lautet also: Ja, davon bin ich überzeugt.

Wenn gesagt wird – Herr Räßle hat dies gesagt –, es widerspreche Ihrem Rechtsverständnis, dass Bürger für ein Medium zahlen, unabhängig davon, ob sie dies nutzen oder nicht, dann frage ich: Argumentieren Sie so auch, wenn es um den Schwimmbadbesuch geht?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wäre durchaus möglich!)

(Andreas Deuschle)

Argumentieren Sie so in Bezug auf Schulen oder auf unsere Theater? Das ist ein Beitrag der Allgemeinheit, um einen Wert als solchen zu erhalten.

Dafür sollten wir alle uns einsetzen, damit genau diese radikalen Kräfte,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Da streuen Sie doch Steuergelder aus!)

die nicht kontrolliert sind, die in Gestalt von Oligarchen oder von großen Imperien versuchen, Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen, eben nicht diesen Einfluss haben. Deshalb sind für uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten in Baden-Württemberg ein Wert an sich.

Die CDU lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf deshalb ab.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Räßle, Sie können nun hier vom Redepult aus für die AfD sprechen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach du lieber Himmel!)

Abg. Stefan Räßle AfD: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Es geht hier nicht darum, den Rundfunk in Gänze abzuschaffen, sondern es geht – ich kann mich immer nur wiederholen – um die Beitragsfreiheit für freie Bürger. Jeder soll entscheiden, welche Medien er konsumiert, und dafür auch bezahlen, nicht mehr und nicht weniger.

Ich möchte auch nicht die Tierfilme abschaffen, die auf Phoenix laufen und die natürlich auch sehr interessant sind. Ich finde es auch super, auf Youtube mal irgendetwas anzuschauen, und dafür würde ich dann auch gern irgendetwas bezahlen. Das ist ja keine Frage.

Worum es hier aber geht, ist die Verletzung der politischen Neutralität im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, meine Damen und Herren. Das ist ganz, ganz wichtig.

(Beifall der Abg. Anton Baron und Dr. Christina Baum AfD)

Wenn man die Politik betrachtet, so wird im öffentlich-rechtlichen Rundfunk meist Stimmung gemacht. Es wird nicht neutral berichtet, es findet keine Berichterstattung statt, sondern es wird Stimmung gemacht. Es werden Begriffe erschaffen; „Framing“ ist der Fachbegriff. Fakten werden falsch wiedergegeben. Es werden wichtige Fakten weggelassen; Statistiken werden beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk aktiv gefälscht, meine Damen und Herren.

(Oh-Rufe von den Grünen)

– Sie können das alles nachprüfen. – Dabei wird gelogen, dass sich die Balken biegen.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Sie sagen, das gebe es nicht. Aber wenn Sie nicht verstehen, meine verehrten Kollegen von den Grünen,

(Heiterkeit der Abg. Anton Baron und Dr. Christina Baum AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ach so!)

dass Sie manipuliert werden, so heißt das nicht, dass es so etwas nicht gibt.

Ich werde Ihnen jetzt ein paar Beispiele nennen, und ich brauche gar nicht so weit zurückzugreifen. Ich nenne Ihnen jetzt einfach mal die letzten drei Lügen, die im öffentlich-rechtlichen Fernsehen passiert sind.

(Abg. Daniel Born SPD: Bei Tierfilmen?)

Da gab es am 14. Oktober, vor gerade einmal zwei Tagen, im ZDF einen Beitrag aus Berlin, wonach der Bioladen Biomare seine Spreewälder Biohirse aus dem Programm genommen hat, weil der Hersteller dieser Hirse, der Bauer, ein AfD-Mitglied ist.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unglaublich!)

„Kauft nicht beim AfDler!“ Genau das ist die widerliche Ideologie, die Sie heute Morgen noch mit Krokodilstränen beklagt haben. Aber gerade Sie sind diejenigen, die diese menschenverachtende Ideologie vertreten.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Und was passiert? Es ist ein Mitglied der Grünen, das diese „AfD-Hirse“ nicht mehr kaufen wird. Tauschen Sie jetzt nur einmal „AfD“ gegen „Jude“ aus.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Die „AfD-Hirse“!)

– Diese „AfD-Hirse“ – –

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen)

– Ja, ja. So wurde es auch genannt. – Neutralität, was ist das? Es wird nicht berichtet: „Das erinnert uns an die düsteren Zeiten.“ Das wäre noch objektiv. Nein, es wird sogar noch gutgeheißen vom ZDF, dass diese Hirse nicht mehr weiter angeboten wird.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unglaublich!)

Natürlich sagen es nicht diejenigen von der ZDF-Redaktion, sondern sie lassen jemanden sprechen. Sie lassen aber niemanden von der CDU sprechen, sie lassen auch niemanden von der FDP sprechen, sie lassen nur jemanden von den Grünen sprechen

(Oh-Rufe von den Grünen)

und schreiben dann darunter: „Kundin“. Eine Kundin sagt: „Ja, es ist richtig. Gott sei Dank hat er diese AfD-Hirse nicht mehr. Ich möchte nichts von einem AfD-Mann kaufen.“ Komischerweise ist diese Kundin keine normale Kundin, sondern es ist die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar von Bündnis 90/Die Grünen. Schämen Sie sich!

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: „Skandal“!)

(Stefan Räßle)

Widerlichste Parteipropaganda von den Grünen.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Am 8. Oktober: „Politikerinnen sind besonders oft Ziel von Hass.“ 90 % der Bundestagsabgeordneten – also die Frauen im Bundestag, nach Grünen-Lesart –

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

seien schon mit Hass

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Hass-Hirse! – Heiterkeit)

– ja, genau – konfrontiert gewesen, usw. usf. – 90 %. Komisch: Es wurden 221 Bundestagsabgeordnete gefragt, aber es gab nur 77, die geantwortet haben. Davon sind es 90 %. Also war die Grundlage dieser Statistik falsch. Letztendlich waren es 34 %. „Sind besonders oft Ziel von Hass“: Was ist die Vergleichsgröße? Was bedeutet „besonders oft“? Die Männer wurden gar nicht gefragt, es wurden auch keine Rechtsanwältinnen befragt. Es heißt einfach: „Politikerinnen sind besonders oft betroffen.“ Wenn das keine Fälschung von Statistik ist, dann weiß ich auch nicht.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sie relativieren!)

Wir können hier mit der Sendung „Kontraste“ der ARD vom 26. September, vor zwei Wochen, fortfahren: „AfD-Abgeordnete fehlen am häufigsten bei Abstimmungen im Bundestag.“ Unsinn! Es wurde nur ein gewisser Zeitraum genommen, so wie bei Ihnen, bei der Klima-Sekte, ein gewisser Zeitraum genommen wird, der in die Statistik passt. Es wurde nicht der gesamte Zeitraum überprüft,

(Abg. Sascha Binder SPD: Was ist denn der gesamte Zeitraum?)

sondern nur von Oktober 2018 bis Juni 2019. Was war vor Oktober 2018, seit Beginn der Legislaturperiode? Nichts.

(Abg. Daniel Born SPD: Das ist aber ein langer Zeitraum! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Nese Erikli GRÜNE – Unruhe)

Genau in diesen fällt, auch nicht bei allen Abstimmungen, sondern nur – Frau Präsidentin, da wird ständig hineingerufen. – Sie können diese Daten einfach nachprüfen. Das ist überhaupt kein Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Kurzum, ich komme zum Schluss.

(Zuruf von der SPD: Gut!)

Wir können jetzt auch noch auf die Vertreter, die im Jahr 2018 in die Talkshows entsendet wurden, zu sprechen kommen. Die AfD, als stärkste Oppositionsfraktion, hat kaum stattgefunden.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da waren genug von euch!)

Es wurde nur der Sermon von Ihren lächerlichen Abgeordneten angehört. Es ist schlimm,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Diese Rede ist wirklich schlimm!)

dass die Öffentlich-Rechtlichen keine AfD-Vertreter in die Talkshows einladen, sondern lieber über die AfD sprechen statt mit der AfD.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie sollten mehr Hirse essen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Räßle, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Abg. Stefan Räßle AfD: Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Das ist jetzt auch alles nicht so arg schlimm. Das Schlimmste ist die Kriegspropaganda. Wir wurden gefragt –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie dürfen jetzt kein neues Thema aufmachen. Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Herr, schmeiß Hirse vom Himmel!)

Abg. Stefan Räßle AfD: Schon 1999, Jugoslawien. Es ging weiter: Irak, Syrien – alles auf Lügen beruhend. Die Brutkastenlüge ist widerlegt.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Räßle!

Abg. Stefan Räßle AfD: Wenn es darum geht, dass aktuell im Jemen Menschen durch baden-württembergische Waffen bombardiert werden, ist das nicht so schlimm. – Das ist Staatspropaganda vom Feinsten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Therapiesitzung wäre jetzt um!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Räßle, Sie sind eine Minute über der Zeit. Würden Sie jetzt bitte aufhören!

Abg. Stefan Räßle AfD: Menschenleben kommen dadurch zu Schaden. Dagegen sind wir, und ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: So, gut. Jetzt hören Sie bitte auf, sonst müssen wir mal wieder das Mikrophon abdrehen.

Abg. Stefan Räßle AfD: ... deswegen müssen wir diese Beiträge abschaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje, oje, oje!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Herrn Abg. Binder für die SPD ans Redepult rufen.

Abg. Sascha Binder SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Hirse!)

– Zur Hirse werde ich nichts sagen.

(Heiterkeit – Abg. Udo Stein AfD: Schade!)

(Sascha Binder)

Aber wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, weshalb man einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit fundierten Informationen braucht, dann hat es die Rede des Herrn Räßle hier am Pult gezeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

In diesem Sinn kann ich mit meinen restlichen Argumenten auf die erste Lesung verweisen. Genau deshalb brauchen wir einen von den Bürgerinnen und Bürgern finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der ist doch gar nicht von denen finanziert! Zwangsgebühren!)

Das ist in dem letzten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Thema auch noch einmal klargemacht worden. Insofern gibt es keinen Grund, dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zuzustimmen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Keine freie Entscheidung!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Professor Dr. Goll, bitte, für die FDP/DVP.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Hirse!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, zum dualen System. Zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehört auch eine öffentlich-rechtliche Finanzierung. Wir stehen zu der Finanzierung durch den Beitrag.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Zwangsbeitrag!)

– Das ist kein Zwangsbeitrag. Wenn dem so wäre, müssten Sie zu jedem Gesetz Zwangsgesetz sagen; da müssten Sie in der Terminologie konsequent bleiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Auch wir werden den Gesetzentwurf natürlich ablehnen. Aber ich sage dazu: Es gäbe schon Anlass, über die Kräfteverteilung in diesem dualen System, über die Art der Konkurrenz, über die Art der Finanzierung zu diskutieren. Ich sage aber ganz deutlich: Ich habe keine Lust, diesen Gesetzentwurf mit seiner durchsichtigen Stoßrichtung zum Anlass für einen solchen Beitrag zu nehmen, zumal wir demnächst Gelegenheit dazu haben werden, wenn wir über die Finanzierung des regionalen Fernsehens reden. Da kann man über diese gesamte Aустarierung und die Frage, wer wie viel Geld bekommt, reden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Aber hier und jetzt muss es nicht sein.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Goll, lassen Sie trotzdem eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Wenn es sein muss, ja.

(Zuruf von den Grünen: Nein!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Herr Kollege, vielen Dank. Es muss sein. – Freiheit, Demokratie: Sie vertreten ja eine Partei, die die Freiheit sogar im Namen führt – Liberalität. Können Sie mir erklären, worin die Freiheit besteht, wenn die Bürger genötigt sind – außer sie sind arbeitslos oder asylberechtigt oder sonst etwas –, einen Beitrag von fast 18 € pro Monat für etwas zu bezahlen, was sie wahrscheinlich in aller Regel gar nicht wollen? Das hat doch eher den Charakter einer Steuer, die der Staat im Bedarfsfall mit gezogener Pistole durchsetzt und erzwingt. Worin liegt die Freiheit?

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Und wie können Sie als liberal geprägter Geist so etwas letztlich hier vertreten?

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Kollege Fiechtner, ich lasse mich jetzt auch von Ihnen in keine ernsthafte Diskussion ziehen. Ich sage lediglich: Die FDP ist die Partei, die Wert auf die Verfassung legt. Und ich empfehle Ihnen die Lektüre mehrerer Bundesverfassungsurteile zur Rundfunkfinanzierung.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Timm Kern und Jochen Haußmann FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie bleiben also bei der Zwangsfinanzierung!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie können hier jetzt keine Debatten führen. – Sie haben das Wort, Herr Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Das Bundesverfassungsgericht hat es bekanntlich in mehreren Beiträgen für rechtmäßig gehalten, die Bürger für ein solches Informationsangebot in einem bestimmten Umfang zu belasten. An der Verfassungsmäßigkeit ist nicht zu zweifeln.

Aber, wie gesagt: Wir werden noch Gelegenheit haben. Wir wissen, dass das Thema „Finanzierung des regionalen Fernsehens“ noch zu beraten sein wird. Da wird man natürlich noch manches zum dualen Rundfunksystem aufgreifen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Frau Staatsministerin Schopper für die Regierung das Wort erteilen.

Staatsministerin Theresa Schopper: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion, der eine Abschaffung der Beitragspflicht zum Gegenstand hat. Aber ich glaube – das hat man gesehen –, letztlich geht es dem Kollegen Räßle weniger um die Fra-

(Staatsministerin Theresa Schopper)

ge, wie sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk finanziert, sondern darum, dass ihm die Inhalte nicht gefallen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das war in der ersten Lesung der Fokus!)

Trotzdem: Wir haben eine vorgesehene Garantie einer auskömmlichen Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Ihr Gesetzentwurf zeigt aber in keiner Weise auf, wie man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bei Abschaffung der Beitragspflicht finanziert. Vielmehr wollen Sie ihn abschaffen und damit im Grunde die Axt an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk legen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist eine Unterstellung!)

Ich glaube, gerade in Zeiten des Internets und der Informationsflut, die ungefiltert über uns hereinbricht, ist es umso wichtiger, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Ich kann da dem Kollegen Binder nur zustimmen. Wenn man ihn nicht schon hätte, müsste man ihn erfinden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Staatsministerin, möchten Sie eine Frage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zulassen?

Staatsministerin Theresa Schopper: Nein. – Ich glaube, es ist umso wichtiger – das zeigt sich gerade in Situationen, in denen Menschen auf Nachrichten reagieren, wenn etwas passiert ist, weil sie eine Einordnung entsprechender Ereignisse brauchen –, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine hohe Glaubwürdigkeit hat.

(Zuruf von der AfD: Schlimm genug!)

Das ist auch weiterhin von uns zu unterstützen.

Die elementar wichtige Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil im Jahr 2018 nochmals eindrucksvoll bekräftigt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Kollege Goll hat gesagt:

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Gerade im dualen Rundfunksystem ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein wichtiger Faktor.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Familie Kirchhof! Sehr neutral!)

Ich glaube, die Diskussionen waren ausführlich, auch in der ersten Lesung.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Räßle, Sie hatten Ihre Redezeit, sogar überzogen. Jetzt ist hier bitte Ruhe.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Es gibt das Instrument des Zwischenrufs, Frau Präsidentin!)

Staatsministerin Theresa Schopper: Daher muss man noch einmal sagen: Aus dem Gesetzentwurf wird insgesamt deutlich, dass es hier nicht nur um den Rundfunkbeitrag geht, sondern um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als solchen. Die Landesregierung steht für einen starken öffentlich-rechtlichen

Rundfunk innerhalb unseres dualen Systems, der auch für die Demokratie, für unser Gemeinwohl von besonderer Wichtigkeit ist. Daher bitten wir, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Und Sie möchten keine Frage von Herrn Abg. Räßle mehr zulassen?

Staatsministerin Theresa Schopper: Nein.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist ja erbärmlich!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, dann sind Sie an der Reihe.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Präsidierende, Damen und Herren, Sonstige A bis Z!

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ui! Da hat er aber lange dran gefeilt!)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den verfassungsrechtlich vorgegebenen Auftrag, einen Beitrag zur individuellen und öffentlichen Meinungsbildung zu leisten und so zu einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen beizutragen.

So lautet die Erklärung der ARD auf der eigenen Homepage. Doch inwieweit erfüllen die Öffentlich-Rechtlichen das mit ihren 94 Sendern und Hunderten Internetauftritten?

Drei Dinge werden bei genauerem Blick klar: Die Öffentlich-Rechtlichen sind antisemitisch. Sie haben es nicht so sehr mit der Wahrheit und berichten nur dann, wenn es ins eigene politische Bild passt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oh Maria!)

Ich sage nur: Kandel, Köln und Limburg, aber auch Chemnitz.

Im Rahmen der Berichterstattung von Halle hat das ZDF ein Bild manipuliert, sodass der Anschein entsteht, dass der Kanal DreamHackCS mit 1,5 Millionen Followern das Attentat gestreamt hat. Durch diese Montage kann eine Existenz zugrunde gerichtet werden. Das nimmt das ZDF billigend in Kauf.

Im Rahmen von Halle startete auch der rbb eine Lynchkampagne. Sie veröffentlichten ein Bild vom Heck eines Autos. Darauf befanden sich zahlreiche Aufkleber mit dem Hinweis, eine Rettungsgasse zu bilden und angemessen zu fahren. In der Mitte prangte ein großes Schwert im Lorbeerkranz. Darüber stand „Mein Land, meine Regeln“ und darunter der Name der Band, Haudegen, von der dieses Motto ist. Der rbb titelte zu dem Bild: Was verraten uns die Aufkleber auf der Scheibe? Wenige Tage darauf ist der Post spurlos verschwunden.

Der rbb hat mittlerweile herausgefunden, dass es sich offensichtlich nicht um eine rechte, sondern um eine linke Band handelt. Auf meine Frage wurde mir gesagt, dass dem verantwortlichen Team eine Richtigstellung nahegelegt wurde. Diese blieb jedoch bisher aus.

Mindestens genauso schwer wiegt der Antisemitismus, ob nun die Dokumentation über Judenhass, die ARTE nicht zeigen

(Dr. Heinrich Fiechtner)

wollte, oder zahlreiche antisemitische Falschmeldungen, z. B. über einen orthodoxen Juden, der angeblich sechs Menschen bei einer Gay-Parade verletzt haben soll, oder dass Israel Arabisch als Amtssprache abgeschafft habe oder einen Angriff gegen Palästinensergebiete geführt haben soll.

Auch in Talkshows lädt man regelmäßig Antisemiten ein, um über Israel zu lästern, u. a. Norbert Blüm, der gern den Holocaust indirekt umkehrt. Da erscheinen fragliche Gewinnspiele auf Kosten der Beitragszahler, wie aktuell bei der Sportschau, bei denen man ein hochwertiges Luxuswohnmobil gewinnen kann, plötzlich total nebensächlich. Denn mit dem Hass, den die Öffentlich-Rechtlichen gegen Juden verbreiten, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... machen sie sich mitschuldig an Anschlägen wie jüngst in Halle.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Klasse! Hervorragende Rede! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt sind Sie am Ende. – Nun ist Herr Abg. Dr. Gedeon dran. – Sie dürfen sich schon auf den Weg machen, Herr Dr. Gedeon.

(Zuruf: Herr Born, schalten Sie mal Ihre Kamera aus!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will kurz eine Anmerkung dazu machen, warum ich, wenn ich fernsehe, fast ausschließlich öffentlich-rechtlich gucke, aber trotzdem für die Abschaffung der öffentlich-rechtlichen Sender bin.

Das sind zwei Gesichtspunkte. Erstens: das Verhältnis von Information und Mission. Information ist, wenn ich eine Meinung mit beiden Seiten darlege und der Adressat sich sein Urteil bilden kann. Mission ist: Ich habe mir das Urteil gebildet und will diese Botschaft dem anderen dann rüberbringen. Das Verhältnis im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen zwischen Mission und Information ist so: Wir haben ungefähr 5 % Information und 95 % Mission. Das geht nicht. Das widerspricht dem Grundgedanken des *M e d i u m s*, das *v e r m i t t e l n* hat!

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig absurde Behauptung!)

Zweitens: die Gleichschaltung. Meine Damen und Herren, die öffentlich-rechtlichen Medien sind inzwischen genauso gleichgeschaltet wie der goebbelsche Staatsfunk.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Damit kennen Sie sich ja aus! Goebbelscher Staatsfunk, das ist ja Ihr Vorbild!)

Das sage ich ganz bewusst, meine Damen und Herren. Wir haben heute eine Gleichschaltung, die nicht mehr über Zensoren funktioniert, sondern über Ideologie. Es ist unmöglich, ohne entsprechende Ideologie in diesem Gebilde noch irgendwie einen Job zu haben. Wer ein „Häretiker“ ist, hat gar keine Chancen, und die wenigen, die noch drin sind, werden aus-

geschlossen. Die Gleichschaltung sehen Sie überall. Nennen Sie mir bitte einen Kommentar, in dem die Frauenquote kritisch hinterfragt worden ist. Das ist eine wahnsinnige Benachteiligung von Männern. In manchen Bereichen werden reihenweise – –

(Beifall Abg. Stefan Räßle AfD – Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

– Ha, ha! Über den grünen Witz kann ich nicht lachen. – Es bleibt festzustellen, dass hier eine grundgesetzwidrige Benachteiligung von Geschlechtern überhaupt nicht beidseitig informativ angegangen wird. Sie können ja ruhig Ihre Meinung haben, dass die Frauen mit einer Quote überall reinsollen. Aber eine Hälfte oder wenigstens ein Drittel der Leute müssen doch sagen: „Da gibt es auch noch eine andere Meinung.“ Also, diese wahnsinnige Einseitigkeit. Oder haben Sie in den Öffentlich-Rechtlichen je irgendetwas Gutes über Putin gehört? Nie, gibt es nicht.

(Zuruf von den Grünen: Da gibt es nichts Gutes zu berichten!)

Diese Einseitigkeit, diese Gleichschaltung, das ist der zweite Punkt.

Und der dritte ist der Inhalt. Es ist rot-grüner Inhalt. Es ist rein rot-grüner Inhalt.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für den dritten Punkt ist es jetzt schon ein bisschen spät, Herr Abg. Dr. Gedeon. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Der überwiegende Teil der Leute in den Medien ist rot-grün. Das ist bekannt. Dementsprechend ist der ganze Inhalt rot-grün. Das betrifft alle Punkte, sodass der öffentlich-rechtliche Funk letztlich eine rot-grüne Agitations- und Propagandazentrale geworden ist.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, haben Sie nicht gehört?

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Das ist der Punkt, weswegen wir ihn nicht mehr tragen können.

Danke schön.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die Zeit ist um! – Abg. Andreas Stoch SPD: Man spricht auch von Verschwörungstheorien! Schönen Abend noch! – Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben mit über 30 Sekunden sehr schön überziehen können und er jetzt mit über 40 Sekunden. Da können Sie sich, glaube ich, nicht über die Redezeit beschweren.

Jetzt liegen mir, wenn ich es richtig sehe, keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur *A b s t i m m u n g* über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6486. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/6995, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

(Unruhe)

– Wollen Sie sich bitte an der Abstimmung beteiligen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, machen wir!)

Bitte, wir sind jetzt in der Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Sie sind sicher damit einverstanden, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/6486 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt, und Punkt 6 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes – Drucksache 16/6692

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/6996

Berichterstatter: Abg. Nico Weinmann

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache mehr zu führen.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6692. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/6996, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch unterhält sich mit Abg. Beate Böhlen GRÜNE.)

– Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, wir befinden uns in der Abstimmung. Darf ich fortfahren? Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch, wir möchten gern noch abstimmen. Das ist eine wichtige Aufgabe eines Parlaments.

(Heiterkeit)

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache – –

(Unruhe)

– Ich mache ja schon schnell. Ich bitte aber um Beteiligung.

Wer also dem Gesetzentwurf Drucksache 16/6692 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 16/7011

Gibt es da irgendwelche Probleme?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Alles gut! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ziehen Sie durch!)

– Wenn Sie mich hier vorn alles richtig machen lassen. – Auch hierzu gibt es keine Aussprache; darauf haben sich die Fraktionen geeinigt. Deshalb schlage ich vor, dass wir den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen überweisen. – Damit sind Sie einverstanden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Tagesordnungspunkt 8 ist abgeschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 9** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Änderung der Geschäftsordnung des 16. Landtags von Baden-Württemberg – Drucksachen 16/7029, 16/7030

Berichterstatter: Abg. Emil Sänze

(Abg. Anton Baron AfD meldet sich.)

– Ja, bitte schön? Würden Sie bitte das Mikrofon einschalten?

Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, zum Landtagswahlgesetz muss meiner Meinung nach dieser formale Vorgang schon durchgeführt werden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Welcher?

Abg. Anton Baron AfD: Indem Sie die Artikel aufrufen und dann auch zur Schlussabstimmung kommen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das habe ich jetzt falsch gemacht. Zur Zweiten Beratung.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach so, das war die Erste Beratung? – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist rum! Zweite Beratung! – Abg. Anton Baron AfD: Nein, das war die Zweite Beratung! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist ein Gesetzentwurf von Fraktionen! – Weitere Zurufe)

Ich glaube, das ist jetzt alles ordnungsgemäß vonstattengegangen. Sie waren jetzt auf Punkt 7 zurückgesprungen, ja?

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! Richtig, Frau Präsidentin! Das war die Zweite Beratung!)

– Da bin ich ja froh, wenn Sie das für richtig befinden. Okay.

Tagesordnungspunkt 8 haben wir auch abgeschlossen.

(Unruhe)

Nun noch ganz kurz einen Moment Ruhe für Tagesordnungspunkt 9! Auch hierzu hat das Präsidium beschlossen, auf eine Aussprache zu verzichten, und wir kommen gleich zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses. Das ist die Drucksache 16/7030.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wer der Beschlussempfehlung auf der genannten Drucksache zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Beschlussempfehlung mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt, und wir können auch Tagesordnungspunkt 9 abschließen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung.

Wir treffen uns morgen, am 17. Oktober 2019, um 9:30 Uhr wieder.

Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 17:38 Uhr